

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Beate Henschel, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*
Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2008/2009
- *Wolfgang Nierhaus*
Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen
- *Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2008/2009:
Abschied vom Aufschwung
- *Joachim Ragnitz, Michael Reinhard und Heinz Schmalholz*
Ansiedlungshilfen für die Halbleiterindustrie im internationalen Vergleich
- *Michael Berlemann und Matthias Göthel*
Determinanten der internationalen Standortwahl von Unternehmen
- *Dieter Bogai und Franziska Hirschenauer*
Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland

Im Blickpunkt

- *Mandy Kriese, Ulrike Mandalka und Anna Montén*
Frauenbildung, Fertilität und Familienpolitik

15. Jahrgang (2008)
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20
E-Mail: dresden@ifo.de
Internet: <http://www.ifo-dresden.de>
Redaktion: Joachim Ragnitz
Technische Leitung: Katrin Behm
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Bezugspreis jährlich: 25,00 €
Preis des Einzelheftes: 5,00 €
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten
Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.
Grafik Design: © ifo Institut München
Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 4/2008

Aktuelle Forschungsergebnisse

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2008/2009

3

Beate Henschel, Beate Schirwitz und Gerit Vogt

Das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands ist im Jahr 2007 nach vorläufigen Angaben der amtlichen Statistik preisbereinigt um 2,2 % gestiegen. In diesem Jahr wird das Wirtschaftswachstum der aktuellen ifo Dresden Konjunkturprognose zufolge ähnlich stark ausfallen. Für das Jahr 2009 wird allerdings analog zum Deutschlandtrend eine deutliche Abschwächung der konjunkturellen Dynamik in Ostdeutschland prognostiziert. Das Bruttoinlandsprodukt wird dann wahrscheinlich lediglich um 1 % zulegen. Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt dürfte sich trotz der Abschwächung bis zum Ende des Prognosehorizonts weiter entspannen. In Sachsen wird das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr voraussichtlich etwas stärker ausfallen als im ostdeutschen Durchschnitt.

Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2008

12

Wolfgang Nierhaus

Mit dem hier vorgestellten Rechenwerk liegen erstmals Vierteljahresdaten für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sowie die Bruttowertschöpfung in den sechs großen Wirtschaftsbereichen für den Zeitraum I/1997 bis I/2008 vor. Mit Hilfe des ökonometrischen Verfahrens der temporalen Disaggregation wurde ein vierteljährliches Rechenwerk erstellt, das mit den amtlichen Jahreswerten des Arbeitskreises VGR der Länder für Sachsen konsistent ist. Die aktuellen Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2008 zeigen, dass sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Freistaat Sachsen im Trend leicht beschleunigt fortgesetzt hat.

Deutschlandprognose 2008/2009: Abschied vom Aufschwung

17

Wolfgang Nierhaus

Die deutsche Wirtschaft ist überaus schwungvoll in das neue Jahr gestartet. Nach der auch von Sondereffekten begünstigten kräftigen Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 2008 ist für das zweite Quartal mit einem leichten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Im weiteren Verlauf des Jahres 2008 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar wieder etwas anziehen, die Dynamik dürfte aber dabei vergleichsweise schwach bleiben. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt 2008 um 2,4 % expandieren. Nach dem diesjährigen zyklischen Hochpunkt lassen die konjunkturellen Auftriebskräfte im nächsten Jahr merklich nach, so dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 voraussichtlich um 1,0 % steigen wird.

Ansiedlungshilfen für die Halbleiterindustrie im internationalen Vergleich – Europa im Hintertreffen?

25

Joachim Ragnitz, Michael Reinhard und Heinz Schmalholz

Im internationalen Standortwettbewerb ist die Halbleiterindustrie einer der dynamischsten Global Player, wenn es darum geht, nach unter Kostengesichtspunkten lukrativen Investitionsstandorten zu suchen. Weltweit werden potenziellen Investoren aus dieser Branche breit gefächerte Unterstützungsleistungen geboten, um Anreize für die Wahl eines bestimmten Standorts zu bieten. Während außereuropäische Länder hierbei über ein vielfältiges Förderinstrumentarium mit teilweise beträchtlichem Finanzierungsvolumen pro Förderfall verfügen, sind die in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zulässigen Ansiedlungshilfen stark beschränkt. Am Standort Sachsen haben sich in den vergangenen Jahren namhafte Unternehmen der Halbleiterbranche niedergelassen. Angesichts der in anderen Ländern möglichen Subventionen besteht aber das Risiko, dass Folgeinvestitionen eher dort als in Sachsen realisiert werden. Dies könnte auf lange Sicht die Existenz der Halbleiterindustrie in Sachsen und in ganz Europa gefährden.

Determinanten der internationalen Standortwahl von Unternehmen – Ergebnisse einer empirischen Analyse 33

Michael Berlemann und Matthias Göthel

Der Standortwettbewerb hat im Laufe der Zeit deutlich zugenommen. Konkurrierten die Regionen eines Landes schon immer um die Ansiedlung von Unternehmen, hat sich im Zuge der Globalisierung auch der internationale Standortwettbewerb zuletzt deutlich intensiviert. Es liegt auf der Hand, dass interregionale Standortentscheidungen von anderen Faktoren beeinflusst werden als internationale. Der vorliegende Beitrag ist der internationalen Dimension dieses Wettbewerbs gewidmet. Im Rahmen des vorliegenden Beitrags werden die Ergebnisse einer empirischen Analyse der Determinanten der internationalen Standortwahl präsentiert und diskutiert.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland 44

Dieter Bogai und Franziska Hirschenauer

Nach langjährigem Verharren der Unterbeschäftigung auf sehr hohem Niveau bessert sich aktuell die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Neben dem konjunkturell bedingten Beschäftigungszuwachs trägt dazu auch der Rückgang des Arbeitskräfteangebots bei. Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, die sich aufgrund des starken Rückgangs von Schulabgängern in den nächsten Jahren deutlich verbessern dürfte, ist derzeit unverändert angespannt. Starke regionale Unterschiede bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit kennzeichnen den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Geringe Betriebsgrößen, alternde Belegschaften und zunehmende regionale Disparitäten stellen die ostdeutsche Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Im Blickpunkt

Frauenbildung, Fertilität und Familienpolitik 55

Mandy Kriese, Ulrike Mandalka und Anna Montén

„Kind oder Karriere“ – häufig wird vermutet, dass sich diese beiden Optionen gegenseitig ausschließen. Der vorliegende Beitrag zeigt anhand eines aktuellen Datensatzes, dass auch hoch qualifizierte Frauen häufig Karriere und Kinder durchaus miteinander zu vereinbaren wissen. Die aus theoretischen Gründen zu erwartende Polarisierung zwischen Frauen mit und ohne Kindern ist in der Realität jedenfalls weitaus seltener anzutreffen als dies aufgrund anderer, methodisch aber unzureichender Datenquellen bislang vermutet wurde.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich 60

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest 62

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen 65

ifo Vorträge 65

ifo Veröffentlichungen 66

ifo intern 67

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2008/2009

Beate Henschel, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*

Im Rahmen des vorliegenden Beitrags werden die Ergebnisse der aktuellen ifo Dresden Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen vorgestellt, die am 30. Juni 2008 mit einer Pressemitteilung und einem Pressegespräch veröffentlicht wurde. Zunächst werden die wichtigsten Trends in der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands erörtert. Nachfolgend wird auf die Spezifika der konjunkturellen Entwicklung Sachsens eingegangen. Wie bereits in früheren Ausgaben von *ifo Dresden berichtet* wird der Beitrag anschließend mit Ausführungen zur regionalen Arbeitsmarktlage beendet.

Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

Das **verarbeitende Gewerbe** Ostdeutschlands weist seit Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten auf – sowohl im Vergleich mit der Entwicklung in den anderen Wirtschaftszweigen (vgl. Abb. 1) als auch im Vergleich mit der westdeutschen Industrie. Vor allem das verarbeitende Gewerbe in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zeichnete sich bisher durch eine stetig hohe Wachstumsdynamik aus. Die ostdeutschen Betriebe des Monatsberichtszeitraumes konnten ihren Umsatz auch in den ersten vier Monaten des Jahres **2008** wieder deutlich ausweiten. Die höchsten Umsatzsteigerungen – etwa 10 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum – erzielten die Hersteller von Investitions- und von Vorleistungsgütern. Auch der Auftragseingang der ostdeutschen Industrie verzeichnete in den ersten Monaten des Jahres positive Zuwachsraten, wobei die Bestellungen aus dem Ausland in den meisten Bundesländern stärker zunahm als die aus dem Inland. Im Laufe des Jahres ist allerdings mit einer zunehmenden Abkühlung der Weltkonjunktur zu rechnen. Zudem wird der aktuelle Investitionszyklus in Deutschland allmählich auslaufen (vgl. Artikel von NIERHAUS in diesem Heft, S. 17–24).¹ Diese Faktoren bewirken, dass sich die Dynamik verringern wird. Insgesamt steigt die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands 2008 im Durchschnitt voraussichtlich um 6,0 %.

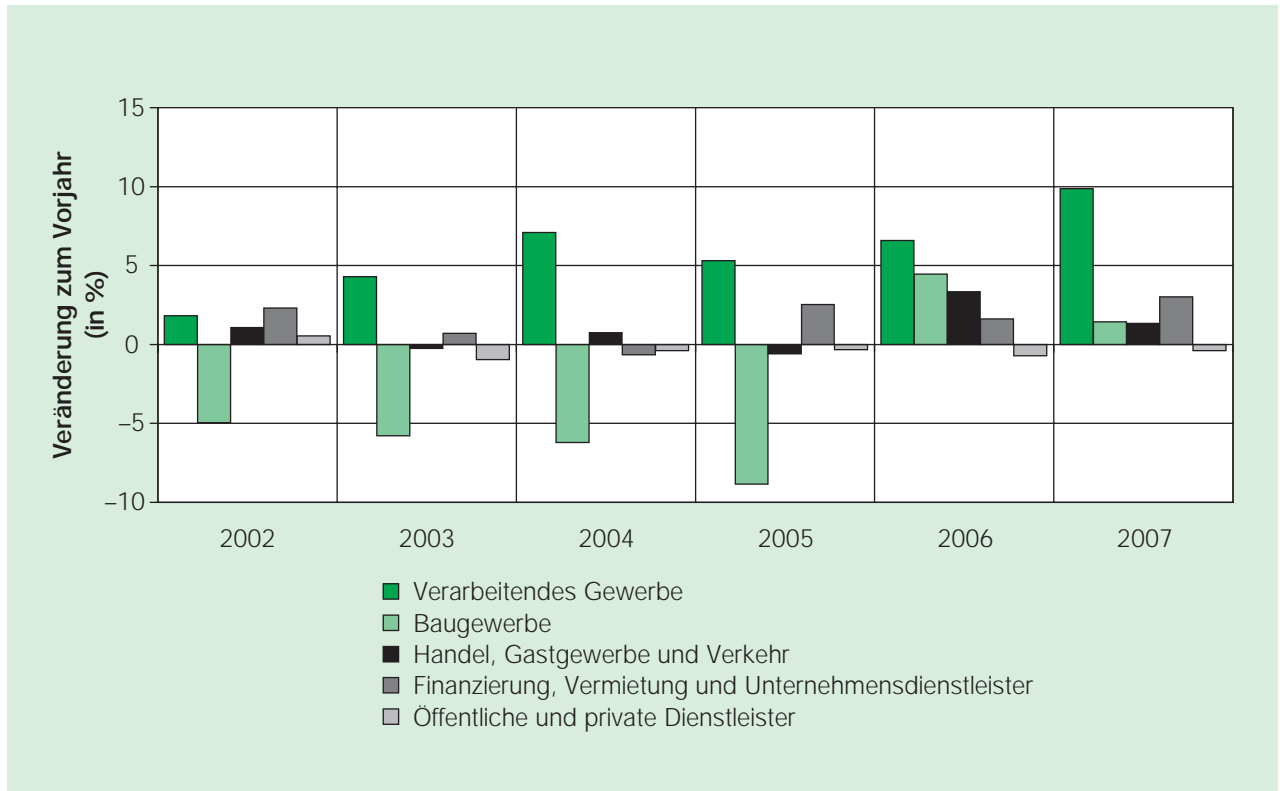
Im **Baugewerbe** Ostdeutschlands ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im vergangenen Jahr um 1,4 % gestiegen. Das Wachstum hat sich zu Beginn des Jahres 2008 offenbar fortgesetzt. In den ersten vier Monaten wurde von den Monatsmeldern im Bauhauptgewerbe

ein Umsatzzuwachs von gut 7 % erzielt. Hierzu dürften, wie bereits im Vorjahr, neben der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch die milde Witterung und die vielfach gestiegenen Baupreise² beigetragen haben. Ein mit gut 24 % besonders starker Umsatzzuwachs war in Berlin zu verzeichnen. Die expansiven Impulse kamen hier, ebenso wie im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer, vor allem aus den Bereichen Wohnungsbau und öffentlicher Bau (einschließlich Straßenbau). In den nächsten Monaten ist allerdings mit einer Abschwächung der Bauaktivitäten zu rechnen. Darauf deutet zumindest der Auftragseingang hin, der in den letzten 12 Monaten kumuliert lediglich um 0,8 % zunahm (vgl. Tab. 1). Das Zugpferd der Baukonjunktur dürfte, dem Auftragseingang nach zu schließen, in den nächsten Monaten vor allem der Wirtschaftsbau sein. In den Bereichen öffentlicher Bau (mit Straßenbau) und Wohnungsbau ist hingegen eher mit einem stagnierenden oder rückläufigen Bauumsatz zu rechnen. Im Ausbaugewerbe wird die Entwicklung über das gesamte Jahr betrachtet voraussichtlich wieder etwas günstiger verlaufen als im Bauhauptgewerbe. Der Bereich dürfte von der weiterhin hohen Nachfrage nach Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Altbaubestand profitieren. Insgesamt wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe 2008 wahrscheinlich um 0,6 % zulegen und damit einen leicht positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** erhöhte sich im Vorjahr um 1,3 %. Das war deutlich weniger als 2006 (3,3 %), als vorgezogene Käufe in Erwartung der Mehrwertsteuererhöhung 2007 die Entwicklung im Handel begünstigten. Diese Käufe fehlten dementsprechend in der Bilanz für 2007. In den ersten Monaten des aktuellen Jahres konnte der Handel in den meisten ostdeutschen Bundesländern seinen Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhen. Angesichts des starken Preisauflaufs der letzten Monate insbesondere bei Energieprodukten und Nahrungsmitteln ist dies jedoch nur in vermindertem Umfang mit einer Steigerung der realen Wirtschaftsleistung verbunden. Im Gastgewerbe verlief die Umsatzentwicklung

* Beate Henschel und Gerit Vogt sind wissenschaftliche Mitarbeiter und Beate Schirwitz ist Doktorandin in der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Abbildung 1: Veränderungen der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (2008).

Tabelle 1: Auftragseingang im Bauhauptgewerbe: Ostdeutschland, Sachsen und Westdeutschland im Vergleich

Hauptgruppen	Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen	Westdeutschland (ohne Berlin)
Bauhauptgewerbe insgesamt	0,8 %	-1,3 %	7,8 %
Wirtschaftsbau	2,7 %	4,4 %	7,6 %
Öffentlicher Bau mit Straßenbau	0,5 %	-7,7 %	14,9 %
Wohnungsbau	-3,2 %	6,0 %	-6,6 %

Anmerkung: Dargestellt sind die Veränderungsdaten des im Zeitraum von Mai 2007 bis April 2008 kumulierten Auftragseingangs in € zu den entsprechenden Werten vor Jahresfrist.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2008a), Berechnungen des ifo Instituts.

im ersten Quartal zwischen den einzelnen Bundesländern sehr heterogen, die Spanne reichte von -7,0 % in Brandenburg bis zu +7,5 % in Mecklenburg-Vorpommern. Grundsätzlich erhalten die personennahen Dienstleistungen 2008 positive Impulse aus der verbesserten Arbeitsmarktlage und den aktuellen Tarifsteigerungen. Angesichts der anhaltend hohen Inflationsraten werden sich

diese allerdings nur gedämpft in den preisbereinigten Ergebnissen widerspiegeln. Der Unterbereich „Verkehr und Nachrichtentechnik“ dürfte hingegen von einer zunächst weiterhin hohen Nachfrage aus den industrienahen Wirtschaftszweigen profitieren. Insgesamt wird sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ 2008 um knapp 1 % erhöhen.

Im Bereich **Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister** konnten insbesondere die Anbieter unternehmensnaher Dienstleistungen vom jüngsten Konjunkturaufschwung profitieren. Im Gesamttaggregat wurde die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Vorjahr um 3,0 % ausgeweitet. Auch 2008 bleibt die Nachfrage vor allem aus der Industrie hoch. Die Bruttowertschöpfung wird daher etwa in ähnlichem Umfang zunehmen wie 2007.

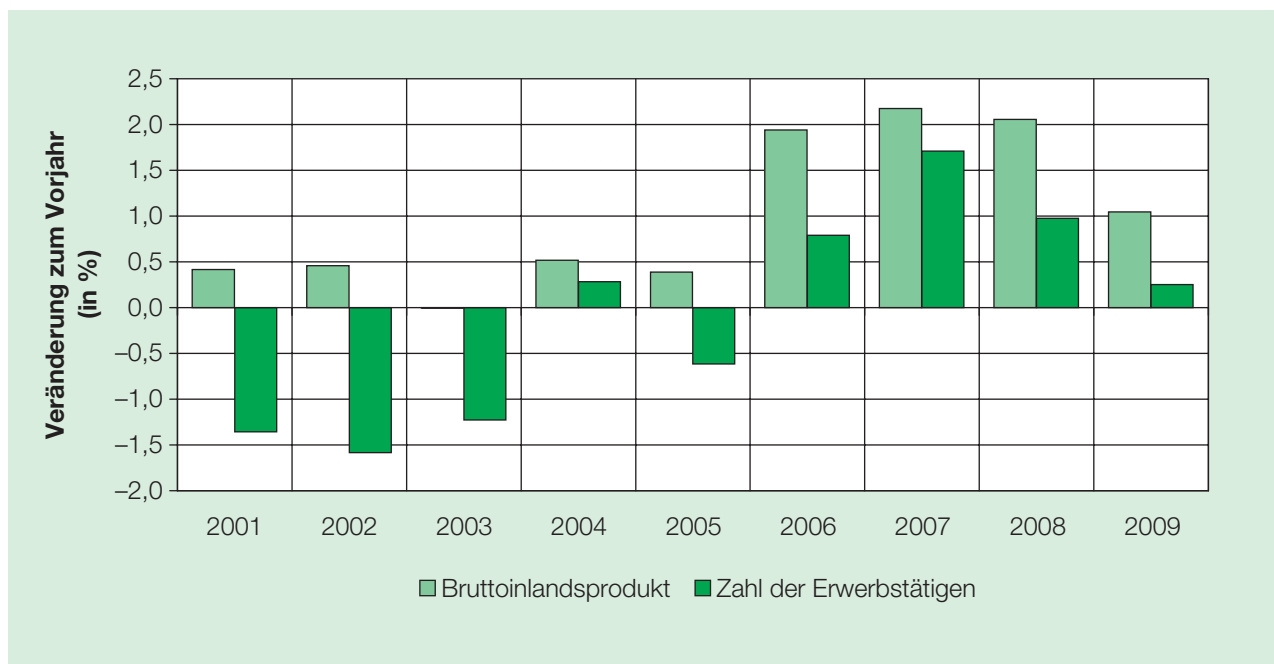
Die ostdeutsche Entwicklung im Bereich **öffentliche und private Dienstleister** wird stark vom anhaltenden Abbau der Personalüberhänge im Staatssektor beeinflusst. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung war demnach auch im vergangenen Jahr rückläufig. Im Jahr 2008 kommen jedoch gegenläufige Effekte aus den Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst sowie der dortigen Entgeltangleichung für untere Vergütungsgruppen an das westdeutsche Niveau. Die Impulse aus dem Bereich der privaten Dienstleister bleiben eher schwach. Insgesamt werden die ostdeutschen öffentlichen und privaten Dienstleister im aktuellen Jahr einen positiven Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung leisten.

Insgesamt wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung Ostdeutschlands 2008 um 2,4 % zunehmen. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Entwicklung von Gütersteuern und Gütersubventionen resultiert dies in einem Wachstum des **Bruttoinlandsprodukts** um 2,1 % (vgl. Abb. 2). Der seit 2006 beobachtbare Anstieg

der Erwerbstätigkeit setzt sich weiter fort, auch wenn die Zahlen für das 1. Quartal 2008 (+1,2 %) darauf hindeuten, dass sich der Beschäftigungsaufbau im Vergleich zum Vorjahr verlangsamt hat. Im Jahresdurchschnitt 2008 wird sich die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland um 1,0 % erhöhen.

Für den weiteren Verlauf des Jahres und das kommende Jahr wird gemeinhin mit einer Eintrübung der Konjunktur gerechnet. Dem kann sich auch Ostdeutschland nicht entziehen. Während dies aufgrund der zunächst anhaltend hohen Dynamik am Jahresbeginn in den prognostizierten Gesamtwachstumsraten für 2008 noch kaum zum Ausdruck kommt, werden die Bremspuren in den Zahlen für **2009** deutlich sichtbar. Die gestiegenen Energiekosten werden die Unternehmenserträge und damit den Spielraum für neue Investitionen schmälern. Sie vermindern zudem die Ausgabenspielräume der privaten Haushalte, sodass trotz steigender Einkommen von Seiten der Konsumgüternachfrage keine starken Impulse zu erwarten sind. Die Exportdynamik wird infolge der weiteren Abkühlung der Weltwirtschaft wahrscheinlich geringer ausfallen als in diesem Jahr. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland wird dann voraussichtlich nur noch um 1,3 % wachsen. Für das **Bruttoinlandsprodukt** wird eine Zuwachsrate von 1,0 % prognostiziert. Auch der Anstieg der Erwerbstätigkeit fällt mit 0,3 % deutlich schwächer aus als im aktuellen Jahr.

Abbildung 2: Veränderungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2008), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes und der Länder (2008); 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

Im **verarbeitenden Gewerbe** werden die inländischen Impulse mit der Verminderung der zyklischen Auftriebskräfte bei den Ausrüstungsinvestitionen deutlich schwächer ausfallen als in den Vorjahren. Die Abkühlung der Weltwirtschaft wird die ostdeutsche Industrie allerdings nur unterdurchschnittlich treffen, da sie im Vergleich zu den westdeutschen Unternehmen einen größeren Teil ihres Auslandsgeschäfts in den osteuropäischen Mitgliedsländern der EU und Russland tätigt. Dort wird sich die wirtschaftliche Dynamik im Prognosezeitraum weniger stark abschwächen als in Westeuropa und Nordamerika. Insgesamt ist für das Jahr 2009 mit einer Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe um 4,1 % zu rechnen.

Die Entwicklung im **Baugewerbe** dürfte, nach drei Jahren mit positiven Wachstumsraten, im Jahr 2009 wieder rückläufig sein. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung wird der Prognose zufolge um 1,0 % niedriger ausfallen als in diesem Jahr. Der Wirtschaftsbau wird infolge der geringeren inländischen Investitionstätigkeit das Umsatzniveau des Vorjahres nicht halten können. Positive Impulse sind allerdings von den anhaltenden Bestrebungen zur energetischen Modernisierung im privaten und öffentlichen Bereich und vom Programm „Stadtumbau Ost“ zu erwarten.

Die allgemeine konjunkturelle Abschwächung und insbesondere die weniger dynamische Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe beeinflussen auch die Nachfrage nach Dienstleistungen. Der Zuwachs der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Bereich **Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister** wird demnach mit 1,7 % geringer ausfallen als 2008. Im **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** sind auch die Impulse aus den personennahen Unterbereichen nur schwach, sodass die Bruttowertschöpfung hier nur um 0,4 % gesteigert werden kann.

Im Staatssektor setzt sich auch 2009 der Personalabbau weiter fort und belastet damit das Ergebnis im Bereich der **öffentlichen und privaten Dienstleister**, ohne dass dies in ähnlichem Umfang wie 2008 durch Gehaltsangleichungen kompensiert wird. Die Bruttowertschöpfung wird daher leicht zurückgehen.

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Den aktuellen Angaben der amtlichen Statistik zufolge ist das sächsische Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr preisbereinigt um 2,4 % gestiegen (vgl. Abb. 3). Das Wirtschaftswachstum fiel damit zwar erneut stärker aus als im Mittel der ostdeutschen Bundesländer; der Bundesdurchschnitt (2,5 %) wurde allerdings verfehlt. Im Jahr **2008** dürfte das Bruttoinlandsprodukt Sachsens in

einer ähnlichen Größenordnung wie in Ostdeutschland insgesamt expandieren (2,1 %). Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen wird sich der Prognose zufolge im Großen und Ganzen analog zum allgemeinen Ostdeutschlandtrend vollziehen. In Hinblick auf die Zahl der Erwerbstätigen ist mit einem Anstieg von 0,9 % zu rechnen.

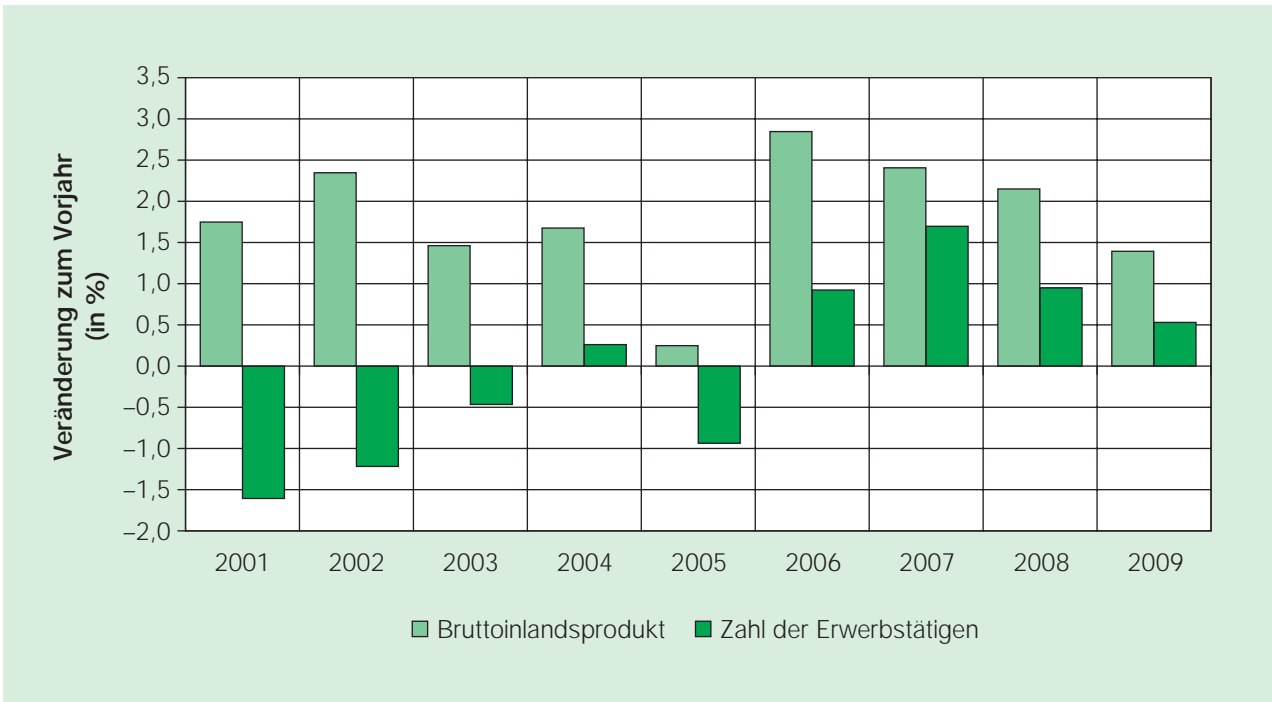
Für das Jahr **2009** wird auch für Sachsen eine deutliche Konjunkturabkühlung prognostiziert. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte dann mit einer Zuwachsrate von 1,4 % aber wieder etwas stärker zunehmen als im Mittel der ostdeutschen Bundesländer. Dies ist in erster Linie auf den Wachstumsbeitrag des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen, welcher höher als in Ostdeutschland insgesamt ausfallen wird. Zusätzliche Impulse sind hier insbesondere aus den Bereichen Fahrzeugbau³ und regenerative Energien⁴ zu erwarten. Im Baugewerbe und im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister wird die Wertschöpfung hingegen voraussichtlich stärker schrumpfen als im ostdeutschen Durchschnitt. Ein Grund für die vergleichsweise schwächere Entwicklung im sächsischen Baugewerbe ist in den noch immer bestehenden Überkapazitäten zu sehen, die sich in Indikatoren wie der Bruttowertschöpfung je Einwohner oder dem Anteil des Wirtschaftsbereichs an der Gesamtwertschöpfung zeigen (vgl. Abb. 4 und Tab. 2). Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Durchschnitt des Jahres 2009 wahrscheinlich um 0,5 % über dem Vorjahresniveau liegen.

Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland

Weiterhin positive Beschäftigungsentwicklung

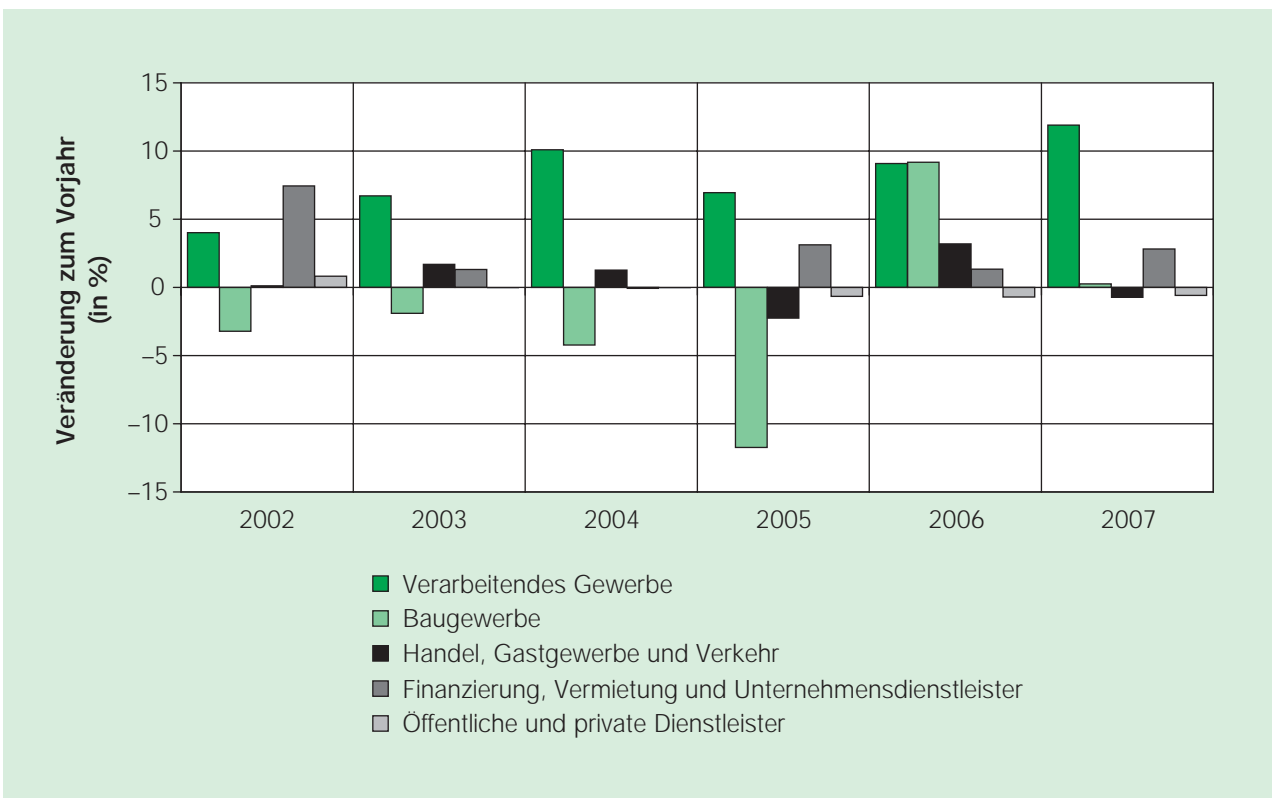
Für das Jahr 2007 kann für Sachsen und Ostdeutschland mit jeweils 1,7 % der höchste Anstieg bei der Erwerbstätigkeit seit Mitte der neunziger Jahre festgestellt werden. Der Erwerbstätigenzuwachs erreichte im 1. Vierteljahr 2007 seinen Höhepunkt und ist seitdem zwar immer noch positiv, aber weist eine deutlich abgeschwächte Dynamik auf (vgl. Tab. 3). Im 1. Quartal dieses Jahres stieg in Sachsen die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,1 %, in Ostdeutschland um 1,2 %. Für das laufende Jahr erwartet das ifo Institut eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl in Sachsen um 0,9 %, für das kommende Jahr +0,5 %. Da die Wachstumsdynamik in Ostdeutschland in den letzten Monaten etwas stärker war, rechnet das ifo Institut für Ostdeutschland im Jahresdurchschnitt 2008 mit einer um 1,0 % über dem Vorjahresniveau liegenden Erwerbstätigenzahl (2009: +0,3 %). Wie auch beim Erwerbstätigenwachstum kann

Abbildung 3: Veränderungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2008), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2008); 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 4: Veränderungen der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2008).

Tabelle 2: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr (in %) ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,1	1,0	2,4	2,1	1,4
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	2,5	2,4	1,3	2,8	2,4	1,6
Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes	9,9	6,0	4,1	11,9	6,1	6,2
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	1,4	0,6	-1,0	0,2	0,5	-2,4
Bruttowertschöpfung Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,3	0,9	0,4	-0,7	1,2	0,5
Bruttowertschöpfung Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,0	3,0	1,7	2,8	2,1	1,7
Bruttowertschöpfung öffentliche und private Dienstleister	-0,4	0,9	-0,1	-0,6	1,2	-0,8
Zahl der Erwerbstätigen	1,7	1,0	0,3	1,7	0,9	0,5

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: 2007: Arbeitskreis VGR der Länder und Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder; 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

bei den sozialversicherungspflichtigen (sv) Beschäftigungsverhältnissen ein abgeschwächtes Wachstum festgestellt werden. Das Niveau der Zuwachsraten liegt aber immer noch deutlich über dem der Erwerbstätigen. Seit Sommer 2007 steigt die Zahl der sv-Beschäftigten sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland um circa 2 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

Der Beschäftigungsaufbau konnte realisiert werden, weil die vier wichtigsten Branchen, die knapp 60 % aller Beschäftigten stellen, ihre Beschäftigung zum Teil deutlich ausbauten (vgl. Abb. 5). Sowohl absolut als auch prozentual am stärksten stieg die Beschäftigung im Bereich der Unternehmensdienstleister: Im ersten Quartal 2008 nahm die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,7 % in Sachsen bzw. 6,5 % in Ostdeutschland zu. Einen großen Anteil an diesem Beschäftigungszuwachs hat die Wirtschaftsunterklasse 74502 „Überlassung von Arbeitskräften“. So stieg in Sachsen die Beschäftigung in diesem Wirtschaftszweig zwischen Juni 2006 und Juni 2007 (aktuellere Daten liegen nicht vor) um 29,6 % bzw. 9.300 Personen an [vgl. STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2008)]. Im

gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten im übergeordneten Wirtschaftsabschnitt K „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ um knapp 13.100 Personen an. D. h., den Leiharbeitsfirmen lassen sich in Sachsen rein rechnerisch 71 % des Beschäftigtenzuwachses dieses Wirtschaftsabschnittes bzw. 30 % des Beschäftigungszuwachses von 30.700 Personen über alle Wirtschaftszweige zuschreiben.

Neben den Unternehmensdienstleistern baut auch das verarbeitende Gewerbe weiterhin überdurchschnittlich stark Beschäftigung auf. Im ersten Quartal wuchs die Beschäftigtenzahl in Sachsen um 4,1 % bzw. in Ostdeutschland um 4,0 %. Damit bleibt das verarbeitende Gewerbe auch weiterhin der für die Beschäftigung wichtigste Wirtschaftszweig. Darüber hinaus wurde in den Bereichen „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ sowie im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ in größerem Umfang Beschäftigung aufgebaut. Größere Beschäftigungsverluste gab es in den Bereichen „Erziehung und Unterricht“, im Baugewerbe und im Kredit-

Tabelle 3: Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig (sv) Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland (2006–2008)

	Sachsen				Ostdeutschland			
	Erwerbstätige		sv-Beschäftigte		Erwerbstätige		sv-Beschäftigte	
	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal
2006								
1. Quartal	1.859,1	0,1 %	1.293,2	-1,5 %	7.019,6	0,1 %	4.849,4	-1,3 %
2. Quartal	1.901,4	1,0 %	1.330,9	0,2 %	7.173,7	0,9 %	4.978,7	0,4 %
3. Quartal	1.932,7	1,3 %	1.356,5	1,2 %	7.277,0	1,1 %	5.060,4	1,1 %
4. Quartal	1.954,5	1,4 %	1.374,4	2,2 %	7.360,9	1,1 %	5.117,7	1,7 %
2007								
1. Quartal	1.907,5	2,6 %	1.344,9	4,0 %	7.187,0	2,4 %	5.017,4	3,5 %
2. Quartal	1.937,9	1,9 %	1.368,2	2,8 %	7.303,5	1,8 %	5.101,3	2,5 %
3. Quartal	1.958,9	1,4 %	1.386,2	2,2 %	7.380,8	1,5 %	5.167,1	2,1 %
4. Quartal	1.978,7	1,2 %	1.400,1	1,9 %	7.463,9	1,4 %	5.212,2	1,8 %
2008								
1. Quartal	1.928,4	1,1 %	1.373,0	2,1 %	7.273,3	1,2 %	5.113,1	1,9 %

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008a), Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2007), Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

und Versicherungsgewerbe. In Ostdeutschland baute zudem auch die öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung deutlich Beschäftigung ab.

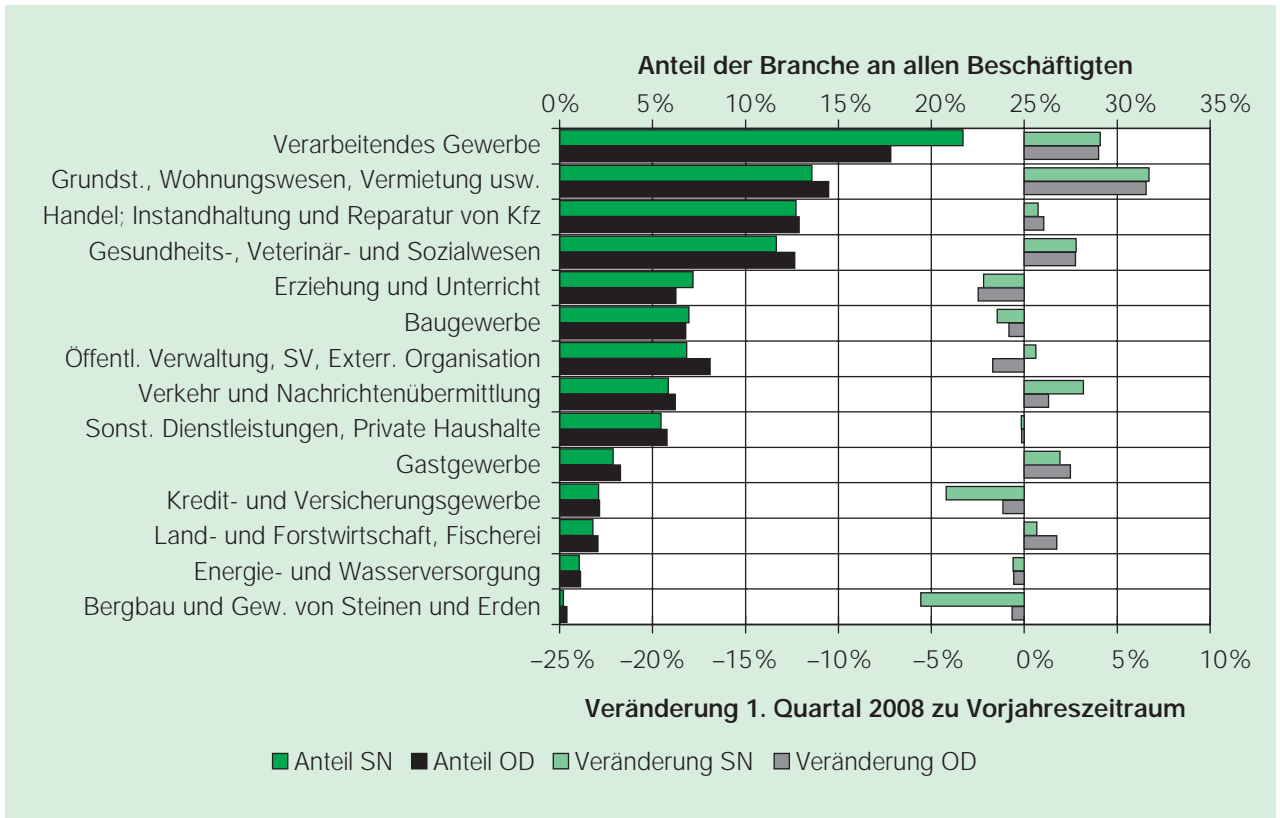
Arbeitslosigkeit erneut rückläufig

Spiegelbildlich zur positiven Erwerbstätigen- und Beschäftigtenentwicklung ist die Arbeitslosigkeit bundesweit stark rückläufig. In Sachsen und Ostdeutschland ging die Zahl der Arbeitslosen im 1. Halbjahr 2008 im Durchschnitt um 13,1 % bzw. 12,7 % zurück (vgl. Abb. 6). Dieser starke Rückgang der Arbeitslosigkeit ist dabei nicht auf eine massive Ausweitung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurückzuführen, sondern auf Abgänge in Erwerbstätigkeit. So bewegt sich beispielsweise die Zahl der Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit im 1. Halbjahr 2008 nur leicht unter dem Vorjahreszeitraum. Die Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Ausbildung im 1. Halbjahr 2008 übertreffen die des Vorjahres sogar um knapp 6 % in Sachsen bzw. um 5,3 % in Ostdeutschland, was zu einem überdurchschnittlich starken

Rückgang in der Arbeitslosigkeit der unter 20-Jährigen geführt hat (Juni 2008 gegenüber Juni 2007: -19 % in Sachsen bzw. -18,6 % in Ostdeutschland). Ebenfalls überdurchschnittlich stark gesunken ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen, was im Vergleich zum Vorjahr zu einem niedrigeren Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen geführt hat.

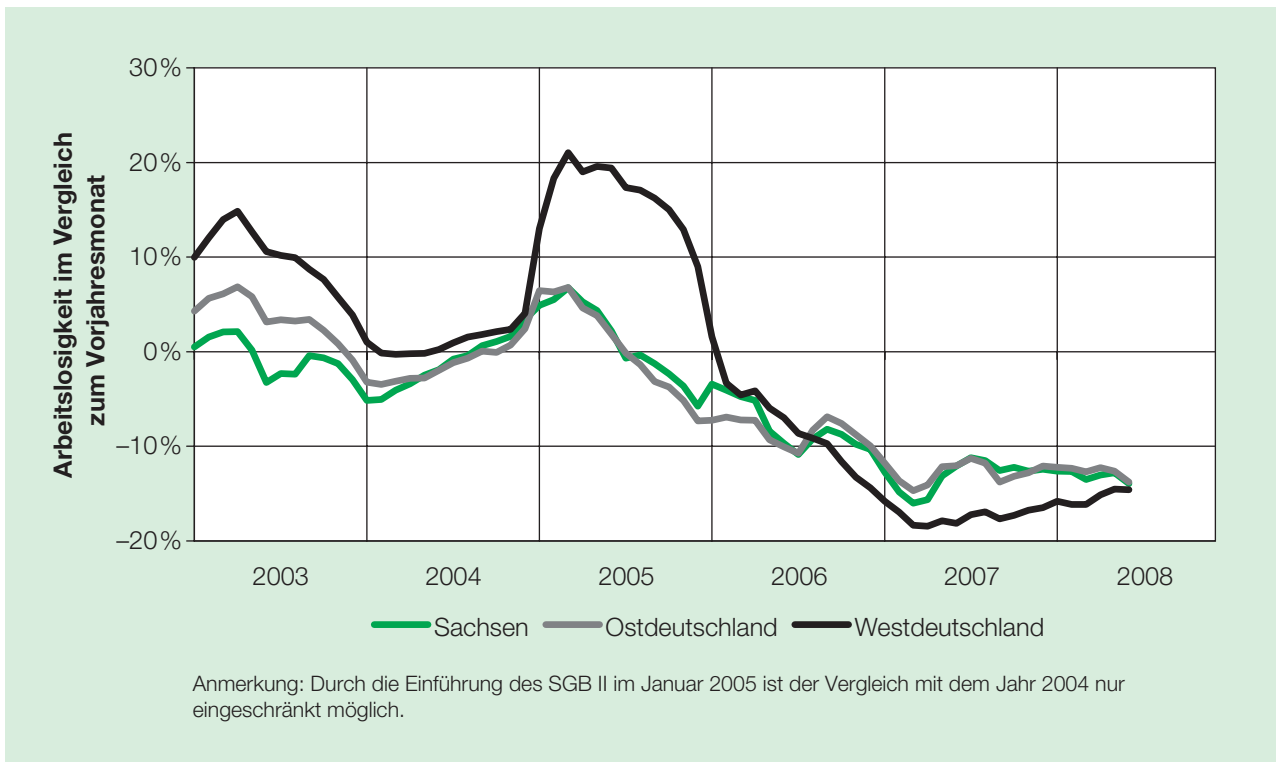
Innerhalb Sachsens ging die Arbeitslosigkeit im Schnitt in den kreisfreien Städten etwas schwächer zurück als in den Landkreisen. Werden die Arbeitslosenquoten betrachtet, ist kein eindeutiges Muster zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen feststellbar. Die sachsenweit niedrigsten Arbeitslosenquoten mit weniger als 11 % im Juni 2008 hatten die Landkreise Meißen, Freiberg und Kamenz. Die drei sächsischen Großstädte Dresden, Chemnitz und Leipzig, die auch nach Umsetzung der Kreisgebietsreform zum 01.08.2008 ihren Status als kreisfreie Stadt behalten, nahmen im Juni 2008 die Ränge 8 (mit einer Arbeitslosenquote von 12,5 %), 17 (14,3 %) und 26 (17,1 %) ein. Die höchste Arbeitslosenquote ist im Juni dieses Jahres für die Stadt Görlitz (22,4 %) festzustellen, wobei allgemein die Landkreise

Abbildung 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 6: Arbeitslosigkeit in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (Veränderung zum Vorjahresmonat)



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

am östlichen Rand Sachsens etwas höhere Arbeitslosenquoten aufweisen. In Sachsen insgesamt betrug die Arbeitslosenquote, bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen, zuletzt 13,8 %, in Ostdeutschland war sie mit 14,2 % leicht höher.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2008): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2001 bis 4. Vierteljahr 2007, Reihe 1 Länderergebnisse Band 3 Erwerbstätige (Vierteljahresergebnisse).
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-Regionen Deutschlands 1991 bis 2007, Reihe 1 Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2007/Februar 2008, März 2008.
- SÄCHSISCHE STAATSKANZLEI (Hrsg.) (2008): Tillich: „Sachsen ist Schrittmacher der Solarindustrie“, Pressemitteilung vom 06.06.2008.
- STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitnehmerüberlassung, 1. Halbjahr 2007, Nürnberg.
- STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (2008): I. Quartal 2008: Anstieg der Erwerbstätigkeit um 1,2 Prozent, Pressemitteilung vom 19.06.2008, 56/2008.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2008a): Genesis-Online Tabelle, Bauauftragseingang, Bauhauptgewerbe, Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, Zeitreihe aus 44111LM105, Download am 25.06.2008.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2008b): Baupreisindex Februar 2008: Wohngebäude + 3,0% zum Vorjahr, Pressemitteilung Nr. 144 vom 10.04.2008.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2008a): Erwerbstätige im Freistaat Sachsen vom 1. Vierteljahr 2001 bis zum 1. Vierteljahr 2008 nach Wirtschaftsbereichen (in 1.000), Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2008b): Sachsens Industrie mit zweistelligem Umsatzplus auch 2007 auf Erfolgskurs, Pressemitteilung Nr. 159 vom 02.07.2008.

¹ Vgl. Beitrag von W. Nierhaus, „Deutschlandprognose 2008/2009: Abschied vom Aufschwung“, in diesem Heft, S. 17–24.

² Die Baupreise für in Deutschland neu errichtete Wohngebäude lagen nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2008b) im Februar 2008 um 3,0 % über dem Vorjahresniveau. Bei Bürogebäuden, gewerblichen Betriebsgebäuden und im Straßenbau waren mit Veränderungsraten von 3,2 %, 3,3 % bzw. 4,0 % noch höhere Anstiege zu verzeichnen.

³ Der Fahrzeugbau ist in Sachsen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes der umsatzstärkste Wirtschaftszweig. Im Jahr 2007 wurde in dieser Branche ein Umsatz von gut 14 Mrd. € und damit rund ein Viertel des Umsatzes aller berichtspflichtigen Industriebetriebe erwirtschaftet [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2008b)]. Der Branchenumsatz dürfte im Jahr 2009 durch den Beginn der Produktion von neuen Automobilmodellen (BMW X1 und Porsche Panamera) am Standort Leipzig stimuliert werden.

⁴ Im Jahr 2007 erzielte der Bereich der erneuerbaren Energien in Sachsen mit etwa 4.700 Menschen einen Umsatz von mehr als 1,3 Mrd. €. Die wichtigste Säule der Branche ist mit rund 3.000 Beschäftigten die Photovoltaikindustrie [vgl. SÄCHSISCHE STAATSKANZLEI (2008)]. In diesem Bereich ist durch den Aus- und Neuaufbau von Produktionskapazitäten, insbesondere an den Standorten in Freiberg (SolarWorld AG) und Großröhrsdorf (Sunfilm AG), im Jahr 2009 mit einem starken Anstieg von Umsatz und Wertschöpfung zu rechnen.

Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2008

Wolfgang Nierhaus*

Motivation und Methodik

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu geben. Auf die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stützen sich die Entscheidungsträger von Politik und Wirtschaft. Die Ergebnisse werden in der gesamten EUROPÄISCHEN UNION in gleicher Weise berechnet, zurzeit basierend auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995 (ESVG 1995). Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGR d L) veröffentlicht seit Mitte der 1950er Jahre regelmäßig regionalisierte Jahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen für die einzelnen Bundesländer sowie – seit 1999 – für West- bzw. Ostdeutschland.

Anders als in den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden auf regionaler Ebene allerdings keine Vierteljahreswerte bereitgestellt. Vierteljährliche VGR-Ergebnisse sind indes ein wichtiges Bindeglied zwischen den monatlichen Konjunkturindikatoren der Fachstatistik und den Jahresergebnissen der VGR. Sie fassen die zeitweise widersprüchlichen Einzelinformationen der Fachstatistiken zusammen und sind damit ein wesentliches Element der allgemeinen Konjunkturbeobachtung. Darüber hinaus sind sie unentbehrliche Grundlage für gesamtwirtschaftliche Analysen und Prognosen.

Das IFO INSTITUT hat vor einem Jahr in dieser Zeitschrift erstmals einen Ansatz vorgestellt, mit dessen Hilfe die bisherige Datenlücke in den VGR für Sachsen geschlossen werden kann.¹ Mit Hilfe der Methode der temporalen Disaggregation wird ein vierteljährliches regionales Zahlenwerk erstellt, das mit den Jahresergebnissen des AK VGR d L für Sachsen im Schätzzeitraum konsistent ist. Dabei werden die amtlichen Jahresaggregate unter Verwendung von unterjährigen Referenzindikatoren in vierteljährliche Aggregate umgewandelt. Konkret wird

nach dem Chow & Lin-Verfahren eine mit Jahresdaten geschätzte Regressionsbeziehung zwischen den Komponenten der Wertschöpfung und den jeweils erklärenden Referenzindikatoren auf Quartale übertragen.² Der Ansatz baut auf der Hypothese auf, dass die höherfrequenten Indikatorenreihen die Veränderungen der interessierenden VGR-Aggregate korrekt wiedergeben. Dabei wird vorrangig auf unterjährige Indikatoren der sächsischen Fachstatistik zugegriffen; ansonsten werden die entsprechenden Vierteljahresergebnisse der nationalen VGR verwendet. Durch sächsische Indikatoren werden der besonders dynamische Wirtschaftsbereich verarbeitendes Gewerbe einschließlich Bergbau sowie die Sektoren Bau und Handel (einschließlich Gastgewerbe) abgedeckt. Alle länderspezifischen Zeitreihen werden vom STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN bezogen.³ Um die Kohärenz der verwendeten Daten zu gewährleisten, wird bei den gesamtdeutschen Indikatoren der gleiche Rechenstand verwendet (Inlandsproduktberechnung, Vierteljahresergebnisse, 4. Vierteljahr 2007), der auch dem gegenwärtigen Zahlenwerk des AK VGR d L (Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1; März 2008) zugrunde liegt.

Der Fokus der Quantifizierung liegt auf der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der WZ-Tiefe A6, d. h. es werden preisbereinigte Vierteljahreswerte für das BIP und die Bruttowertschöpfung (BWS) in den sechs großen Wirtschaftsbereichen Sachsens ermittelt:

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
- Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe,
- Baugewerbe,
- Handel, Gastgewerbe und Verkehr,
- Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister,
- Öffentliche und private Dienstleister.

Das vierteljährliche BIP folgt aus der BWS durch Hinzurechnung der vierteljährlichen Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen). Der Schätzzeitraum umfasst die Jahre 1996 bis 2007; von einer temporalen Disaggregation der Jahre 1991 bis 1995 wurde aufgrund der tendenziell erhöhten statistischen Fehlermargen der Ausgangsdaten abgesehen. Die konkrete temporale Disaggregation wurde mit Hilfe des Eurostat Software-Pakets ECOTRIM (Version 1.01) durchgeführt.⁴

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München tätig.

Ursprungswerte

Tabelle 1 präsentiert die aktuellen Ergebnisse der temporalen Disaggregation für Sachsen.⁵ Die aus Quartalsindizes gebildeten Jahresdurchschnittswerte ergeben die vom AK VGR d L publizierten Jahresindizes. Zudem enthält die Tabelle die Veränderungsraten gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal und die dazugehörigen Wachstumsbeiträge. Alternativ wäre auch ein Nachweis der vierteljährlichen Aggregate in Form von verketteten Absolutgrößen (in Mill. €) möglich. Dies hätte zwar den Vorteil, die Wirtschaftsentwicklung wie vor der großen VGR-Revision 2005 in Absolutwerten abbilden zu können, andererseits aber den Nachteil der Nicht-additivität, der aus der Verkettung folgt. So ergibt die Summe der verketteten Wertschöpfungsaggregate im Allgemeinen nicht die verkettete Bruttowertschöpfung. Das gleiche gilt für räumliche Aggregate, z. B. zwischen dem verketteten Bruttoinlandsprodukt auf Bundesebene und der Summe der verketteten BIP der Bundesländer.⁶

Für das laufende Jahr, für das es naturgemäß noch keine amtlichen Jahresergebnisse gibt, vermag das Chow & Lin-Verfahren vierteljährliche Prognosewerte auf der Basis der geschätzten Zusammenhänge zu liefern, sofern die entsprechenden unterjährigen Indikatoren hierfür vorliegen. Da es bereits einen vollständigen Indikatorensetz für das erste Quartal 2008 gibt, können für diesen Zeitraum erste Vierteljahresergebnisse präsentiert werden. Demnach stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Vierteljahr 2008 im Freistaat Sachsen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 2,1%; die gesamte Bruttowertschöpfung sogar um 2,3%. Die höchste Zuwachsrate in Höhe von 9,0% konnte der Sektor Landwirtschaft erzielen, der freilich in besonderem Maße von der milden Witterung im Winter begünstigt war. Sehr wachstumsstark war auch der Wirtschaftsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit einem Zuwachs von 3,6%, gefolgt vom produzierenden Gewerbe (ohne Bau), das um 3,2% zulegen vermochte. Der Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr konnte im ersten Quartal 2008 erstmals nach den Umsatzrückgängen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung 2007 wieder ein leichtes Plus erzielen (1,8%). Auch die Produktion im Bausektor wuchs spürbar (1,3%), wozu allerdings das milde Winterwetter beigetragen hat. Relativ verhalten stieg dagegen die preisbereinigte Wertschöpfung im Wirtschaftsbereich öffentliche und private Dienstleister (0,6%). Immerhin scheint hier der negative Trend der vergangenen Jahre zum Stillstand gekommen zu sein.

Die Tabelle 1 zeigt schließlich auch die dazugehörigen Wachstumsbeiträge der sechs großen Wirtschaftsbereiche (unter Einrechnung der Nettogütersteuern) zum

preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (Lundberg-Komponenten). Mit ihrer Hilfe kann die relative Bedeutung der einzelnen Wertschöpfungsaggregate für die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dargestellt werden. Die Wachstumsbeiträge einer Wertschöpfungskomponente zum preisbereinigten BIP in der Vierteljahresrechnung errechnen sich grosso modo als Produkt von Wachstumsrate und dem nominalem Anteil des Aggregats am BIP (im Vorjahr).⁷ Dominante Wachstumsträger waren im ersten Quartal 2008 demnach der Sektor Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit einem Wachstumsbeitrag zum preisbereinigten BIP in Höhe von 0,9 Prozentpunkten sowie das produzierende Gewerbe (ohne Bau), das 0,7 Prozentpunkte beisteuerte. Allerdings konnten für letzteren Wirtschaftsbereich in den vergangenen beiden Jahren weit höhere Wachstumsbeiträge registriert werden.

Trend-Konjunktur-Komponenten

Zur Identifizierung der aktuellen konjunkturellen Entwicklungstendenzen im Freistaat Sachsen wurden zusätzlich die Trend-Konjunktur-Komponenten der Quartalsreihen ermittelt. Die Trend-Konjunktur-Komponente kann als zusammengefasste systematische Bewegungskomponente einer Zeitreihe aufgefasst werden. Die Trendkomponente umfasst den langfristigen Entwicklungspfad, die Konjunkturkomponente die mittelfristige zyklische Bewegung. Die Trend-Konjunktur-Komponente verläuft in aller Regel glatt und verdeutlicht damit die Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung.

Für die Isolierung der Trend-Konjunktur-Komponente muss eine Zeitreihe von der saisonalen Komponente, die die regelmäßig wiederkehrenden Veränderungen der Zeitreihenwerte innerhalb eines Jahres widerspiegelt, und von der irregulären Komponente (z. B. streikbedingte Produktionsausfälle) bereinigt werden.⁸ Für manche Zeitreihen ist darüber hinaus eine zusätzliche Kalendereinigung (=Ausschaltung der Arbeitstagekomponente) sinnvoll. Die Arbeitstagekomponente erfasst Einflüsse, die auf Unregelmäßigkeiten im Kalender zurückgehen (z. B. Schalltage oder aber bewegliche Feiertage). Aufgrund des Fehlens von sachsenspezifischen Kalenderfaktoren wird hier jedoch von einer Kalendereinigung abgesehen. Zur Ausschaltung der Saisonkomponente wurde das international bekannte Verfahren Census X-12-ARIMA verwendet.⁹

Die Abbildung 1 präsentiert in übersichtlicher Form die Trend-Konjunktur-Komponenten für das preisbereinigte vierteljährliche Bruttoinlandsprodukt sowie die Bruttowertschöpfung in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen in Sachsen. Demnach hat sich das Expansionstempo

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)

Jahr	BIP	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung insgesamt	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Index (2000=100)									
2006	110,8	99,8	112,0	86,1	144,6	74,1	106,2	123,0	98,6
2007	113,4	98,9	115,1	92,9	158,3	74,3	105,5	126,4	98,0
1 2006	105,6	98,9	106,4	81,9	139,4	47,9	97,8	120,3	98,4
2 2006	109,7	98,9	111,0	89,6	141,2	71,2	107,4	121,3	98,7
3 2006	112,0	99,3	113,5	88,1	144,9	82,5	105,2	126,0	98,7
4 2006	115,7	102,2	117,2	84,8	153,0	95,0	114,5	124,4	98,6
1 2007	109,3	99,8	110,4	85,8	153,1	55,5	99,3	123,5	97,6
2 2007	113,0	97,7	114,7	95,6	159,9	72,4	105,4	124,6	97,9
3 2007	114,3	98,6	116,1	96,9	158,9	80,8	103,1	128,9	98,1
4 2007	117,1	99,6	119,2	93,3	161,6	88,6	114,1	128,8	98,4
1 2008	111,7	99,7	113,0	93,5	158,0	56,2	101,2	127,9	98,2
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
2006	2,8	3,1	2,8	-12,4	7,7	9,2	3,2	1,3	-0,7
2007	2,4	-0,9	2,8	7,9	9,5	0,2	-0,7	2,8	-0,6
1 2006	2,9	3,1	2,9	-12,6	13,1	2,7	1,0	0,2	-0,6
2 2006	2,3	3,5	2,1	-15,1	5,3	5,8	4,7	0,8	-0,7
3 2006	2,5	2,1	2,6	-13,6	5,1	8,0	4,6	2,0	-0,7
4 2006	3,6	3,7	3,6	-7,9	7,8	16,8	2,4	2,3	-0,9
1 2007	3,5	0,9	3,8	4,7	9,8	15,9	1,5	2,7	-0,8
2 2007	2,9	-1,2	3,4	6,6	13,2	1,8	-1,9	2,7	-0,8
3 2007	2,0	-0,7	2,3	10,0	9,6	-2,1	-2,0	2,4	-0,6
4 2007	1,3	-2,5	1,7	10,1	5,6	-6,7	-0,4	3,5	-0,1
1 2008	2,1	-0,1	2,3	9,0	3,2	1,3	1,8	3,6	0,6
Wachstumsbeiträge zum BIP in Prozentpunkten^a									
2006	2,8	0,3	2,5	-0,1	1,5	0,5	0,5	0,3	-0,2
2007	2,4	-0,1	2,5	0,1	1,9	0,0	-0,1	0,7	-0,1
1 2006	2,9	0,3	2,6	-0,1	2,5	0,1	0,1	0,0	-0,1
2 2006	2,3	0,3	1,9	-0,1	1,1	0,3	0,7	0,2	-0,2
3 2006	2,5	0,2	2,3	-0,1	1,0	0,5	0,6	0,5	-0,2
4 2006	3,6	0,4	3,3	-0,1	1,6	1,0	0,4	0,6	-0,2
1 2007	3,5	0,1	3,4	0,0	2,1	0,6	0,2	0,7	-0,2
2 2007	2,9	-0,1	3,1	0,1	2,7	0,1	-0,3	0,7	-0,2
3 2007	2,0	-0,1	2,1	0,1	2,0	-0,1	-0,3	0,6	-0,1
4 2007	1,3	-0,2	1,5	0,1	1,2	-0,5	-0,1	0,8	0,0
1 2008	2,1	0,0	2,1	0,1	0,7	0,1	0,2	0,9	0,1

a) Angaben für das Bruttoinlandsprodukt in %. Die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus der Summe der Wachstumsbeiträge der sechs Wirtschaftsbereiche (einschließlich der Nettogütersteuern). Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 im Vergleich zum Jahr 2006 merklich abgeschwächt. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass das Wirtschaftswachstum in Sachsen nach der Schwächephase zuletzt wieder an Schwung gewonnen hat. Dazu haben nahezu alle Wirtschaftsbereiche merklich beigetragen, wobei das milde Winterwetter das Produktionsergebnis beim Bau und in der Landwirtschaft merklich begünstigte. Lediglich die Produktion im bisher außerordentlich dynamisch expandierenden produzierenden Gewerbe (ohne Bau) im Freistaat Sachsen hat seit dem Frühjahr 2007 deutlich an Fahrt verloren.

Datenrevision und Ausblick

Die hier vorgelegten neuen Vierteljahresergebnisse für Sachsen unterscheiden sich zum Teil von den vor einem Jahr in dieser Zeitschrift veröffentlichten Daten. Maßgeblich hierfür ist, neben der Integration neuer bzw. revidierter sächsischer Ausgangsreihen und dem um ein Jahr verlängerten Schätzzeitraum, die zwischenzeitlich erfolgte Datenrevision für die Jahre 2003 bis 2006 seitens des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Hierbei kam es zu nicht unbeträchtlichen Revisionen der bisher veröffentlichten amtlichen Ergebnisse. So wurden die jahresdurchschnittlichen Veränderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum im Durchschnitt um nicht weniger als 0,3 Prozentpunkte p. a. herabgesetzt. Noch größer fiel die Revision in einzelnen Wirtschaftsbereichen aus: Das Produktionsergebnis im Sektor Land- bzw. Forstwirtschaft und Fischerei wurde etwa um durchschnittlich 2,7 Prozentpunkte p. a. zurückgenommen; die Wertschöpfung im Sektor Handel, Verkehr und Nachrichtenwesen ist um durchschnittlich 1,0 Prozentpunkt p. a. herunterrevidiert worden. Dagegen wurde die Bauproduktion um durchschnittlich 0,8 Prozentpunkte p. a. heraufgesetzt. Um die quantitative Konsistenz der Rechenwerke sicherzustellen, musste die Vierteljahresrechnung an die revidierten amtlichen Jahresergebnisse entsprechend angepasst werden. Dies hat auch zur Folge, dass vor einem Jahr die geschätzte Zuwachsrate für das reale BIP im ersten Quartal 2007 um 0,4 Prozentpunkte nach unten (auf nunmehr 3,5 %) korrigiert werden musste.

Nachzutragen bleibt das Ausmaß der mittleren absoluten Revision, bezogen auf die Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung im Zeitraum 1997 bis 2006. Diese beträgt beim BIP bzw. bei der gesamten BWS im Teilzeitraum 1997 bis 2002 rund 0,2 Prozentpunkte, im Zeitraum 2003 bis 2006 liegt sie aufgrund der Revision der amtlichen Jahresangaben

bei jeweils 0,6 Prozentpunkten (Gesamtzeitraum 1997 bis 2006: jeweils 0,4 Prozentpunkte). In den absoluten Revisionsdifferenzen schlagen sich, neben der bereits erwähnten Korrektur der amtlichen Jahresergebnisse, zusätzlich auch die Integration neuer bzw. revidierter Ausgangsreihen und der um ein Jahr verlängerte Schätzzeitraum nieder.

Mit dem hier vorgestellten Rechenwerk liegen erstmals Vierteljahresdaten für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sowie die Bruttowertschöpfung in den sechs großen Wirtschaftsbereichen für den Zeitraum I/1997 bis I/2008 vor. Mit Hilfe des ökonometrischen Verfahrens der temporalen Disaggregation wurde ein vierteljährliches Rechenwerk erstellt, das mit den amtlichen Jahreswerten des Arbeitskreises VGR der Länder für Sachsen konsistent ist. Die aktuellen Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2008 zeigen, dass sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Freistaat Sachsen im Trend leicht beschleunigt fortgesetzt hat.

- ¹ Vgl. W. Nierhaus, *Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation*, in: ifo Dresden berichtet, 4/2007, S. 24–36.
- ² Formal wird aus den amtlichen Jahresdaten eine Matrix von Vierteljahreswerten geschätzt, die sowohl die Aggregationsrestriktion erfüllen (ein Aggregat aus vierteljährlichen Wertschöpfungskomponenten muss die gesamte Bruttowertschöpfung im Quartal ergeben) als auch der zeitlichen Restriktion genügen (der Jahresdurchschnitt aus vier geschätzten Quartalsindizes muss für jedes Aggregat gleich dem amtlichen Jahresindex des AK VGR d L sein). Vgl. W. Nierhaus, *Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation*, in: *Wirtschaft in Sachsen*, 1/2008, S. 1–15.
- ³ Vgl. M. Bormann, W.-D. Speich, *Möglichkeiten der Bereitstellung unterjähriger gesamtwirtschaftlicher Konjunkturinformationen für den Freistaat Sachsen*, in: *Statistik in Sachsen*, 1/2008, S. 16–29.
- ⁴ Vgl. R. Barcellan, D. Buono: *Temporal Disaggregation Techniques, ECO-TRIM Interface (Version 1.01)*, User Manual, Eurostat, 2002.
- ⁵ Tabellen mit dem vollständigen Datensatz der Vierteljahresrechnung (erstes Quartal 1996 bis erstes Quartal 2008) stehen auf der ifo Dresden Homepage unter www.ifo-dresden.de zur Verfügung.
- ⁶ Vgl. W. Nierhaus, *Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt: Zur Veröffentlichungspraxis im Gemeinschaftsgutachten*, in: ifo Schnelldienst, 61. Jg., 9/2008, S. 15–18.
- ⁷ Dies gilt exakt für Jahresergebnisse. Zum speziellen Rechenverfahren für vierteljährliche Wachstumsbeiträge siehe W. Nierhaus, *Vorjahrespreisbasis und Chain-Linking in den VGR: Das Wichtigste der neuen Volumenrechnung*, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., 15/2005, S. 32ff.
- ⁸ Eine Bereinigung von Saisonschwankungen lässt sich näherungsweise auch dadurch erreichen, dass die Zeitreihenwerte zum entsprechenden Vorjahreswert in Beziehung gesetzt werden. Bei Veränderungen der Ursprungswerte gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode fallen saisonale Einflüsse nämlich quasi „automatisch“ heraus, sofern sie von Jahr zu Jahr die gleiche Bedeutung haben. Allerdings hängt die Veränderung gegenüber dem Vorjahreswert von der gesamten Bewegung der Zeitreihe innerhalb der letzten zwölf Monate ab. Hinzu kommt die Abhängigkeit von Basiseffekten, die aus einer ungleichmäßigen Entwicklung der Zeitreihe aufgrund von Irregularitäten im Vorjahr resultieren.
- ⁹ Für die konkrete Saisonbereinigung nach dem Census X-12-ARIMA-Verfahren wurde die Statistik-Software GRETL benutzt. Vgl. A. Cottrell, R. Lucchetti: *Gnu Regression, Econometrics and Time-series Library, Gretl User's Guide*, March 2008.

Deutschlandprognose 2008/2009: Abschied vom Aufschwung

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltkonjunktur hat im Gefolge der US-Immobilienkrise und der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten an Dynamik eingebüßt. Das vom IFO INSTITUT erhobene Weltwirtschaftsklima hat sich im zweiten Quartal 2008 massiv verschlechtert; der Indikator fiel auf den niedrigsten Stand seit über sechs Jahren. Der Rückgang resultiert vor allem aus der ungünstigeren Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage, aber auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden weiter nach unten revidiert. Die Verschlechterung des IFO Weltwirtschaftsklimas betrifft wiederum vor allem Nordamerika und Westeuropa. Der stärkste Rückgang des Klimaindikatoren ist wie schon in der vorangegangenen Umfrage in den USA zu verzeichnen.

In den USA ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Gefolge der Immobilien- und Finanzkrise im ersten Quartal 2008 saisonbereinigt erneut nur wenig gestiegen. Die laufende Rate betrug auf das Jahr hochgerechnet 0,9 %, im vierten Quartal 2007 war der Zuwachs mit 0,6 % sogar noch etwas geringer ausgefallen. Der private Konsum hat zuletzt nur noch schwach zugenommen; die Bruttoanlageinvestitionen und hier insbesondere die Bauten sind weiter im Minus. Die US-Wirtschaft befindet sich damit im konjunkturellen Abschwung. Die FED hat die monetären Zügel außerordentlich stark gelockert; der angestrebte Zielzinssatz (Federal Funds Rate) ist seit September 2007 um 325 Basispunkte auf 2,0 % (April 2008) herunter gesetzt worden. Die Inflation hat sich im Gefolge des Höhenflugs der Energie- und Nahrungsmittelpreise erheblich beschleunigt.

In Japan hat sich die konjunkturelle Belegung fortgesetzt; die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte zuletzt saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 3,3 %. Getragen wurde die Expansion vom privaten Konsum und von der Exporttätigkeit. In China betrug das Wachstumstempo im ersten Vierteljahr 10,6 %, im Jahresdurchschnitt 2007 hatte die Rate bei 11,9 % gelegen. Haupttriebkraft ist weiterhin die Industrie, gefolgt vom Dienstleistungssektor. Auch hier ist der Inflationsdruck kräftig gestiegen; die Preissteigerung betrug im Mai 7,7 % (Jahresdurchschnitt 2007: 4,8 %).

In der EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION (EWU) ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal recht kräftig gestiegen. Nach ersten Schätzungen von EURO-

STAT belief sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2008 auf 3,2 % (laufende Jahresrate; Vorjahresvergleich: 2,2 %). Hier stiegen die Bruttoinvestitionen recht dynamisch, während der private Konsum aufgrund der schwachen Realeinkommensentwicklung kaum zulegen vermochte. Die Inflationsrate erreichte im bisherigen Jahresverlauf Werte bis zu 3,7 %. Die Kerninflationsrate, gemessen an der Veränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel, lag zuletzt bei 2,5 %. Die Arbeitslosenquote ist im bisherigen Verlauf des Jahres saisonbereinigt kaum noch gesunken (vgl. Tab. 1).

Die Expansion der Weltwirtschaft wird sich im Prognosezeitraum spürbar abkühlen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wird sich verlangsamen, da der Höhepunkt des konjunkturellen Zyklus überschritten zu sein scheint. Zudem werden die anhaltende Unsicherheit auf den Finanzmärkten, die negativen Vermögenseffekte sinkender Hauspreise und Aktienkurse, die hohe Inflation sowie die zuletzt stark gestiegenen Ölpreise zunehmend bremsend wirken.

In den Vereinigten Staaten wird die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts schwach bleiben. Der private Konsum sowie die Unternehmensinvestitionen werden, unterstützt durch Steuergutschriften bzw. Steuervergünstigungen, zunächst etwas beschleunigt zulegen; es dürfte sich hierbei jedoch lediglich um einen temporären Effekt handeln. Als Reaktion auf den starken Preisanstieg sowie die gestiegenen Inflationserwartungen dürfte die US-Notenbank trotz der schwachen konjunkturellen Entwicklung im Verlauf des Prognosezeitraums auf einen zunehmend restriktiveren geldpolitischen Kurs einschwenken.

Im Euroraum wird sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts abflachen. Der Konsum wird trotz der anhaltend günstigen Lage am Arbeitsmarkt nur verhalten expandieren. Die Investitionen werden deutlich an Schwung verlieren, da der Höhepunkt ihres Zyklus mittlerweile überschritten zu sein scheint. Auch der Außenbeitrag wird keinen nennenswerten Wachstumsimpuls liefern. Das Wachstum in den asiatischen Ländern wird von der inflationären Entwicklung, vor allem bei Nahrungsmitteln

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter des IFO Instituts für Wirtschaftsforschung München tätig.

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in ausgewählten Industrie- und Schwellenländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt ^a			Verbraucherpreise ^a			Arbeitslosenquote ^b		
	(BIP)	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						in %		
	in %	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Industrieländer										
EU 27	45,1	2,9	2,2	1,8	2,3	3,6	2,7	7,1	6,8	6,6
Schweiz	1,1	3,1	2,1	2,0	0,9	1,7	1,2	2,5	2,6	2,5
Norwegen	1,0	3,5	2,5	2,3	0,7	2,5	2,0	2,6	2,6	2,6
West- u. Mitteleuropa	47,3	2,9	2,2	1,8	2,2	3,5	2,6	6,9	6,6	6,4
USA	37,1	2,2	1,4	0,7	2,9	4,0	2,5	4,6	5,5	5,7
Japan	11,8	2,0	2,0	1,5	0,0	1,0	1,0	3,9	4,0	4,2
Kanada	3,8	2,7	1,6	2,0	2,1	3,2	2,0	6,0	6,0	6,2
Industrieländer insg.	100,0	2,5	1,9	1,4	2,2	3,4	2,4	5,7	5,9	5,9
Schwellenländer										
Russland	11,3	8,1	6,5	6,5	–	–	–	–	–	–
Ostasien	31,7	5,6	5,3	5,0	–	–	–	–	–	–
China	30,3	11,1	9,0	9,0	–	–	–	–	–	–
Lateinamerika	26,7	5,6	4,5	3,8	–	–	–	–	–	–
Schwellenländer insg.	100,0	7,6	6,3	6,1	–	–	–	–	–	–

a) Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2007 in US-Dollar. – b) Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept.

Quellen: OECD, IMF, ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

und Rohstoffen gedämpft. In China wird die Dynamik der wirtschaftlichen Expansion aufgrund der insgesamt schlechteren außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einer restriktiveren geldpolitischen Ausrichtung etwas nachgeben. Unterstützend wirkt hingegen die Zunahme der Nachfrage der privaten Haushalte. In Indien werden sich die anziehenden Zinsen negativ auf die Investitionsneigung der Unternehmen, aber auch auf die Dynamik der privaten Konsumnachfrage auswirken.

Die Prognose stützt sich auf die Annahme, dass der Preis für Rohöl der Sorte Brent im Prognosezeitraum nach und nach auf etwa 120 US-\$ sinken wird und dass der Wechselkurs des Euro um 1,55 US-\$ schwankt. Der Welthandel wird – gemessen an den seitens der OECD

veröffentlichten Daten – um jeweils rund 6 % und damit langsamer als das Trendwachstum steigen.

Ausblick Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist überaus schwungvoll in das neue Jahr gestartet. Nach den bisher vorliegenden amtlichen Ergebnissen stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2008 saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Jahresendquartal um 1,5 % (laufende Jahresrate: 6,3 %). Das vergleichbare Vorjahresniveau wurde um 1,8 % übertroffen; kalenderbereinigt um 2,6 %. Hierzu trug freilich bei, dass die Bauproduktion im ersten

Quartal dieses Jahres im Gefolge der saisonunüblich milden Witterung sehr kräftig ausgeweitet worden war und die Investitionsneigung trotz verschlechterter Abschreibungsbedingungen sehr hoch geblieben ist. Zudem kam es zu einer massiven Aufstockung der Lagerbestände; der Wachstumsbeitrag der Vorratsinvestitionen zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts lag saison- und kalenderbereinigt bei nicht weniger als 0,7 Prozentpunkten. Auch wenn nach anderen Saisonbereinigungsverfahren das konjunkturelle Anstiegstempo im ersten Quartal im Vergleich zum amtlichen Census-X12-Verfahren etwas niedriger gewesen ist, so ist der Befund doch eindeutig: Die deutsche Wirtschaft hat zu Jahresbeginn nochmals ein kräftiges Zwischenhoch durchlaufen.

Die Konjunktur hat sich bis in das Frühjahr hinein bemerkenswert robust gezeigt gegenüber der massiven Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Datenkranzes. Hierzu gehören das geringere Wachstum bedeutender Absatzmärkte, die merkliche Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen von wichtigen Handelspartnern sowie der Höhenflug der Preise für Öl und sonstige Industrierohstoffe. Das konjunkturelle Zwischenhoch ist umso bemerkenswerter, als die Realeinkommensentwicklung im Inland und damit auch der private Konsum zum wiederholten Male durch massive Terms-of-Trade-Verluste gedämpft worden sind. Der Kaufkrafttransfer zugunsten des Auslands und hier insbesondere zugunsten der ölexportierenden Länder hat sich im ersten Quartal auf $\frac{1}{2}$ % des Bruttoinlandsprodukts belaufen.

Nach der auch von Sondereffekten begünstigten kräftigen Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal ist für das zweite Quartal mit einem leichten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2008 ergibt sich im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2007 saison- und kalenderbereinigt ein BIP-Zuwachs von 1,5 %; im Vorjahresvergleich beläuft sich die Zunahme auf 2,7 %.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2008 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar wieder etwas anziehen, die Dynamik dürfte aber dabei vergleichsweise schwach bleiben. Zunehmend machen sich nun die dämpfenden Faktoren für die deutsche Wirtschaft bemerkbar. Die Abkühlung der Weltkonjunktur wird den Außenhandel bremsen; zusätzlich dämpft der gestiegene Euro-Wechselkurs. Die hohen Kosten für Energieträger begrenzen den Anstieg der Unternehmenserträge und schmälern den finanziellen Spielraum für neue Investitionen. Zugleich vermindern sie den realen Ausgabenspielraum der privaten Haushalte, was die Konsummöglichkeiten beschränkt. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt 2008 um 2,4 % expandieren (vgl. Tab. 2).

Nach dem diesjährigen zyklischen Hochpunkt lassen die konjunkturellen Auftriebskräfte im nächsten Jahr merklich nach, die Ausrüstungsinvestitionen werden kaum noch expandieren und die Impulse aus dem Außenhandel werden zunehmend schwächer. Der private Konsum wird im Zuge des nachlaufenden Arbeitsmarkts zwar noch etwas zulegen; über den gesamten bisherigen Zyklus hinweg betrachtet hat diese Verwendungskomponente jedoch keine größere konjunkturelle Dynamik entfalten können. Alles in allem steigt das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 voraussichtlich um 1,0 %. Das Verbraucherpreisniveau wird sich dabei im Jahresdurchschnitt 2008 um 3,1 % erhöhen; im Jahr 2009 – nach dem Durchwirken des Preisschubs bei Energieträgern und Nahrungsmitteln – um 2,4 %.

Der Staat dürfte das Jahr 2009 mit einem positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 0,1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts abschließen (2008: -0,1 %). Die Staatsquote (Ausgaben des Staates bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt) wird dabei um 0,1 Prozentpunkte steigen; in den Jahren von 2003 (48,5 %) bis 2008 (geschätzte 43,5 %) war sie dagegen kontinuierlich gesunken.

Die Prognose im Detail:

Deutsche Exportwirtschaft weiter robust

Die Ausfuhr hat in der ersten Jahreshälfte 2008 recht zügig expandiert. Besonders stark stiegen am Jahresanfang die Warenlieferungen nach Russland, China und in die neuen EU-Mitgliedsländer. Maßgeblich dafür war die wirtschaftliche Dynamik in diesen Regionen, die dazu führte, dass die Nachfrage nach deutschen Investitions- und Vorleistungsgütern deutlich ausgeweitet wurde. Da die Investitions- und Vorleistungsgüter zusammen fast drei Viertel der deutschen Warenexporte ausmachen, wurde die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Gefolge der Euro-Aufwertung mehr als ausgeglichen. Für das zweite Halbjahr deuten die sinkenden Auftragseingänge und die sich eintrübenden Exporterwartungen der im ifo Konjunkturtest befragten Industrieunternehmen auf eine abnehmende Dynamik hin. Insgesamt wird die Ausfuhr im Jahr 2008 im Durchschnitt um 7 %, im Jahr 2009 um 4,1 % steigen.

Auch die realen Importe entwickelten sich im ersten Quartal 2008 im Zuge der kräftigen Ausweitung der Gesamtnachfrage sehr dynamisch. Neben der wertmäßig höheren Einfuhr von Energieträgern aus Russland und den OPEC-Staaten, die auf die gestiegenen Preise

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	1,0	-0,4	0,5	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,9	2,2	1,6	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	6,1	5,0	4,1	0,8
Ausrüstungen	8,3	8,2	7,4	0,8
Bauten	4,3	2,3	1,7	0,8
Sonstige Anlagen	6,7	6,6	2,1	1,7
Inländische Verwendung	1,9	1,0	1,6	0,6
Exporte	12,5	7,8	7,0	4,1
Importe	11,2	4,8	5,9	3,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,9	2,5	2,4	1,0
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	39.088	39.765	40.347	40.455
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.487	3.776	3.261	3.077
Arbeitslosenquote ^c (in %)	10,3	8,7	7,5	7,1
Verbraucherpreise ^d				
<i>(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)</i>	1,6	2,3	3,1	2,4
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
– in Mrd. €	-37,3	3,3	-2,6	0,4
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-1,6	0,1	-0,1	0,0
<i>nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum ^f				
<i>(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)</i>	2,8	2,6	2,0	1,5
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^g				
<i>(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)</i>	2,2	2,1	3,6	2,7
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (2000=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) Angaben für das Jahr 2007: Schätzungen des ifo Instituts. – g) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (2005=100).				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

zurückzuführen ist, weitete sich die Nachfrage vor allem nach Produkten aus den alten EU-Staaten deutlich aus. Demgegenüber legten die Einfuhren aus China nur unterdurchschnittlich zu. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich das Wachstum der realen Importe verlangsamen. Ausschlaggebend dafür ist, dass sowohl die Binnennachfrage als auch die Exporttätigkeit nur moderat

expandieren. Alles in allem werden die realen Importe in diesem Jahr um 5,9 % und im nächsten Jahr um 3,6 % ausgeweitet. Die Zunahme fällt damit schwächer aus als beim Export. Damit wird der Außensaldo steigen, sein Beitrag zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird aber merklich geringer als in den beiden Vorjahren sein.

Ausrüstungsinvestitionen: Dynamik sinkt

Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten im Jahr 2007 mit 8,2 % erneut kräftig. Eine gute Ertragslage und eine hohe Kapazitätsauslastung haben die Unternehmen zu Erweiterungen ihrer Produktionsanlagen veranlasst. Auch im ersten Vierteljahr 2008 stiegen die Investitionen in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge saison- und kalenderbereinigt beachtlich. Allerdings dürfte dieser steile Anstieg zu einem Gutteil von einem Sondereffekt getrieben worden sein: die Firmen wollten sich die bis zum Jahresende 2007 befristete degressive Abschreibung sichern. Aufgrund der vollen Auftragsbücher bei den Herstellern von Investitionsgütern, wurden Produktion und Auslieferung aber noch in das erste Vierteljahr 2008 gezogen. Da diese Bestellungen nun fehlen, wird es im zweiten Quartal zu einer Gegenreaktion kommen. Im weiteren Jahresverlauf schwenken die Ausrüstungsinvestitionen aber wieder auf einen moderaten Aufwärtstrend ein. Der Auslastungsgrad der Produktionsanlagen ist auch im Frühjahr 2008 hoch und die Unternehmen bewerten ihre technischen Kapazitäten nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests tendenziell als zu gering. Zwar haben sich die Finanzierungsbedingungen etwas verschlechtert, doch sehen sich die Unternehmen keiner Kreditklemme ausgesetzt. Zudem war die Ertragslage in den vergangenen Jahren gut, sodass die Unternehmen Investitionen zu einem Teil aus eigenen Mitteln finanzieren können. Die Dynamik wird allerdings nicht mehr die des Vorjahres erreichen, da sich die Absatzperspektiven aufgrund der schwächeren Nachfrageimpulse aus dem Ausland eintrüben. In diesem Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen um real 7,4 % zunehmen.

Im Jahr 2009 werden die zyklischen Auftriebskräfte bei den Ausrüstungsinvestitionen spürbar schwächer. Die Kapazitätsauslastung sinkt und die Ertragslage der Unternehmen wird insbesondere durch höhere Energie- und Rohstoffpreise belastet. Zudem zeigen empirische Untersuchungen, dass die Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland einen ausgeprägten Zyklus von neun bis zehn Jahren aufweisen. Nach dem letzten konjunkturellen Höhepunkt 2000 ist daher nun mit einem Abebben der zyklischen Auftriebskräfte zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt werden 2009 die Ausrüstungsinvestitionen um 0,8 % steigen.

Verhaltene Entwicklung der Bauinvestitionen

Die Bauinvestitionen sind in den vergangenen beiden Jahren moderat gestiegen. Gebremst wurde die Entwicklung in 2007 durch die Anhebung des Regelsteuersatzes der Mehrwertsteuer. Im ersten Quartal 2008 hat

die Bauproduktion saison- und kalenderbereinigt erheblich zugelegt, doch dürfte die angezeigte starke Ausweitung zu einem Teil auf berechnungstechnische Effekte zurückgehen. Zwar war die tatsächliche Bauproduktion im Winter geringer als im Herbst, allerdings sank die Produktion aufgrund der milden Witterung nicht so stark wie saisonal üblich. Saisonbereinigt resultierte daher eine kräftige Zunahme der Bauproduktion. Da somit aber auch nicht so viele Aufträge aufgelaufen sind wie durchschnittlich üblich, wird es im zweiten Vierteljahr zu einer Gegenreaktion bei den Bauinvestitionen kommen. Im Jahresdurchschnitt werden die Bauinvestitionen insgesamt moderat steigen. 2008 ist mit einem Plus von 1,7 % und 2009 mit einer Steigerung von 0,8 % zu rechnen.

Der **Wohnungsbau** hat im Verlauf des Jahres 2007 einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Die Anhebung der Mehrwertsteuer zum Jahresanfang 2007 führte zu Vorzieheffekten, sodass die Auftragseingänge spürbar sanken. Für das laufende Jahr zeichnet sich ebenfalls eine schwache Entwicklung ab. Zwar haben sich die Baugenehmigungen von ihrem Tief im Vorjahr wieder etwas erholt, doch lässt sich daraus noch keine deutliche Belebung der Baunachfrage ableiten. Insbesondere die erteilten Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern nahm im vergangenen Jahr deutlich ab. Im Verlauf dieses Jahres dürften aber mit zunehmender Arbeitsplatzsicherheit die Wohnbauinvestitionen moderat zulegen. Stützend dürften vor allem die Baumaßnahmen am Bestand wirken. Es ist im Jahresdurchschnitt ein Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen von 0,2 % in diesem Jahr und ein leichter Anstieg von 0,3 % im kommenden Jahr zu erwarten.

Im **Wirtschaftsbau** sind die Investitionen in 2007 im Gleichklang mit den Ausrüstungsinvestitionen gestiegen. Für das laufende Jahr deuten die Auftragseingänge sowie die Baugenehmigungen auf einen andauernden Zuwachs hin. Die Industrieunternehmen werden weiterhin ihre Produktionskapazitäten ausweiten. Im Dienstleistungsbereich, der für einen höheren Anteil am Wirtschaftsbau verantwortlich ist als die Industrie, wird die Geschäftslage von den am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Firmen günstig bewertet. Daher wird auch der Wirtschaftsbau im Prognosezeitraum von einer positiven Grundtendenz getragen. Neben dem Bau von Büro- und Fabrikgebäuden dürfte insbesondere der Bau von Hotels und Gaststätten expandieren. Allerdings wird sich der Zuwachs im Wirtschaftsbau insgesamt von jahresdurchschnittlich 3,5 % in 2008 auf 0,7 % in 2009 verlangsamen.

Die **öffentlichen Bauinvestitionen** wurden im ersten Vierteljahr dieses Jahres kräftig ausgeweitet. Nicht nur die Kommunen, auch Bund und Länder investierten – aufgrund gestiegener Steuereinnahmen – wieder verstärkt in

die Infrastruktur. Zwar wird es im zweiten Quartal ebenfalls zu einer technischen Korrektur kommen, doch werden die öffentlichen Bauinvestitionen im Prognosezeitraum insgesamt weiter zunehmen. Auch wenn das Steueraufkommen nicht mehr so stark steigen wird wie zuletzt, wird die Haushaltssituation weiterhin höhere Investitionen zulassen. Insbesondere die Kommunen werden aufgrund der Ausweitung der Kinderbetreuung im Vorschulalter, des Sanierungsbedarfs von Schulen sowie des teilweise schlechten Zustands der Verkehrswege ihre Ausgaben ausweiten. Die öffentlichen Bauinvestitionen steigen daher in diesem Jahr um 5,6 % und im nächsten Jahr um 3,0 %.

Privater Konsum steigt nur wenig

Die Verbrauchskonjunktur hat sich immer noch nicht erholt. Im vergangenen Jahr stand der private Konsum zunächst unter dem Einfluss der kräftigen Mehrwertsteuererhöhung. In Reaktion darauf waren vor allem die Käufe von langlebigen Gebrauchsgütern wie Pkw und Einrichtungsgegenständen eingebrochen; auch hatten die Verbraucher bei diesen Gütern in beträchtlichem Umfang Ausgaben in das Jahr 2006 vorgezogen. Im weiteren Jahresverlauf 2007 sparten die Verbraucher dann aber auch an teurer gewordenen Nahrungsmitteln und an Energieträgern. Nach der Jahreswende 2007/08 ist der Konsum saisonbereinigt zwar wieder etwas gestiegen, insgesamt wurde dabei aber der niedrige Stand des Vorjahres nicht nennenswert überschritten. Die Pkw-Nachfrage blieb auf niedrigem Niveau. Zur Konsumschwäche hat auch beigetragen, dass sich die Anschaffungsbereitschaft vermindert hat; die Sparquote ist merklich gestiegen.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sich die Konsumkonjunktur insgesamt kaum bessern. Zwar werden die Bruttolöhne mit 4,1 % im Jahresdurchschnitt etwas rascher als im vergangenen Jahr expandieren (3,4 %), weil sich der Anstieg der tariflichen wie effektiven Stundenlöhne beschleunigt. Netto wird sich der Anstieg der Arbeitseinkommen aber nur auf 3,3 % belaufen. Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung wurde im Januar von 4,2 % auf 3,3 % gesenkt; der Beitragssatz in der Pflegeversicherung wird allerdings ab Juli von 1,7 % auf 1,95 % erhöht. Auch greift die Progression des Einkommensteuertarifs voll. Die monetären Sozialleistungen steigen nach dem Rückgang im vergangenen Jahr wieder etwas (0,5 %). Hierzu trägt bei, dass die Altersrenten stärker als 2007 angehoben werden. Zudem nehmen die Ausgaben für das Elterngeld zu, der Berechtigtenkreis für den Kinderzuschlag wird ausgeweitet und das Bafög wird erhöht. Die Transfers für Arbeitslose sind dagegen weiter rückläufig. Die entnommenen Gewinne

und Vermögenseinkommen werden im laufenden Jahr mit 4 % vergleichsweise kräftig expandieren. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 2,8 % steigen, real allerdings infolge des hohen Preisanstiegs nur um 0,5 % (2007: -0,1 %). Die Sparquote dürfte etwas höher sein als im Jahr 2007. Hierzu trägt nicht zuletzt die verstärkte staatliche Förderung für die private Altersvorsorge bei. Insgesamt wird der reale private Konsum im Jahresdurchschnitt 2008 um 0,5 % zunehmen.

Im nächsten Jahr dürfte der Konsum nur wenig stärker zulegen. Die Tariflöhne steigen zwar auf Stunden- wie auf Monatsbasis beschleunigt; dafür nimmt aber die Beschäftigung kaum noch zu. In der Summe werden die Löhne brutto wie netto merklich schwächer als in diesem Jahr zulegen. Dabei ist unterstellt, dass – wie vom Koalitionsausschuss vereinbart – in der Arbeitslosenversicherung der Beitragssatz von 3,3 % auf 3 % gesenkt wird; allerdings dürfte der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung im Zuge der Einführung des Gesundheitsfonds um 0,2 Prozentpunkte steigen. Die monetären Sozialleistungen werden dagegen merklich steigen (2,0 %). Hier wird unterstellt, dass zum Jahresanfang das Kindergeld um 10 € monatlich pro Kind erhöht und das Wohngeld kräftig angehoben wird. Die gesetzlichen Altersrenten steigen aufgrund der diesjährigen kräftigen durchschnittlichen Bruttolohnentwicklung zur Jahresmitte voraussichtlich um etwa 2 %. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften aufgrund der insgesamt schwächeren Konjunktur nur noch verhalten expandieren. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 2,5 % zulegen, real um 0,5 %. Die Sparquote dürfte geringfügig niedriger als im laufenden Jahr sein. Insgesamt wird der private Konsum real um 0,8 % steigen.

Preisanstieg bleibt zunächst hoch

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im laufenden Jahr durch den Höhenflug der Ölpreise und die Verteuerung von wichtigen Grundnahrungsmitteln spürbar beschleunigt. Im Mai 2008 betrug die Inflationsrate 3 %, im Jahresdurchschnitt 2007 hatte sie – trotz der massiven Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte beim Normalsatz – lediglich bei 2,3 % gelegen. Besonders kräftig haben in den vergangenen Monaten die Preise von Heizöl und Kraftstoffen angezogen. Unter Einrechnung der bisher vergleichsweise nur mäßig gestiegenen Gaspreise lag das Preisniveau dieser Gütergruppe zuletzt um 17,2 % höher als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und

saisonabhängigen Nahrungsmitteln ausgeschlossen ist, war im Mai mit 1,9 % allerdings nicht höher als im Jahresdurchschnitt 2007 (2,0 %). Zwar machte sich hier die rapide Verteuerung von wichtigen Grundnahrungsmitteln wie Molkereiprodukten und Getreideerzeugnissen preistreibend bemerkbar. Nimmt man die gesamte Gruppe der Nahrungsmittel (ohne Saisonwaren) bei der Berechnung der Kerninflation jedoch heraus, so beträgt die aktuelle Preissteigerung im verbleibenden Gütersortiment, auf das immerhin ein Ausgabenanteil von knapp zwei Dritteln entfällt, lediglich 1,1 %. Im Jahresdurchschnitt 2007 hatte sich hier die Preissteigerungsrate aufgrund der Anhebung der Mehrwertsteuer noch auf 1,8 % belaufen (2006: 0,8 %). Von einer inflationären Entwicklung auf breiter Front kann also bisher keine Rede sein.

In den kommenden Monaten dürfte von den Rohstoffpreisen bei den hier getroffenen Annahmen über Ölpreis und Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar kein neuer Druck auf die Preise ausgehen. Allerdings werden die an die Entwicklung der Ölpreise mit zeitlichem Abstand gekoppelten Gaspreise kräftig steigen. Mit einer weiteren Preisrunde ist im November zu rechnen. Auch bei Strom und den Umlagen für Fernwärme sind kräftige Tarifierhöhungen zu erwarten. Zudem steigen nunmehr wieder die Lohnkosten, was die Unternehmen in den Preisen teilweise weitergeben werden, was die Kerninflation steigen lässt. Alles in allem wird sich das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2008 um 3,1 % erhöhen; im Jahr 2009 um 2,4 %.

Arbeitsmarktboom überschreitet den Höhepunkt

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt war zu Beginn des Jahres 2008 weiterhin kräftig. Die Erwerbstätigkeit stieg allein im ersten Quartal um 230.000, wovon etwa ein Drittel auf das Baugewerbe entfiel, da sich dort die milde Witterung und die Saisonkurzarbeiterregelung überdurchschnittlich günstig auswirkten. Die günstige Konjunktorentwicklung führte erneut zu einer deutlichen Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die im ersten Quartal sogar um 247.000 zulegte.

Nach dem schwungvollen Rückgang der Arbeitslosenzahlen im ersten Quartal zeichnete sich für April und Mai Stagnation ab. Allerdings wurde auch hier der Rückgang zu Beginn des Jahres durch den überdurchschnittlich milden Winter begünstigt, sodass die Frühjahrsbelegung schwächer ausfiel als üblich. Auch dürfte die um saisonale Schwankungen bereinigte Entwicklung etwas verzerrt sein, da die Effekte des im Winter 2006/2007 erstmals gezahlten Saisonkurzarbeitergelds noch nicht in vollem Umfang vom Bereinigungsverfahren erfasst werden kann. Nicht zuletzt sind Ende 2007 einige

Begünstigungsregelungen für ältere Arbeitslose ausgefallen, sodass auch Personen, die das 58. Lebensjahr vollendet haben und ohne Beschäftigung sind, nun grundsätzlich als arbeitslos gezählt werden. Bildet man den Durchschnitt der vergangenen Monate, so geht die Arbeitslosenzahl insgesamt seit Mitte November um 45.000 Personen pro Monat zurück und sinkt damit etwa genauso stark wie im Sommer zuvor. Dies spiegelt sich auch in einem Rückgang der Langzeitarbeitslosen im Mai dieses Jahres um reichlich 300.000 gegenüber dem Vorjahresmonat wider. Ebenso sank die Zahl der nicht als arbeitslos registrierten Arbeitsuchenden – also der Personen, die in unsicheren Erwerbsverhältnissen leben – im selben Zeitraum um 218.000 (8,8 %).

Im Prognosezeitraum dürfte sich zunächst die schwächer als üblich ausfallende Frühjahrsbelegung negativ auswirken. Insbesondere im Baugewerbe wird der starke Anstieg im ersten Quartal zum Teil im zweiten Quartal wieder korrigiert werden. Die Grundtendenz bleibt im weiteren Jahresverlauf aber zunächst aufwärts gerichtet; zumal von der Reallohnentwicklung keine nennenswerten Bremseffekte initiiert werden. Dabei werden – wie schon in den vergangenen Quartalen – hauptsächlich sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Allerdings wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung im weiteren Jahresverlauf zurückgehen, was den Zuwachs der Erwerbstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte dämpft. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen um 590.000 steigen, was im Verlauf einer Zunahme um 430.000 entspricht. Im kommenden Jahr wird die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die spürbar nachlassende wirtschaftliche Dynamik gebremst. Hinzu kommt, dass nun auch die Reallöhne etwas anziehen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Durchschnitt noch um 110.000 steigen, was im Verlauf lediglich einer Zunahme um knapp 20.000 entspricht.

Spiegelbildlich zum Aufbau der Erwerbstätigkeit wird die Arbeitslosigkeit im weiteren Jahresverlauf abnehmen. Dies zeigt auch der Zugang der gemeldeten Stellen an, der im Mai über Vorjahresniveau lag, was auf einen wieder etwas schwungvolleren Abbau der Arbeitslosigkeit im Sommer hindeutet. Steigende Vakanzzeiten verweisen jedoch auf eine allmähliche Verlangsamung des Tempos. Dabei wird die Nachfrage nach Arbeitskräften infolge der verhalteneren konjunkturellen Gangart weniger stark zunehmen. Zusätzlich werden vermehrt Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind, in der Statistik erfasst. Demgegenüber wirken die strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und demographische Faktoren entlastend, sodass die Zahl der Arbeitslosen 2008 um 515.000 sinkt und damit im Verlauf um 400.000 zurückgeht. Im Jahr 2009 dürfte der Rückgang mit 185.000 deutlich verhaltener ausfallen. Im Verlauf geht

Tabelle 3: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnittswerte in 1.000 Personen)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland						
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	56.049	55.740	56.001	56.987	58.058	58.175
Erwerbstätige Inländer	38.794	38.749	39.006	39.687	40.275	40.385
Arbeitnehmer	34.572	34.393	34.614	35.241	35.819	35.919
darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26.561	26.237	26.366	26.944	27.519	27.609
Minijobs	4.742	4.771	4.819	4.863	4.924	4.944
1-Euro-Jobs ^a	16	218	306	300	288	288
Selbständige	4.222	4.356	4.392	4.446	4.456	4.466
darunter:						
geförderte Selbständigkeit ^b	234	322	299	237	177	142
Pendlersaldo	86	97	82	78	72	70
Erwerbstätige Inland	38.880	38.846	39.088	39.765	40.347	40.455
Arbeitslose	4.381	4.861	4.487	3.776	3.261	3.077
Arbeitslosenquote ^c	10,1	11,1	10,3	8,7	7,5	7,1
Arbeitslosenquote Bundesagentur für Arbeit ^d	10,5	11,7	10,8	9	7,8	7,3
Erwerbslose ^e	4.160	4.573	4.250	3.602	3.102	2.912
Erwerbslosenquote ^e	9,7	10,6	9,8	8,3	7,2	6,7

a) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – b) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO; Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit (2008); 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

die Arbeitslosigkeit noch um 100.000 zurück. Dabei ist unterstellt, dass das Erwerbspersonenpotenzial erneut spürbar sinkt.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2008. Vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, et. al., ifo Konjunkturprognose 2008/2009: Aufschwung geht zu Ende, in: ifo Schnelldienst, 12/2008, 61. Jg., S. 9–54.

Ansiedlungshilfen für die Halbleiterindustrie im internationalen Vergleich – Europa im Hintertreffen?

Zusammengefasst von Joachim Ragnitz, Michael Reinhard und Heinz Schmalholz*

Einleitung

Im internationalen Standortwettbewerb ist die Halbleiterindustrie einer der dynamischsten Global Player, wenn es darum geht, nach unter Kostengesichtspunkten lukrativen Investitionsstandorten zu suchen. Anfang 2007 waren weltweit 40 Halbleiterfabriken im Bau: zwei in Europa, drei in den USA und 35 in Asien. Die Halbleiterbranche wird als ein mit Blick auf Wachstum und Beschäftigungsdynamik „strategischer“ Wirtschaftszweig angesehen. Weltweit werden deshalb potenziellen Investoren aus dieser Branche breit gefächerte Unterstützungsleistungen geboten, um Anreize für die Wahl eines bestimmten Standorts zu bieten. Während außereuropäische Länder hierbei über ein vielfältiges Förderinstrumentarium mit einem für ansiedlungswillige Unternehmen teilweise beträchtlichem Finanzierungsvolumen pro Förderfall verfügen, sind nach derzeitigem Rechtsstand die in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zulässigen Ansiedlungshilfen in ihrer Höhe stark beschränkt. Soweit andere Länder höhere Hilfen gewähren können, besteht die Gefahr einer durch diese Subventionen verzerrten Standortkonkurrenz.

Am Standort Sachsen haben sich in den vergangenen Jahren namhafte Unternehmen der Halbleiterbranche niedergelassen. Angesichts der in anderen Ländern möglichen Subventionen besteht aber das Risiko, dass Folgeinvestitionen eher dort als in Sachsen realisiert werden. Dies könnte auf lange Sicht die Existenz der Halbleiterindustrie in Sachsen und in ganz Europa gefährden. Im Folgenden wird deshalb die Bedeutung der Halbleiterindustrie für die europäische und die deutsche Wirtschaft dargestellt und analysiert, inwieweit es Rechtfertigungsgründe für Ausnahmen von den beihilferechtlichen Beschränkungen der Europäischen Union für diesen Wirtschaftszweig gibt.

Mikroelektronikerhersteller zieht es in die Abnehmerregionen

Die Mikroelektronik stellt eine Querschnittstechnologie dar, deren breite Anwendung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen einen zentralen Wettbewerbsfaktor darstellt. Dementsprechend wichtig ist es, dass der uneingeschränkte Zugang zu dieser Technologie gewahrt

bleibt. Es handelt sich dabei zudem um eine Branche, die durch eine hohe Innovationsdynamik charakterisiert ist – die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen liegen bei rund 15 % der jährlichen Umsätze und damit deutlich höher als in vielen anderen Wirtschaftsbereichen. Allerdings impliziert dies auch, dass zur Herstellung neuartiger Produkte der Mikroelektronik immer wieder neu in die Modernisierung der Produktionsanlagen investiert werden muss. Entsprechend kurz sind die Investitionszyklen in der Branche, was dazu führt, dass einmal getroffene Standortentscheidungen nicht unbedingt von Dauer sind.

Als Folge der sich verbreiternden Anwendungsmöglichkeiten und damit zunehmender Nachfrage stellt die Mikroelektronik weltweit eine der am schnellsten wachsenden Branchen dar. Alles in allem wird bis zum Jahr 2010 ein Anstieg der Weltmarktnachfrage von fast 8 % jährlich erwartet. Dabei hat sich in den letzten Jahren die Nachfrage zunehmend in Richtung Südostasien verschoben, weil wichtige Kunden – so vor allem die Hersteller von Computern und Telekommunikationsgeräten – primär dort tätig sind (vgl. Abb. 1). Europa war bislang von dieser Nachfrageverschiebung nur wenig betroffen, was vor allem damit zu tun hat, dass die Absatzstrukturen der Halbleiterbranche hier stärker diversifiziert sind. Zudem wird ein nicht unbeträchtlicher Teil der in Europa nachgefragten Halbleiterprodukte in Wirtschaftszweigen weiterverwendet, die traditionsgemäß in den europäischen Ländern vergleichsweise stark vertreten sind, allen voran die Automobilindustrie.

Im Gefolge der Verlagerung der Nachfrage anwendender Branchen haben sich auch die Produktionsschwerpunkte der Halbleiterindustrie selber in den letzten Jahren zwischen den verschiedenen Weltregionen (Europa, Amerika, Japan, Südostasien) verschoben (vgl. Abb. 2). Bei insgesamt steigendem Marktvolumen hat Südostasien seinen Anteil am Weltoutput an Wafern deutlich steigern können. Neben Kostenvorteilen der südostasiatischen Länder und hohen Förderanreizen spielt dabei auch die räumliche Nähe zu den weiterverarbeitenden Werken der Halbleiterbranche bzw. zu den

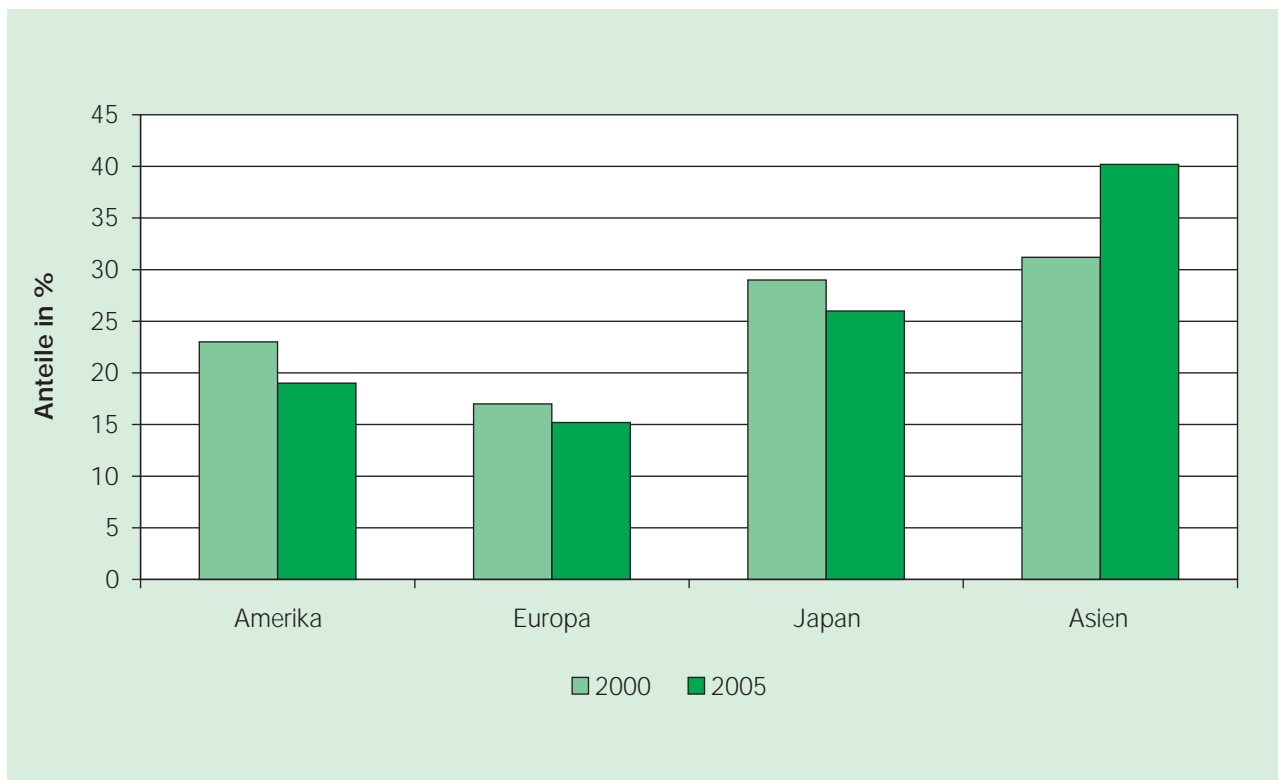
* Dr. Joachim Ragnitz ist Managing Director der ifo Niederlassung Dresden, Michael Reinhard ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München und Heinz Schmalholz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden.

Abbildung 1: Nachfrage nach elektronischen Bauelementen (Anteile in %)



Quelle: ZVEI (2006), S. 46.

Abbildung 2: Regionale Verteilung der Produktionsstandorte von Wafern (Anteile in %)



Quelle: ZVEI (2006), S. 27.

Nachfragern der Endprodukte eine Rolle. Bislang ist Europa auch hiervon weniger stark betroffen als Amerika oder Japan; die aktuelle Diskussion um den Standort künftiger Investitionsvorhaben zeigt aber, dass hiervon nicht ohne weiteres auch in Zukunft auszugehen ist. Dies gilt insbesondere für Produkte mit hoher Anwendungsbreite und geringer Spezifität.

Mikroelektronik ist Innovationstreiber für viele Branchen

Auch wenn die Halbleiterindustrie ein dynamisch wachsender Wirtschaftszweig ist, ist ihre unmittelbare Bedeutung im Vergleich zur Gesamtwirtschaft wie auch zum verarbeitenden Gewerbe eher gering. So liegt der Anteil des Umsatzes der Mikroelektronik in Deutschland am verarbeitenden Gewerbe insgesamt bei nur 1,4%; in ähnlicher Größenordnung bewegt sich der Anteil an den Beschäftigten. Die tatsächliche Bedeutung der Mikroelektronik wird durch diese Angaben allerdings unterschätzt, da Produkte der Halbleiterindustrie als Vorleistung in vielen anderen Branchen Verwendung finden und auf diese Weise hier zu Produktivitätssteigerungen beitragen.

Deutschland ist innerhalb der EU-25 mit einem Umsatzanteil von rund 36% mit Abstand der wichtigste Standort für die Mikroelektronik (Frankreich 18,8%, Großbritannien 9,6%). Die starke Stellung Deutschlands innerhalb der EU-25 hat sich dabei aber erst in den letzten Jahren so deutlich herausgebildet. Grund hierfür ist vor allem die Ansiedlung wichtiger Hersteller von Halbleiterprodukten in Deutschland und hier vor allem in Sachsen.

Wegen der hohen Innovationsintensität in der Halbleiterbranche nimmt die Branche eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der Lissabon-Ziele der EU ein. Noch wichtiger ist allerdings der Beitrag der Mikroelektronik für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt (und damit für die Stärkung eines wissensbasierten Wachstums), wenn auch in anderen Wirtschaftszweigen induzierte Innovationen in die Betrachtung miteinbezogen werden. Die Anwendung von mikroelektronischen Erzeugnissen ist in vielen Anwenderbranchen überhaupt erst die Grundlage dafür, neue technologische Entwicklungen voranzutreiben.

Nicht zuletzt wegen der Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie findet Forschung und Entwicklung heute allerdings sektorenübergreifend zunehmend losgelöst von der eigentlichen Produktion statt. Dies gilt – mit Einschränkungen – auch für die Halbleiterindustrie, allerdings mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Produktionsstufen entlang

der Wertschöpfungskette. Vor allem dort, wo der hohe Innovationsgrad der Produkte kurze Produktlebenszyklen impliziert und wo die Fertigungsverfahren vergleichsweise komplex sind, sind Produktion und Forschung nur schwer voneinander zu trennen. Dies spricht dafür, mit Blick auf die Nachhaltigkeit von Unternehmensansiedlungen der Mikroelektronik neben den reinen Produktionsstätten auch etwaige Verbindungen zu vorgelagerten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Blick zu behalten und Förderstrategien entsprechend auszugestalten.

Spürbare Investitionsanreize außerhalb Europas

Investitionen ausländischer Unternehmen sind in den meisten Ländern in der Regel willkommen, werden damit doch vor allem eine höhere inländische Wertschöpfung und die Entstehung neuer Arbeitsplätze erwartet. Um bei potenziellen Investoren Präferenzen für das eigene Land oder die eigene Region zu schaffen, haben Staaten und Regionen dabei eine große Zahl unterschiedlicher Anreizinstrumente entwickelt. Diese Fördermaßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, die betriebliche Rentabilität einer Investition zu erhöhen und das Investitionsrisiko zu senken. Nicht selten erhalten Investoren darüber hinaus Hilfen für die Qualifizierung einheimischen Personals.

Investitionsanreize werden zwar häufig unabhängig von dem Wirtschaftssektor gewährt, in dem die Investition stattfindet. Darüber hinaus finden sich aber auch spezielle Fördermaßnahmen für Investitionen in Branchen, die als besonders wichtig eingeschätzt werden. Dies gilt insbesondere für Investitionen in so genannten Hightech-Industrien, weil hier hohe positive externe Effekte erwartet werden.

In den Ländern der EUROPÄISCHEN UNION unterliegen staatliche Fördermaßnahmen zu Gunsten von Unternehmen der Beihilfenkontrolle durch die EUROPÄISCHE KOMMISSION. Die Länder außerhalb der EU sind demgegenüber verhältnismäßig frei in der Wahl förderpolitischer Anreize, da bindende multilaterale Regelungen (beispielsweise im Rahmen der WTO) bisher nicht zustande gekommen oder zumindest kaum durchsetzbar sind.

Sowohl die Entwicklungs- und Schwellenländer Südostasiens als auch die USA räumen der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch industrielle Investitionen eine hohe Priorität ein. Insbesondere in Asien wird dabei ein Förderungsschwerpunkt bei den so genannten Hightech-Industrien gesetzt. Die staatlich gewährten Investitionsanreize sind dabei teils erheblich. Im Vordergrund stehen steuerpolitische Maßnahmen, so durch niedrige Steuersätze und/oder hohe Steuergutschriften, die zum Teil weit in die Zukunft hineinreichen. Daneben werden u. a. auch

direkte Investitionsbeihilfen sowie Public-Private-Partnerships und staatliche Kapitalbeteiligungen angeboten (vgl. Tab. 1).

In der Halbleiterindustrie sind die Investitionsanreize in der Regel noch höher als in anderen (technologieorientierten) Wirtschaftszweigen. Allerdings werden die Fördermaßnahmen gerade in diesem Sektor häufig individuell zwischen Staat und Investor ausgehandelt. Dies verhindert es, eine standardisierte Bewertung der von einzelnen Ländern gewährten Investitionsanreize (z. B. im Sinne einer Berechnung von Subventionswerten) vorzunehmen.

Aus der Sicht des Investors sind neben den Investitionshilfen die Qualität der benötigten Arbeitskräfte, die Arbeitskosten, die spezifische Infrastruktur sowie das industrielle und wissenschaftliche Umfeld (Cluster) von entscheidender Bedeutung. Dennoch zeigen die bisherigen Erfahrungen wie auch verschiedene Unternehmensbefragungen, dass Standortentscheidungen von den gewährten Investitionshilfen mitbestimmt werden, sofern nur die übrigen Standortfaktoren hinreichend positiv eingeschätzt werden.

Eher Beihilfereglementierung als Beihilferegulierung in der EU?

Anders als in der übrigen Welt, sind die Möglichkeiten zur Gewährung von Subventionen in der EUROPÄISCHEN UNION stark reglementiert. Nach Artikel 87 des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft (EGV) sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, gleich welcher Art, grundsätzlich nicht gestattet, weil sie als mit dem gemeinsamen Markt nicht vereinbar angesehen werden. Durch Beihilfen erhalten Unternehmen nämlich selektive Vergünstigungen, wodurch der Wettbewerb und dadurch der Handel zwischen Mitgliedstaaten der EUROPÄISCHEN UNION verfälscht werden kann.

Gleichwohl gibt es auch unter dem Regime des EGV Beihilfen, die als mit dem Markt vereinbar gelten. Hierunter fallen Hilfen sozialer Art, Leistungen zur Beseitigung von Schäden durch Naturkatastrophen und Beihilfen für die Wirtschaft der durch die Teilung Deutschlands betroffenen Gebiete. Zudem gibt es Beihilfen, deren Gewährung jedoch einem Ermessensspielraum der EUROPÄISCHEN KOMMISSION unterliegen. Dazu gehören Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse, Beihilfen zur Förderung von Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes und sonstige Arten von Beihilfen, die der Rat durch eine Entscheidung auf Vorschlag der Kommission bestimmt. Die wichtigsten Freistellungsklauseln vom Beihilfenverbot sind in Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a und c erfasst.

Es handelt sich dabei um die Förderung der wirtschaftlichen Gebiete, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder erhebliche Unterbeschäftigung herrscht, und um die Förderung der Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige.

Der Durchsetzung des grundsätzlichen Beihilfverbots bzw. der Überprüfung zulässiger Ausnahmen dient die Beihilfenkontrolle durch die EUROPÄISCHE KOMMISSION. Damit sollen staatliche Beihilfen auf ein Minimum reduziert werden, um möglichst wenig in das Marktgeschehen einzugreifen. Inwieweit Beihilfen zu Marktverzerrungen führen, obliegt der Beobachtung und Einschätzung der EUROPÄISCHEN KOMMISSION. Laut der Verordnung des Rates der Europäischen Gemeinschaft müssen daher alle Fälle, die unter die Beihilfavorschriften fallen, vor oder nach Gewährung durch den Mitgliedstaat angezeigt werden. Die EUROPÄISCHE KOMMISSION prüft anschließend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EUROPÄISCHEN UNION, ob diese Beihilfen zulässig sind.

Beispielsweise erforderten die bislang an die größten in Sachsen ansässigen Halbleiterunternehmen gewährten Beihilfen in den meisten Fällen eine Anmeldung bei der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, da das Beihilfevolumen über dem im Multisektoralen Regionalbeihilferahmen für große Investitionsvorhaben für die Anmeldepflicht festgelegten Schwellenwert von 50 Mill. € lag. Im Falle Sachsens fallen – wie für Ostdeutschland fast insgesamt – die Beihilfemaßnahmen in ein Fördergebiet gemäß Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a) EG-Vertrag, in dem der regionale Förderhöchstsatz 28% brutto für große Unternehmen beträgt. Allerdings wird der maximal mögliche Fördersatz gemäß den Bestimmungen des Multisektoralen Rahmen für Großinvestitionen (MSR) unter Anwendung dreier Bewertungsfaktoren – nämlich dem Wettbewerbsfaktor, dem Faktor „Verhältnis Kapitaleinsatz-Arbeitsplätze“ und dem Faktor „regionale Auswirkung“ – i. d. R. immer gekürzt werden. Durch individuelle Verhandlungen mit dem jeweiligen Geberland zu höheren Fördersätzen zu kommen (wie es in anderen Ländern möglich ist), scheidet aufgrund der Verbindlichkeit der EU-Richtlinien aus.

Für und Wider von Ansiedlungshilfen

Häufig werden Subventionen gleich welcher Art eher negativ gesehen, da sie eine Verzerrung der wettbewerblichen Ressourcenallokation darstellen, unerwünschte Verhaltensänderungen der Akteure auslösen können und infolge der damit einhergehenden Finanzierungsnotwendigkeiten Verdrängungseffekte auf Drittmärkten bewirken können. Gleichwohl kennt die Literatur eine ganze Reihe von Fällen, in denen Subventionen ein sinnvolles

Tabelle 1: Investitionsanreize in ausgewählten Ländern

Länder	Steuerliche Förderung/ Sonstige Investitionsanreize	Besonderheiten für Hightech-Unternehmen
China	<p>Angleichung des Regelsteuersatzes auf 30 % (zzgl. 3 % Kommunalsteuer) für in- und ausländische Unternehmen seit März 2007 Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 % (ab 01.01.2008)</p> <p>Sonstige Fördermaßnahmen: Kostenlose Überlassung von Grundstücken Reduzierte Mieten für Gebäude</p>	<p>Reduzierter Steuersatz von 15 % Vergünstigungen für Neugründungen Sonderfonds zur FuE</p>
Indien	<p>Steuererleichterungen in Sonderwirtschaftszonen (SEZ) und bei nahezu vollständigem Export der Produkte Gestaffelte Steuerbefreiung auf Exportgewinne in SEZ Befreiung von Import-Exportzöllen Erstattung von Verbrauchsteuern für Elektrizität</p>	<p>Seit März 2007 Förderinitiative für Vergünstigungen Regierung übernimmt in den ersten 10 Jahren 20 % der Kapitalkosten (nur SEZ) Sonderregelung außerhalb der SEZ Bundesstaaten haben die Möglichkeit, weitere Fördermaßnahmen zu unterstützen</p>
Korea	<p>Unternehmen in Foreign Investment Zones und Free Economic Zones erhalten zusätzlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gestaffelte Steuerbefreiungen - Befreiung Registration/Property/Aggregate Land Tax - Zollbefreiungen <p>Sonstige Fördermaßnahmen: Kostenlose oder pachtreduzierte Grundstücke in FEZ Finanzhilfen für Bau von Schulen und Krankenhäusern Investitionszuschüsse Qualifizierung von Ingenieuren</p>	<p>7-jährige Befreiung von der Körperschaftsteuer 100 % in den ersten 5 Jahren, 50 % in den letzten 2 Jahren</p>
Malaysia	<p>Unternehmen mit Pionierstatus müssen nur auf 30 % des Gewinns Körperschaftsteuer zahlen (5 Jahre) Steuerfreibeträge für Investitionen</p> <p>Sonstige Fördermaßnahmen: Befreiung von Importzöllen auf Rohmaterialien, Verkaufsteuern, Maschinen</p>	<p>5-jährige Befreiung von Körperschaftsteuer für Hightech-Unternehmen im Pionierstatus 10-jährige 100-%-Steuerbefreiung bei Hightechinvestitionen in Waferfabs für Unternehmen im Pionierstatus Finanzierungshilfen bei der Ausbildung der Arbeitskräfte Bereitstellung sicherer Strom-, Wasser-, Abwasserversorgung, Telekommunikation Bereitstellung zinsverbilligter Darlehen</p>
Singapur	<p>Steuerbefreiung bei der Unternehmensteuer auf bestimmte Erlöse für bis zu 15 Jahre Zuschüsse für FuE-Projekte Alle Fördermaßnahmen sind „Customized“ und werden nicht öffentlich kommuniziert</p>	

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

Fortsetzung Tabelle 1: Investitionsanreize in ausgewählten Ländern

Länder	Steuerliche Förderung/ Sonstige Investitionsanreize	Besonderheiten für Hightech-Unternehmen
Taiwan	Steuerliche Förderung bei: <ul style="list-style-type: none"> – FuE – Aus- und Weiterbildung des Personals – Investitionen ganz allgemein – „Neuen, wichtigen und strategischen Industrien“ – Lizenzgebühren – Mitarbeiter-Beteiligungen Sonstige Fördermaßnahmen: Regierung gewährt bei FuE Projektkosten Für entwicklungsorientierte Investitionen stehen Niedrig-Zins-Darlehen zur Verfügung In wichtigen Industrien beteiligt sich der Staat an investierenden Unternehmen	Unternehmen, die im Sciencebased Industrial Park Hsinchu angesiedelt sind, genießen zusätzliche Steuervorteile
USA	Die Investitionsförderung ist Aufgabe der einzelnen Bundesstaaten. Hier zwei Beispiele:	
– Texas	Es wird keine Körperschaftsteuer und persönliche Einkommensteuer erhoben Es gibt nur eine geringe „Surplus Tax“ von 4,5% Es gibt verschiedene Steuergutschriften: <ul style="list-style-type: none"> – Franchise Tax Programme – Grundsteuerermäßigung für 10 Jahre in Reinvestment Zones – Texas Enterprise Programme 	
– New York	Staat hat nahezu alle Steuerarten gesenkt Zusätzliche Fördermaßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> – Investment Tax Credit – Research and Development Tax Credit – Sales Tax Exemptions – Real Property Tax Abatement Zusätzliche Fördermaßnahmen in Economic Development Zones	

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

Politikinstrument sein können. Dabei geht es vor allem um Aspekte möglichen Marktversagens, zum Beispiel weil private Investoren die gesamtwirtschaftlichen Kosten und Erträge ihres Handelns nicht berücksichtigen.

Ein weiteres Argument zur Begründung von Ansiedlungssubventionen insbesondere für den Bereich der Halbleiterindustrie lautet, dass aus Gründen der Versorgungssicherheit mit Halbleiterprodukten eine heimische Produktion erforderlich sei. Allerdings erweist sich dieses Argument bei einer Analyse der Wettbewerbssituation auf dem globalen Halbleitermarkt kaum als haltbar, weil inzwi-

schon eine ganze Reihe von Ländern Produktionsstätten für Halbleiterprodukte unterhalten. Damit ist die Gefahr einer strategischen Abhängigkeit von einem einzelnen Anbieterland recht gering.

Die weitere Argumentation konzentriert sich auf die Frage, unter welchen Bedingungen Subventionen ein Mittel zur Gewährleistung einer unverzerrten Ressourcenallokation darstellen. Der Markt führt nicht zu diesem Ergebnis, wenn es (bei heterogenen Standortqualitäten) unterschiedliche Subventionsmöglichkeiten gibt oder regionale Spillover-Effekte eine Rolle spielen. Damit wird

explizit von einer rein regionalökonomischen Betrachtung abstrahiert, bei der es lediglich um die Subventionswirkungen innerhalb eines kleinräumig abgegrenzten Wirtschaftsraums geht.

a) *Fehlallokationen aufgrund unterschiedlicher Subventionsmöglichkeiten bei heterogenen Standortqualitäten*
Im Falle eines rein innereuropäischen Wettbewerbs der Standorte (und ohne Spillovers von Unternehmensansiedlungen) ist eine Begrenzung des fiskalischen Wettbewerbs (durch Steuern oder Subventionen) eine geeignete Maßnahme zur Vermeidung von Ineffizienzen. Anderenfalls würden die einzelnen Mitgliedsstaaten so hohe Subventionen gewähren, dass der gesamte Mehrwert einer Unternehmensansiedlung privatisiert würde. Zwar würde (bei gleichen finanziellen Möglichkeiten der beteiligten Staaten) die optimale Ansiedlungsentscheidung getroffen, dies allerdings um den Preis exorbitant hoher Subventionszahlungen. Um die Bereitstellung öffentlicher Güter auch weiterhin zu gewährleisten, ist daher eine Begrenzung des Ansiedlungswettbewerbs sinnvoll. Allerdings führt dies dann nicht mehr zu einem optimalen Ergebnis, wenn der Alternativstandort außerhalb der EU liegt und damit nicht dem regulativen Regime der EUROPÄISCHEN KOMMISSION unterworfen ist; in diesem Fall würden die Subventionsgrenzen in der EU dazu führen, dass das Unternehmen sich am gesamtwirtschaftlich „falschen“ Standort ansiedelt.

b) *Externe Effekte: Ansiedlungssubventionen bei regionalen Spillovers*

Selbst bei rein innereuropäischem Standortwettbewerb kann eine effiziente Ansiedlungsentscheidung ohne den Wettbewerb mit Ansiedlungssubventionen nicht gewährleistet werden, wenn regionale und interregionale Spillovers (positive externe Effekte) auftreten. Ein wichtiges Beispiel hierfür sind Wissens-Spillovers, wobei diese häufig von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in einer Region ausgehen. Aus gesellschaftlicher Sicht ist sowohl die Vergrößerung der Wissensbasis in einer Region als auch die breite Anwendung vorhandenen Wissens wünschenswert. Die Ansiedlungsförderung kann dazu beitragen, den in einer Region vorhandenen Wissenskapitalbestand zu erweitern, was wiederum über verschiedene Mechanismen auch bereits ansässigen Unternehmen zugute kommt und damit neben dem direkten auch einen indirekten Wachstumsimpuls leistet.

Wissen-Spillovers sind in ihrer räumlichen Verbreitung allerdings häufig begrenzt. Dies gilt insbesondere für die Verbreitung von Erfahrungswissen („tacit knowledge“), das nur schwer kodifizierbar ist und vor allem durch persönliche (und häufig eher) informelle Kontakte weitergegeben wird. Die unmittelbare Standortregion erfährt daher

durch die Ansiedlung den größten Vorteil; mit zunehmender Entfernung lassen die Wissen-Spillovers in ihrer Wirkung deutlich nach, wobei jedoch hemmende und fördernde Faktoren identifiziert werden können. Im Ganzen führt dies dazu, dass die externen Effekte räumlich typischerweise nicht gleich verteilt sind. Es gibt eine Reihe von Untersuchungen, die die Ballung von Ansiedlungen auch der Halbleiterindustrie mit derartigen Wissens-Spillovers begründen.

Wissen wird aber nicht nur durch Forschung und Entwicklung aufgebaut, sondern auch durch Erfahrungen in der Produktion selbst; für die Halbleiterindustrie lassen sich positive externe Effekte zum Beispiel in der Produktion von Speicherchips belegen. Allerdings scheint gerade hier der räumliche Bezug eher gering.

Hieran knüpft sich die Frage an, welche Folgen derartige Spillovers für den Ansiedlungswettbewerb haben. Es lässt sich zeigen, dass bei einem unregulierten Ansiedlungswettbewerb im Regelfall durch die Unternehmen eine auch gesamtwirtschaftlich optimale Standortwahl getroffen wird, sofern die Regierungen die Verteilung der externen Erträge kennen und in ihren Subventionsgeboten adäquat berücksichtigen. Eine Begrenzung des Ansiedlungswettbewerbs führt hingegen in diesem Fall möglicherweise zu einer ineffizienten Allokation. Hieraus folgt, dass bei Existenz von regionalen und interregionalen Spillovers die Ansiedlungssubvention geradezu eine Voraussetzung für eine effiziente Allokation ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Spillover-Effekte interregional unterschiedlich hoch ausfallen.

In der diesem Beitrag zugrunde liegenden Studie war es nicht möglich, die empirische Relevanz von Spillover-Effekten für die Mikroelektronik genauer zu ermitteln. Auch in der Literatur finden sich kaum Studien, die hierüber Auskunft geben. Hier besteht insoweit noch Forschungsbedarf.

Fazit: Einzelfall- statt Regelfallprüfung

Die Analyse führt zu der Schlussfolgerung, dass eine pauschale Begrenzung von Ansiedlungshilfen in der EUROPÄISCHEN UNION in Anbetracht des zwischen den EU-Staaten auf der einen Seite und anderen, beihilfe-rechtlichen Restriktionen nicht unterliegenden Staaten auf der anderen Seite geführten Subventionswettbewerbs nicht gerechtfertigt scheint, da damit eine unverzerrte Ressourcenallokation im globalen Maßstab nicht mehr gesichert ist. Vielmehr sollte die Entscheidung in Abhängigkeit von den konkreten Gegebenheiten des Einzelfalls gefällt werden. Dabei sollte in jedem Fall sehr genau geprüft werden, inwieweit es mit Verweis auf angebliche Störungen des innergemeinschaftlichen

Standortwettbewerbs gerechtfertigt ist, niedrige Höchstsätze für Ansiedlungshilfen vorzugeben. Dabei ist insbesondere auch zu berücksichtigen, dass angesichts der kurzen Investitionszyklen in der Branche ein Verzicht auf ständige Modernisierung des Produktionsapparates sehr schnell dazu führen kann, dass die europäische Halbleiterindustrie vollständig an konkurrierende Standorte verlagert wird.

Literatur

GRUNDIG, B. et al. (2008): Rechtfertigung von Ansiedlungssubventionen am Beispiel der Halbleiterindustrie, ifo Dresden Studie 45, München/Dresden.

ZVEI – ZENTRALVERBAND ELEKTROTECHNIK- UND ELEKTRONIK-INDUSTRIE E. V. (Hrsg.) (2006): Mikroelektronik-Trendanalyse bis 2010. Wirtschaftliche und technische Aspekte. Frankfurt/Main.

¹ Detaillierte Ergebnisse wurden soeben veröffentlicht in: GRUNDIG, B. et al. (2008): Rechtfertigung von Ansiedlungssubventionen am Beispiel der Halbleiterindustrie, ifo Dresden Studie 45, München/Dresden.

Determinanten der internationalen Standortwahl von Unternehmen – Ergebnisse einer empirischen Analyse

Michael Berlemann und Matthias Göthel*

Der Standortwettbewerb hat im Laufe der Zeit deutlich zugenommen. Konkurrierten die Regionen eines Landes schon immer um die Ansiedlung von Unternehmen, hat sich im Zuge der Globalisierung auch der **internationale Standortwettbewerb** zuletzt deutlich intensiviert. Da Standortentscheidungen von Unternehmen aufgrund ihrer hohen Bedeutung für die regionale Beschäftigungsentwicklung eine hohe Bedeutung zukommt [vgl. hierzu BERLEMANN und TILGNER (2006)], ist es für politische Entscheidungsträger von großer Bedeutung, die Determinanten dieser Entscheidungen zu kennen. Nur so können die als wichtig erkannten Standortbedingungen gezielt verbessert werden. Es liegt auf der Hand, dass interregionale Standortentscheidungen von anderen Faktoren beeinflusst werden als internationale. Während die innerdeutschen Determinanten der Standortwahl in BERLEMANN und TILGNER (2007) herausgearbeitet wurden, ist der vorliegende Beitrag der internationalen Dimension des Standortwettbewerbs gewidmet. Im Rahmen des vorliegenden Beitrags werden die Ergebnisse einer empirischen Analyse der **Determinanten der internationalen Standortwahl** präsentiert und diskutiert. Hierzu wird zunächst der empirische Untersuchungsansatz vorgestellt. In einem nächsten Schritt wird diskutiert, mit Hilfe welcher Indikatorvariablen die internationale Standortqualität adäquat gemessen werden kann. Anschließend werden die im Hinblick auf internationale Standortentscheidungen möglicherweise relevanten Einflussfaktoren diskutiert und es wird aufgezeigt, welche Daten zur Messung der internationalen Ausprägung dieser Faktoren zur Verfügung stehen. Anschließend werden die Schätzergebnisse präsentiert und diskutiert. Der Beitrag schließt mit einer kurzen Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und einer Erläuterung der Politikimplikationen der empirischen Untersuchung.

Empirischer Untersuchungsansatz

Für die Ermittlung der empirischen Relevanz von in Betracht kommenden Standortfaktoren stehen im Prinzip zwei unterschiedliche Verfahren zur Verfügung: die Primär- und die Sekundärdatenanalyse. Analog der Vorgehensweise in BERLEMANN und TILGNER (2007) wird im

Rahmen des vorliegenden Beitrags auf Daten aus Sekundärstatistiken zurückgegriffen und diese werden mit Hilfe ökonometrischer Verfahren analysiert.

Die empirische Analyse wurde mit Hilfe der Regressionstechnik durchgeführt. Die **lineare Regressionsanalyse** ist eines der am häufigsten angewendeten statistischen Analyseverfahren in den Wirtschaftswissenschaften. Sie untersucht die lineare Abhängigkeit zwischen einer metrisch skalierten abhängigen Variablen (hier der Standortqualität) und einer oder mehreren, in der Regel ebenfalls metrisch skalierten unabhängigen Variablen (den in Betracht kommenden Standortfaktoren). Regressionsanalysen können prinzipiell auf drei unterschiedliche Arten vorgenommen werden: als Querschnitts-, Zeitreihen- oder Paneldatenanalyse.

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird auf die Methodik der **Panelanalyse** zurückgegriffen. Zwar ist diese Vorgehensweise methodisch am anspruchsvollsten und stellt recht hohe Datenanforderungen. Sie bietet aber den Vorteil, einerseits die Heterogenität unterschiedlicher Länder adäquat berücksichtigen zu können und andererseits auch die Analyse von Kausalbeziehungen zuzulassen. Beides erscheint vor dem Hintergrund der hier behandelten Fragestellung notwendig. Eine Panelanalyse stellt eine Kombination von Querschnitts- und Zeitreihenanalyse dar. Eine Panelregression zur Ermittlung der Standortqualität hat demnach typischerweise die Form:

$$SQ_{i,t} = c + \alpha_1 \cdot SF_{1,i,t} + \dots + \alpha_n \cdot SF_{n,i,t} + \epsilon_{i,t}$$

Dabei bezeichnet die Variable SQ ein geeignetes Maß für die Standortqualität und die Variablen SF_n stellen in Betracht kommende Standortfaktoren dar (n ist ein Laufindex für die einzelnen $N = 1 \dots n$ Faktoren, i ein Länderindex und t ein Zeitindex). Ergebnis der Regressionsanalyse

* Michael Berlemann ist Professor für Volkswirtschaftslehre am Institut für theoretische Volkswirtschaftslehre der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und Forschungsprofessor am ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Matthias Göthel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geld, Kredit und Währung an der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden. Der vorliegende Beitrag schließt eine Reihe von drei Beiträgen zu Standortfragen im Rahmen der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ ab.

sind Schätzwerte für die Regressionskonstante c sowie für den Einfluss der einzelnen Standortfaktoren. Die Koeffizienten $\alpha_1, \dots, \alpha_n$ geben Vorzeichen und Stärke des Zusammenhangs zwischen erklärenden Variablen SF_1, \dots, SF_n und zu erklärender Variable $SQ_{i,t}$ an. Die zu erklärende Variable lässt sich typischerweise nicht vollständig durch die erklärenden Variablen voraussagen. Diesem Umstand wird durch die Berücksichtigung eines Residuums ϵ Rechnung getragen. Je geringer dieses Residuum ausfällt, desto besser ist der prognostische Zusammenhang zwischen erklärenden und zu erklärender Variable.

Die Regressionskonstante und die Koeffizienten werden dabei in der Regel mit Hilfe der sog. **Kleinste-Quadrate-Schätzung** (Ordinary Least Squares, OLS) ermittelt. Mit Hilfe des T-Tests kann ermittelt werden, inwiefern die einzelnen geschätzten Regressionskoeffizienten signifikant sind, also mit einer genügend hohen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass der durch den geschätzten Koeffizienten angegebene Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Standortfaktor und der Standortqualität tatsächlich systematisch ist. Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Schätzergebnisse einer OLS-Regression auch zuverlässig sind, ist die der Homoskedastizität. Diese Eigenschaft ist erfüllt, wenn die Varianz der Residuen (und somit die Varianz der zu erklärenden Variablen selbst) für alle Ausprägungen der erklärenden Variablen nicht signifikant unterschiedlich ist. Ist diese Eigenschaft verletzt, so kann auf die Verallgemeinerte-Kleinste-Quadrate-Schätzung (Generalized Least Squares) zurückgegriffen werden. Dieses Verfahren ist der OLS-Schätzung sehr ähnlich. Zur Überprüfung der Signifikanz der Koeffizienten muss nun aber statt des T-Tests der Z-Test herangezogen werden. Die Interpretation der Schätzergebnisse bleibt hiervon unberührt.

Um mit Hilfe der Regressionstechnik Determinanten der internationalen Standortwahl ermitteln zu können, müssen sowohl für die zu erklärende als auch für die erklärenden Variablen geeignete Indikatoren gefunden werden, die dann in der Regressionsanalyse verwendet werden können.

Auswahl einer geeigneten Indikatorvariable für die Standortqualität

Prinzipiell ist die Standortqualität einer Region eine unbeobachtbare Variable. Da sie nicht direkt gemessen werden kann, muss für die empirische Untersuchung eine geeignete Indikatorvariable gefunden werden.

Als Indikatorvariablen kommen zunächst all jene Variablen, die direkt an die Zahl von Standortentscheidungen

zugunsten einer Region anknüpfen, in Betracht. Dies könnte einerseits die Zahl der Neugründungen, andererseits aber auch die Zahl der Gewerbeanzeigen sein. So verwenden BERLEMANN und TILGNER (2007) in ihrer Untersuchung der Determinanten der innerdeutschen Standortwahl Daten der STATISTISCHEN ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2005) zu den Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen. Vergleichbare Daten liegen auf internationaler Ebene allerdings nicht vor, sodass hier auf andere Größen fokussiert werden muss.

Häufig wird in internationalen Vergleichsstudien der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen verwendet. Als ausländische Direktinvestition (Foreign Direct Investment, FDI) wird die finanzielle Beteiligung eines Investors an einem Unternehmen in einem anderen Land, mit dem Ziel, einen dauerhaften Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens auszuüben, bezeichnet. Gemäß internationalen Standards ist von einem dauerhaften Einfluss auszugehen, wenn die Beteiligung mindestens 10 % des Kapitals des Unternehmens im Zielland ausmacht [vgl. UNCTAD (2006), S. 294]. Es liegt nahe anzunehmen, dass der Bestand an Direktinvestitionen einer Region umso höher ausfällt, je besser die Standortqualität einer Region ist. Allerdings werden zwei unterschiedlich große Länder mit völlig identischen Standortbedingungen typischerweise auch unterschiedlich viele Direktinvestitionen erhalten. Es ist insofern notwendig, den Bestand an Direktinvestitionen entsprechend zu normieren. Hierzu wird die Höhe der Direktinvestitionen typischerweise in Relation zur Höhe des Bruttoinlandsprodukts einer Volkswirtschaft gesetzt. Entsprechende Daten werden von der UNCTAD bereitgestellt (inward FDI stock as a percentage of Gross Domestic Product by host region and economy (1970–2005) [vgl. UNCTAD (2006)]).

Auswahl von geeigneten Indikatorvariablen für die Determinanten der Standortqualität

Wie in BERLEMANN und TILGNER (2006) ausführlich diskutiert, kommt eine Vielzahl unterschiedlicher Determinanten der Standortqualität in Betracht. Ähnlich wie die Standortqualität entzieht sich auch eine ganze Reihe von in Betracht kommenden Standortfaktoren der direkten Beobachtung. Sie müssen daher ebenfalls über geeignete Indikatoren approximiert werden. Zwar existiert prinzipiell eine Vielzahl von Indikatorvariablen, mit deren Hilfe mögliche Determinanten der Standortqualität adäquat gemessen werden können. Für eine aussagekräftige Paneldatenanalyse ist es jedoch notwendig, dass die entsprechenden Indikatoren für eine Vielzahl von Ländern mit Hilfe des gleichen Verfahrens für einen

vergleichbaren Zeitraum erhoben worden sind. Dies beschränkt die Anzahl der in Betracht kommenden Variablen erheblich.

Als Untersuchungszeitraum wurden die Jahre von 1995 bis 2004 ausgewählt. Für diesen Zeitraum lagen für 46 Länder genügend vollständige Daten für alle in der Untersuchung berücksichtigten Variablen vor. Das Ländersample umfasst nahezu alle OECD-Staaten (außer Luxemburg, Kanada, Schweiz und Türkei) und darüber hinaus 20 weitere osteuropäische und asiatische Nicht-OECD-Staaten (Tabelle 1 gibt einen Überblick über die in der Untersuchung berücksichtigten Länder). Da nicht für jedes der im Sample enthaltenen Länder für den gesamten Zeitraum alle notwendigen Indikatorvariablen vorliegen, handelt es sich bei dem verwendeten Datensatz faktisch um ein sog. „unbalanced Panel“.

Im Rahmen der Datenanalyse wurden die in den Tabellen 2a bis 2e zusammengestellten Indikatorvariablen erhoben. Die Tabellen liefern nicht nur Informationen über die berücksichtigten Indikatorvariablen, sondern auch über die erwartete Wirkungsrichtung. Auf eine ausführliche Beschreibung der zur Verfügung stehenden Indikatorvariablen wird an dieser Stelle aus Platzgründen verzichtet. Eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Indikatoren, deren zeitlicher und räumlicher Verfügbarkeit sowie den Datenquellen findet sich in BERLEMANN et al. (2008). Diejenigen Variablen, die sich in der ökonomischen Untersuchung als signifikante Einflussgrößen herausstellen, werden im Rahmen der Ergebnispräsentation ausführlicher vorgestellt.

Schätzergebnisse

Vor Durchführung der eigentlichen Panelschätzung wurde überprüft, inwiefern die Zeitreihen der in die Schätzung eingehenden Variablen stationär sind. Nur bei **Stationarität** der in eine OLS-Schätzung eingehenden Zeitreihen kann gewährleistet werden, dass die Schätzergebnisse nicht Folge von Scheinkorrelationen sind. Für Paneldatensätze stehen spezielle Panel-Stationaritätstests zur Verfügung. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden die Stationaritätstests von LEVIN, LIN und CHU (2002) und von PESARAN (2003) verwendet. Die Nullhypothese beider Tests ist die der Nicht-Stationarität. In beiden Fällen konnte die Nullhypothese mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 1% zurückgewiesen werden, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Zeitreihen im Panel stationär sind.

Der Heterogenität der im Sample enthaltenen Länder wurde Rechnung getragen, indem eine **Random-Effects-Schätzung** durchgeführt wurde. Es stellt sich die Frage, ob dieses Vorgehen tatsächlich adäquat ist oder ein Fixed-Effects-Modell nicht sinnvoller wäre. Bei einem Fixed-Effects-Modell wird unterstellt, dass für jedes Land eine individuelle, durch die Regression zu ermittelnde Abweichung vom Panel-Mittelwert besteht. Bei einem Random-Effects-Modell hingegen stellt diese Abweichung eine normalverteilte Zufallsgröße dar. Das verwendete Untersuchungssample enthält neben hoch entwickelten Industriestaaten auch Schwellen- und Transformationsländer und ist damit sehr heterogen. Die Transformations- und

Tabelle 1: In der empirischen Analyse berücksichtigte Länder

Argentinien	Frankreich	Lettland	Philippinen	Thailand
Australien	Griechenland	Litauen	Polen	Tschechien
Belgien	Großbritannien	Malaysia	Portugal	Ukraine
Brasilien	Indien	Mexiko	Russland	Ungarn
Bulgarien	Irland	Neuseeland	Schweden	USA
China	Island	Nicaragua	Singapur	Zypern
Dänemark	Israel	Niederlande	Slowakei	
Deutschland	Italien	Norwegen	Slowenien	
Ecuador	Japan	Österreich	Spanien	
Finnland	Kolumbien	Peru	Südkorea	

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 2a: Indikatorvariablen für politische und rechtliche Rahmenbedingungen

Kurzbeschreibung	Vermuteter Zusammenhang
Regierungsstabilität	+
Grad der Einmischung des Militärs in politisches Geschehen	+
Ethnische Spannungen	+
Grad und Qualität der Demokratie	+
Stärke und Qualität der Verwaltung	+
Unabhängigkeit der Gerichte	
Index zu Recht und Ordnung	+
Einfluss des Staates in das Wirtschaftsgeschehen	+
Umfang des informellen Marktes / Korruption	uneindeutig
Schutz des privaten Eigentums	+
Grad des Investitionsrisikos	+
Regulierungsdichte	-
Ausmaß der Korruption	uneindeutig
Corruption Perception Index (Korruptionswahrnehmungsindex)	uneindeutig
Zahl der Umweltabkommen (ratifiziert)	-
Zahl der Umweltabkommen (ratifiziert und unterschrieben)	-
Flexibilität von Löhnen und Preisen	-
Index der Regulierung des Arbeitsmarkts	+
Höchster Grenzsteuersatz für Unternehmen	-
Steuerlast (Fiscal Burden Index)	-
Steuern auf Einkommen, Gewinne und Kapitalerträge (in % des gesamten Steueraufkommens)	-
Steuern auf Güter und Dienstleistungen (in % des gesamten Steueraufkommens)	-
Steueraufkommen (in % des BIP)	-
Anteil der vergebenen Kredite von Banken am BIP	+
Zinsdifferenz zwischen Guthaben- und Kreditzins	-
Höhe des Zinses für Kredite (in %)	-
Realer Zinssatz (in %)	uneindeutig
Index zu den Rechten der Kreditgeber	+
Religiöse Freiheit	+
Religiöse Vielfalt	+
Religiöse Spannungen	-
Nettomigrationssaldo (je 1.000 Einwohner)	uneindeutig

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 2b: Indikatorvariablen für Markterschließungsmotiv

Kurzbeschreibung	Vermuteter Zusammenhang
Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km ²)	+
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (in realen US-\$)	+
Jährliche Wachstumsrate des BIP	+
Gesamte Konsumausgaben (inkl. Staat) pro Kopf	+
Konsumausgaben der Haushalte pro Kopf (in konstanten 2.000 US-\$)	+
Wettbewerb auf dem nationalen Markt	-
Art der Konkurrenz auf dem Absatzmarkt	-
Realer effektiver Wechselkurs	uneindeutig
Wechselkursvolatilität des realen Wechselkurses	+
Nominaler bilateraler Wechselkurs zum US-Dollar	uneindeutig
Steuern auf internationalen Handel	-
Wechselkursvolatilität des nominalen Wechselkurses	-
Index der Außenhandelspolitik	uneindeutig

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 2c: Indikatorvariablen für Infrastruktur

Kurzbeschreibung	Vermuteter Zusammenhang
Länge des Straßennetzes (in km pro km ²)	+
Länge des Schienennetzes (in km pro 1.000 km ²)	+
Zahl der Flughäfen (pro 100.000 Einwohner)	+
Luffracht (in 1.000.000 Tonnen pro km)	+
Flugpassagiere (pro 1.000 Einwohner)	+
Festnetz- und Mobilfunktelefonnutzer (je 1.000 Einwohner)	+
Zahl der Telefonanschlüsse (je 1.000 Einwohner)	+
Zahl der Internetnutzer (je 1.000 Einwohner)	+
Pro-Kopf-Konsum von Energie (in kg Öleinheiten pro Einwohner)	+
Pro-Kopf-Konsum von Strom (in kWh pro Einwohner)	+
Arbeitskräfte in Forschung und Entwicklung (pro 1.000.000 Einwohner)	+
Patentanmeldungen (pro 100.000 Einwohner)	+
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in % des BIP) (Daten der Weltbank)	+
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in % des BIP) (Daten der UNESCO)	+
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (je Einwohner)	+

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 2d: Indikatorvariablen für Produktionsfaktoren im engeren Sinne

Kurzbeschreibung	Vermuteter Zusammenhang
Arbeitskosten (in realen US-\$ pro Stunde)	–
Stundenlohn (in US-\$)	–
Erwerbspersonen (in % der Bevölkerung)	+
Ausgaben für Bildung (in % des Bruttonationaleinkommens)	+
Alphabetisierungsrate der erwachsenen Bevölkerung	+
Bildungsindex	+
Arbeitslosenquote	+
Erdölreserven (in 1.000.000 Barrel pro 1.000 Einwohner)	+
Erdgasreserven (in 1.000.000 Barrel pro 1.000 Einwohner)	+
Erz- und Metallexporte (in % der Exporte)	+
Rohstoffabbau (Mineralien) (in % des Bruttonationaleinkommens)	+
Rohstoffabbau (Kohle, Erdöl und -gas) (in % des Bruttonationaleinkommens)	+
Energiepreise (in US-\$ je kWh)	–

Quelle: Eigene Darstellung.

Schwellenländer unterlagen während des Untersuchungszeitraums erheblichem Wandel, sodass davon ausgegangen werden muss, dass die **länderspezifischen Heterogenitäten** nicht über die Zeit hinweg konstant sind. Dies spricht zunächst einmal für die Verwendung eines Random-Effects-Modells.

Mit Hilfe des Breusch-Pagan-Lagrange-Multiplier-Tests [BREUSCH und PAGAN (1979), vgl. hierzu auch HACKL (2005), S. 180–181] kann überprüft werden, ob sich die Varianz der länderspezifischen Effekte tatsächlich im Zeitablauf verändert hat. Hierzu wird in der Nullhypothese untersucht, ob die länderspezifischen Effekte im Zeitablauf eine Varianz von null aufweisen. Mit einem Wert von 863,02 liefert die Teststatistik einen Wert, der den kritischen Wert aus der Chi-Quadrat-Verteilung mit einem Freiheitsgrad deutlich übersteigt. Somit muss die Nullhypothese zurückgewiesen werden und die Alternativhypothese veränderlicher Varianzen angenommen werden. Die Verwendung eines Random-Effects-Modells ist also gerechtfertigt.

Allerdings darf nur dann ein Random-Effects-Modell verwendet werden, wenn die geschätzten individuellen Effekte eines Random-Effects-Modells mit den übrigen Regressoren unkorreliert sind. Dies kann mit Hilfe des Hausman-Spezifikationstests überprüft werden. Kann keine Korrelation zwischen den geschätzten individuellen

Effekten und den übrigen Regressoren festgestellt werden, so ist eine Verwendung des Random-Effects-Modells sinnvoll, weil es zu effizienteren Schätzern als ein entsprechendes Fixed-Effects-Modell führt. Der kritische Wert aus der Chi-Quadrat-Verteilung mit 12 Freiheitsgraden beträgt 21,03 und ist damit größer als der Wert der Teststatistik von 13,51. Die Nullhypothese, dass die individuellen Effekte unkorreliert mit den Regressoren sind, kann daher nicht verworfen werden. Damit ist die Verwendung eines Random-Effects-Modells sinnvoll.

Tabelle 3 gibt an, welche der in Betracht gezogenen Indikatorvariablen einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der FDI-Bestände der im Sample enthaltenen Länder liefern. Insgesamt erweisen sich 12 Indikatorvariablen sowie eine Dummyvariable für die G7-Länder (als besonders stark industrialisierte Länder) als statistisch signifikant. Die Regression erklärt etwas mehr als 30 % der beobachteten Varianz der FDI-Bestände in den betrachteten Ländern. Die Ergebnisse des durchgeführten Wald-Tests belegen, dass die Regression eine signifikante Verbesserung des Erklärungsgehalts gegenüber einer Regression bringt, die lediglich eine Regressionskonstante enthält. Die Regressionsergebnisse deuten darauf hin, dass sowohl die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die eine Region bietet, als auch die beiden Investitionsmotive Markterschließung und Ausnutzung

Tabelle 2e: Indikatorvariablen für Produktionsfaktoren im weiteren Sinne

Kurzbeschreibung	Vermuteter Zusammenhang
Länge der Küste (in km je 1.000 km ²)	+
Dummy Variable über Zugehörigkeit der Klimazone „extrem trocken“	uneindeutig
Dummy Variable über Zugehörigkeit der Klimazone „gemäßigt“	uneindeutig
Dummy Variable über Zugehörigkeit der Klimazone „tropisch“	uneindeutig
Dummy Variable über Zugehörigkeit der Klimazone „subtropisch“	uneindeutig
Dummy Variable über Zugehörigkeit der Klimazone „polar“	uneindeutig
Ankünfte von ausländischen Touristen (je 1.000 Einwohner)	+
Ausgaben von ausländischen Touristen (in % der gesamten Einfuhren)	+
Ausstoß an CO ₂ (in metrischen Tonnen je 1.000 US-\$ (2000))	uneindeutig
Index der Wasserqualität	uneindeutig
Frauenerwerbstätigenquote (Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung über 15 Jahre)	+
Betreuungsquote im Vorschulbereich	-
Anteil der betreuten Kinder im Vorschulbereich (in % aller Kinder im gleichen Alter)	+
Schüler-Lehrer-Verhältnis (Primarbereich)	-
Schüler-Lehrer-Verhältnis (Sekundärbereich)	-
Schüler-Lehrer-Verhältnis (Tertiärbereich)	-
Zahl der Morde (je 1.000 Einwohner)	-
Zahl der Terroranschläge (je 1.000.000 Einwohner)	-
Kaufkraftindikator	+
BIP je Einwohner	-
Krankenhausbetten (je 1.000 Einwohner)	+
Lebenserwartung zur Geburt (in Jahren)	+
Index der Lebenserwartung	+
Kindersterblichkeit (Kinder unter 5 Jahre)	-

Quelle: Eigene Darstellung.

der regionalen Produktionsbedingungen eine Rolle für das Ausmaß der zufließenden Direktinvestitionen spielen. Alle drei Aspekte sind demnach für Standortentscheidungen wichtig.

Insgesamt sieben Variablen, die die **rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen** in einem Land wesentlich determinieren, erwiesen sich in der Regression als signifikant.

Erstens ergibt sich zwischen der **Regierungsstabilität** und den Direktinvestitionen ein positiver Zusammenhang. Der Indikator „Regierungsstabilität“ stammt aus dem ICRG (Government Stability) und beschreibt die Fähigkeiten einer Regierung, ihr ausgewiesenes Programm zu realisieren, die Einheit der Regierung, ihre legislative Stärke und die Unterstützung durch die Öffentlichkeit. Ein hoher Indexwert drückt dabei einen hohen Grad an Stabilität aus.

Tabelle 3: Schätzergebnisse

Indikatorvariable	Erwartetes Vorzeichen	Koeffizient	Standardfehler	z-Werte	p-Wert
Rechtliche und politische Rahmenbedingungen					
Regierungsstabilität	positiv	0,039***	0,015	2,62	0,009
Regierungseingriffe in den Markt	negativ	-0,104***	0,031	-3,34	0,001
Wahrnehmung der Korruption	unbestimmt	-0,327**	0,131	-2,51	0,012
Wahrnehmung der Korruption quadriert	unbestimmt	0,025***	0,026	2,22	0,003
Lohn- und Preisflexibilität	negativ	-0,233***	0,062	-3,74	0,000
Regulierung des Arbeitsmarktes	positiv	0,098**	0,046	2,14	0,032
Steuerlast	negativ	-0,163***	0,054	-3,04	0,002
Zinssatz für Kredite (in %)	negativ	-0,013***	0,002	-5,46	0,000
Markterschließungsmotiv					
Wechselkursvolatilität	positiv	0,055***	0,204	2,72	0,007
BIP pro Kopf (in realen US-\$)	positiv	0,579***	0,166	3,50	0,000
Ausnutzung der lokalen Produktionsfaktoren					
Straßennetz (in km per km ²)	positiv	0,215**	0,101	2,13	0,033
Festnetz- u. Mobilfunknutzer (je 1.000 EW)	positiv	0,278***	0,056	4,95	0,000
Arbeitskosten (in realen US-\$ pro Std.)	negativ	-0,700***	0,093	-7,49	0,000
Sonstige Variablen					
G7-Dummyvariable	positiv	1,215***	0,335	3,63	0,000
Konstante	unbestimmt	-2,079	1,384	-1,50	0,133
Zusammenfassende Statistiken					
Anzahl der berücksichtigten Länder / Beobachtungen insgesamt			46 / 357		
R ² insgesamt / des within-Schätzers / des between-Schätzers			0,3224 / 0,5902 / 0,2242		
Wald-Test (Chi-Square), 14 Freiheitsgrade			382,89***		
Legende: **: Signifikant mit einer Vertrauenswahrscheinlichkeit von mehr als 95 % ***: Signifikant mit einer Vertrauenswahrscheinlichkeit von mehr als 99 %					

Quelle: Eigene Berechnungen.

Zweitens konnte für die Variable „**Regierungseingriffe in den Markt**“ ein negativer Einfluss auf den Bestand an Direktinvestitionen ermittelt werden. Die verwendete Variable „Government Intervention“ aus dem „Index of Economic Freedom“ der HERITAGE FOUNDATION (2006) berücksichtigt den Anteil des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt, in Staatsbesitz befindliche Unternehmen, den Anteil der Einnahmen aus staatlichen Unternehmen an den gesamten Staatseinnahmen und den ökonomischen Output, der vom Staat produziert wird. Je höher der Index ausfällt, desto stärker wird der staatliche Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen eingeschätzt. Offenbar wirken sich materiell starke Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess negativ auf Direktinvestitionen aus.

Drittens zeigt sich **Korruption** als signifikanter Einfluss auf Direktinvestitionen. Beim Faktor Korruption ist zunächst einmal unklar, ob er einen positiven oder einen negativen Standortfaktor darstellt, da prinzipiell beide Wirkungsrichtungen denkbar sind. Der Grad der Korruption wurde mit Hilfe des Corruption Perceptions Index (CPI) gemessen, der von TRANSPARENCY INTERNATIONAL herausgegeben wird. Der CPI basiert auf einer Vielzahl von Umfragen und Untersuchungen verschiedener Institutionen bei Geschäftsleuten und Länderanalysten, in denen die Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Sektor in verschiedenen Ländern wiedergegeben wird. Der Index umfasst Werte von 1 bis 10, wobei 10 die geringste Wahrnehmung von Korruption angibt. Bei der Schätzung der Panelregression stellte sich heraus, dass der **Zusammenhang zwischen Korruption und Direktinvestitionen nicht-linear** ist. Diesem Umstand wurde dadurch Rechnung getragen, dass in der Schätzung neben der Indikatorvariablen selbst auch noch das Quadrat des CPI berücksichtigt wurde. Der geschätzte Koeffizient für den linear in die Schätzung eingehenden CPI ist negativ und zeigt an, dass eine Rückführung der Korruption bei hohen Ausgangsniveaus an Korruption (also niedrigen Indexwerten) negativ auf die Direktinvestitionen wirkt. Der geschätzte Koeffizient für den quadrierten Korruptionsindex ist hingegen positiv. Dies bedeutet, dass bei niedrigeren Ausgangsniveaus an Korruption (also hohen Indexwerten) eine weitere Rückführung der Korruption positiv auf Direktinvestitionen wirkt. Zusammenfassend kann geschlussfolgert werden, dass die schlechteste Alternative ein mittleres Korruptionsniveau darstellt. Dabei liegt der Grenzwert der Indikatorvariablen, bei der sich die Wirkungsrichtung gerade verändert, bei 6,52, also etwa dem Niveau von Slowenien. Für Unternehmen, die Korruption für ihre Geschäfte als günstig einschätzen, ist das Korruptionsniveau in diesen Ländern zu niedrig, um attraktiv zu sein. Umgekehrt ist das Ausmaß an Korruption aber zu hoch, um Investitionen von Unternehmen zu attrahieren, die ein geringes Maß an Korruption schätzen.

Viertens wirkt sich eine hohe **Lohn- und Preisflexibilität**, gemessen anhand des Index der HERITAGE FOUNDATION, positiv auf den Bestand von Direktinvestitionen aus. Der Index der Lohn- und Preisflexibilität bewertet das Ausmaß, in dem die Regierung dem Markt Freiraum lässt, Löhne und Preise zu setzen. Je größer diese Freiräume sind, desto niedrigere Werte nimmt der Index an [vgl. BEACH und MILES (2006), S. 70].

Fünftens wirkt sich eine starke **Regulierung des Arbeitsmarktes** negativ auf die zufließenden Direktinvestitionen aus. Gemessen wurde der Grad der Arbeitsmarktregulierung mit Hilfe des Index des FRASER INSTITUTE. Er basiert auf dem Einfluss von Mindestlöhnen, dem Ausmaß in dem Einstellungs- und Entlassungspraktiken in privaten Verträgen geregelt werden, dem Anteil der Beschäftigten, deren Löhne durch kollektive Verhandlungen bestimmt werden, der Existenz von Arbeitslosenunterstützungen sowie dem Vorhandensein einer Wehrpflicht zur Beschaffung von militärischem Personal. Da niedrige Werte des Index eine geringe Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt signalisieren, zeigt der positive Koeffizient einen negativen Einfluss einer hohen Arbeitsmarktregulierung auf Direktinvestitionen.

Weiterhin wirkt sich eine hohe **Abgabenbelastung** negativ auf den Bestand an Direktinvestitionen aus. Die Steuerlast wird durch die Indikatorvariable Fiscal Burden Index der HERITAGE FOUNDATION gemessen, welche um so geringere Werte annimmt, je niedriger die zu tragende Abgabenlast ausfällt.

Außerdem besteht empirische Evidenz für die Hypothese, dass die **lokalen Refinanzierungsbedingungen** für Direktinvestitionen eine Rolle spielen. So findet sich ein hoch signifikanter, negativer Koeffizient für die Höhe des Zinssatzes, zu dem sich erstklassige Kunden bei den lokalen Banken refinanzieren können. Dieser Indikator stammt aus der World Development Indicators-Datenbank der WELTBANK.

Auch für die **Relevanz des Markterschließungsmotivs** liefert die Panelregression empirische Belege. Konkret deuten zwei Indikatorvariablen auf die Bedeutung dieses Motivs bei Direktinvestitionen bzw. Standortentscheidungen hin.

Zum einen wirkt sich eine hohe **Wechselkursvolatilität** positiv auf den Bestand an Direktinvestitionen eines Landes aus. Durch Direktinvestitionen in ein Land können Wechselkursrisiken und damit verbundene Absatzrisiken ausgeschaltet werden. Die Wechselkursvolatilität wurde auf Basis von Daten aus der Datastream-Datenbank als gleitender Durchschnitt der letzten beiden Vorjahre sowie des laufenden Jahres berechnet.

Zum anderen fließen Ländern mit hohem **Pro-Kopf-Einkommen** ebenfalls signifikant mehr Direktinvestitionen zu. Ein hohes Pro-Kopf-Einkommen dient als Indikator

für eine hohe kaufkräftige Nachfrage, was das Land zu einem interessanten Ziel für Markterschließungsinvestitionen macht.

Das Ziel der **Ausnutzung günstiger Produktionsbedingungen** spielt ebenfalls für Direktinvestitionen eine bedeutende Rolle. Drei Variablen aus diesem Bereich erweisen sich in der Untersuchung als signifikant.

Zunächst lässt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur und dem Bestand an Direktinvestitionen nachweisen. Die Verkehrsinfrastruktur wird anhand der Länge des Straßennetzes im Verhältnis zur Landesfläche (ohne Wasserfläche) gemessen und kann als geeignete Indikatorvariable für die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur angesehen werden. Die Daten stammen aus den World Development Indicators der WELTBANK und von der WORLD ROAD ASSOCIATION. Der Indikator für die vorhandene Nachrichteninfrastruktur ergibt sich aus der Abdeckung mit Telefonanschlüssen (Festnetz oder Mobilfunk pro 1.000 Einwohner). Diese Daten stammen ebenfalls aus den World Development Indicators der WELTBANK.

Darüber hinaus zeigt sich ein negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitskosten und den Direktinvestitionen. Die Arbeitskosten pro Arbeitsstunde im verarbeitenden Gewerbe wurden auf Basis von Daten der INTERNATIONAL LABOR ORGANIZATION (ILO) konstruiert und in reale US-Dollar umgerechnet. Die Beschränkung der Arbeitskosten auf das verarbeitende Gewerbe erscheint sinnvoll, da der globale Standortwettbewerb über den Außenhandel und damit in Wirtschaftszweigen, die handelbare Güter produzieren, stattfindet.

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich im Rahmen der ökonometrischen Analyse sowohl das Markterschließungsmotiv als auch die Ausnutzung der lokalen Produktionsbedingungen als signifikante Motive für ausländische Direktinvestitionen herausgestellt haben. Daneben spielen aber auch die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die ein Standort bieten kann, eine Rolle.

Die empirische Analyse zeigt eine ganze Reihe von Ansatzpunkten für eine auf die Attrahierung ausländischer Direktinvestitionen abzielende Wirtschaftspolitik auf. Eine erfolgreiche Standortpolitik sollte offenbar auf drei Säulen aufbauen: Maßnahmen der Marktordnungspolitik, Finanzpolitik und Infrastrukturpolitik.

Als eine erste Säule einer erfolgreichen Standortpolitik erweist sich eine die Kräfte des freien Marktes stärkende **Marktordnungspolitik**. Zunächst einmal erweisen sich

Maßnahmen, die zu einer generellen Erhöhung der Lohn- und Preisflexibilität beitragen, als wirksam im Hinblick auf den Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen. Zudem wirkt sich eine Deregulierung des Arbeitsmarktes positiv aus. Umgekehrt impliziert dies, dass regulierende Maßnahmen wie die Einführung von Mindestlöhnen die Standortqualität negativ beeinflussen. Zudem sollte der Staat auf interventionistische Eingriffe in die Märkte weitgehend verzichten. Eine Bekämpfung von Korruption lohnt sich den empirischen Ergebnissen zufolge hingegen für ein Land unter Standortgesichtspunkten nur dann, wenn die Maßnahmen zu einem sehr niedrigen Korruptionsniveau führen.

Die zweite Säule einer zielgerichteten Standortpolitik ist in einer adäquaten **Finanzpolitik** zu sehen. Die Standortqualität verschlechtert sich signifikant mit der Abgabenbelastung. Über die Festlegung der Höhe der Sozialabgaben hat die Finanzpolitik zudem einen direkten Einfluss auf die Lohnkosten, deren Höhe sich in der empirischen Untersuchung ebenfalls als signifikante Determinante der Standortqualität erwiesen hat.

Auch eine gezielte **Infrastrukturpolitik** kann zu einer erfolgreichen Standortpolitik beitragen. Die präsentierten Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Investitionen in das Straßen- und Telekommunikationsnetz nützlich sind.

Schließlich kann offenbar auch die **Geldpolitik** zu einer erfolgreichen Standortpolitik beitragen. Trotz der starken Verflechtung der internationalen Finanzmärkte wirken sich günstige Refinanzierungsbedingungen in einem Land offenbar positiv auf den Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen aus. Auch wenn eine hohe Wechselkursvolatilität ebenfalls den Zufluss von Direktinvestitionen begünstigt, kann daraus natürlich nicht gefolgert werden, dass die Geldpolitik aktiv eine solche hohe Volatilität herbeiführen sollte.

Eine Reihe von Faktoren begünstigt offenbar Standortentscheidungen zugunsten des Inlandes, diese lassen sich aber nur in engen Grenzen direkt steuern. Dies gilt zunächst einmal für die Regierungsstabilität. Diese ist sehr wesentlich durch die politischen Verhältnisse, Bräuche und Gewohnheiten geprägt, die sich schwer und wenn dann nur langfristig beeinflussen lassen. Zudem erweist sich ein hohes Pro-Kopf-Einkommen als hilfreich zur Attrahierung von ausländischen Direktinvestitionen. Allerdings hat diese Größe selbst Zielcharakter und kann somit allenfalls mittelbar als Instrument einer Standortpolitik verstanden werden.

Einschränkend gilt für alle aufgeführten Politikmaßnahmen, dass sie nur dann Wirkung entfalten werden, wenn sie nicht gleichzeitig von allen Ländern ergriffen werden. Eine erfolgreiche Standortpolitik ist demnach auch im Lichte der gewonnenen Erkenntnisse alles andere als eine triviale Entscheidung.

Literatur

- BEACH, W. W. und M. A. MILES (2006): Explaining the Factors of the Index of Economic Freedom, in HERITAGE FOUNDATION (Hrsg.): The 2005 Index of Economic Freedom, Washington D. C., New York, S. 58–78.
- BERLEMANN, M. und J. TILGNER (2006): Determinanten der Standortwahl von Unternehmen. Ein Literaturüberblick, in: ifo Dresden berichtet, Heft 6/2006, S. 14–24.
- BERLEMANN, M. und J. TILGNER (2007): Determinanten der innerdeutschen Standortwahl von Unternehmen – Ergebnisse einer empirischen Analyse, in: ifo Dresden berichtet, Heft 3/2007, S. 14–22.
- Berlemann, M. et al. (2008): Die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer im internationalen Standortvergleich, ifo Dresden Studie 43, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.
- BREUSCH, T. S. und A. R. PAGAN (1979): A Simple Test for Heteroskedasticity and Random Coefficient Variation, in: *Econometrica*, Vol. 47, S. 1.287–1.294.
- HACKL, P. (2005): Einführung in die Ökonometrie, München.
- LEVIN, A., C.-F. LIN und C.-S. J. CHU (2002): Unit Root Tests in Panel Data: Asymptotic and Finite Sample Properties, in: *Journal of Econometrics* 108, S. 1–24.
- PESARAN, H. (2003): A Simple Panel Unit Root Test in the Presence of Cross Section Dependence, Cambridge Working Papers in Economics 0346, Faculty of Economics (DAE), University of Cambridge.
- THOMAS, R. L. (1997): *Modern Econometrics. An Introduction*, Harlow.
- UNCTAD (Hrsg.) (2006): *World Investment Report 2006. FDI from Developing and Transition Economies: Implications for Development*, United Nations, New York and Geneva.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland

Dieter Bogai und Franziska Hirschenauer*

Nach langjährigem Verharren der Unterbeschäftigung auf sehr hohem Niveau bessert sich aktuell die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Neben dem konjunkturell bedingten Beschäftigungszuwachs trägt dazu auch der Rückgang des Arbeitskräfteangebots bei. Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, die sich aufgrund des starken Rückgangs von Schulabgängern in den nächsten Jahren deutlich verbessern dürfte, ist derzeit unverändert angespannt. Starke regionale Unterschiede bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit kennzeichnen den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Geringe Betriebsgrößen, alternde Belegschaften und zunehmende regionale Disparitäten stellen die ostdeutsche Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzausstattung im Ost-West-Vergleich

Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern¹ liegt bereits seit Jahren etwa doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern (vgl. Tabelle 1). Die Folge sind hohe Transfers in der Arbeitslosenversicherung, die nach den zuletzt verfügbaren Informationen bei rund 9 Mrd. € im Jahre 2003 lagen [BLOS (2005)]. Eine weitere Ursache hierfür sind die niedrigeren Beitragseinnahmen aufgrund der geringeren Beschäftigungsleistung der ostdeutschen Wirtschaft. Im Jahr 2006 kamen in Ostdeutschland 634 Erwerbstätige auf 1.000 Erwerbsfähige (Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren). In Westdeutschland lag der entsprechende Wert bei 738. Die neuen Länder erreichten somit nur 85,5 % der westdeutschen Arbeitsplatzausstattung. Die geringere Verbreitung von sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung und geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen (Mini-Jobs) in Ostdeutschland führt dazu, dass von den dortigen Erwerbstätigen im Durchschnitt eine höhere Arbeitsstundenzahl erbracht wird und deshalb der Vergleich mit Westdeutschland beim geleisteten Arbeitsvolumen günstiger ausfällt (91 %).

Auch darf nicht übersehen werden, dass viele Ostdeutsche als Berufspendler einer Erwerbsarbeit im Westen nachgehen. Im Jahr 2006 lag die Auspendlerzahl Ostdeutschlands bei 375.000 Personen, was gut 7 % der in Ostdeutschland lebenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entspricht. Deutlich geringer war die Einpendlerzahl Ostdeutschlands, sie betrug nur gut 80.000 Personen. Subtrahiert man den Pendlersaldo (Differenz zwischen Ein- und Auspendlern) von der Zahl der Erwerbstätigen nach dem Arbeitsortkonzept (Inlandskonzept), so gelangt man zu der Erwerbstätigenzahl nach dem Wohnortkonzept (Inländerkonzept). Setzt man sie in Relation zu der Erwerbsfähigenzahl, dann erhält man einen Quotienten, der weniger die Arbeitsplatzausstattung in Ost- bzw. Westdeutschland zum Ausdruck bringt, sondern vielmehr die Arbeitsplatzversorgung der Ost- bzw. Westdeutschen. Bei dieser rein wohnortbezogenen Größe bleibt der ostdeutsche Wert nur wenig hinter dem westdeutschen zurück (90,4 %). Ostdeutsche sind also fast ebenso häufig erwerbstätig wie Westdeutsche. Berücksichtigt man zusätzlich die geleisteten Arbeitsstunden, dann liegen die Werte der beiden Landesteile noch näher beisammen (95,6 %).

Betrachtet man die geschlechtsspezifische Erwerbstätigkeit, dann zeigt sich, dass ostdeutsche Frauen trotz der schlechteren Erwerbsmöglichkeiten noch immer stärker in den Arbeitsmarkt integriert sind als westdeutsche [BOGAI und HIRSCHENAUER (2006)]. Insbesondere bei 35- bis 54-jährigen Frauen liegen die Erwerbstätigenquote (+8 Prozentpunkte) und vor allem die Erwerbspersonenquote (+20 Prozentpunkte) im Osten deutlich höher als im Westen. Ursachen der hohen Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen sind u. a. eine unterschiedliche Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit aufgrund der historischen Erfahrung kontinuierlicher Vollzeitenerwerbstätigkeit der Frauen in der DDR. Zudem dürften die unterschiedliche wirtschaftliche Situation der ostdeutschen Haushalte angesichts hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Löhne und das bessere Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen eine Rolle spielen.

Demographie und Arbeitskräfteangebot

Ein zentrales Thema des ostdeutschen Arbeitsmarktes sind die demographischen Veränderungen, die früher als

* Dr. Dieter Bogai ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Forschungsbereich Regionales Forschungsnetz. Franziska Hirschenauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim IAB, Forschungsbereich Regionale Arbeitsmärkte.

Tabelle 1: Arbeitsplatzdichte und Arbeitslosigkeit im Ost-West-Vergleich

	Arbeitsplatzausstattung 2006		
	NBL	ABL	ABL = 100
	Personen je 1.000 Erwerbsfähige		%
SV-pflichtige Vollzeitbeschäftigte	368,2	408	90,2
+ SV-pflichtige Teilzeitbeschäftigte	73,1	85,6	85,4
+ ausschließlich geringfügig Entlohnte	59,8	96,6	61,9
+ Selbständige	73,7	82,3	89,6
+ Sonstige	50,0	56,0	89,1
= Erwerbstätige (Inland)	633,6	738,4	85,8
– Pendlersaldo	–25,8	9,3	x
= Erwerbstätige (Inländer)	659,4	729,1	90,4
	Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbsfähigen		
Geleistetes Arbeitsvolumen (Inland)	968,0	1.063,3	91,0
Geleistetes Arbeitsvolumen (Inländer)	1.018,6	1.066,0	95,6
	Arbeitslosenquote bezogen auf		
alle zivilen Erwerbspersonen	17,3	9,1	190,5
abhängigen zivilen Erwerbspersonen	19,2	10,2	188,5
	Erwerbsbeteiligung*		
Insgesamt	78,4	75,7	103,6
nachrichtlich: Frauen	75,1	68,3	109,9

Stand: Sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte am 30.06.2006; Erwerbstätige, Selbständige, Sonstige im Jahresdurchschnitt 2006; Arbeitsvolumen am 31.12.2006; Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2006 (Arbeitslose und Bezugsgröße im Jahresdurchschnitt 2006).
* Erwerbspersonen (Jahresdurchschnitt 2006 – Mikrozensus) bezogen auf die erwerbsfähige Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre; 31.12.2006).

Quellen: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, R 4.1.1, 2006; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen.

in Westdeutschland Altersaufbau und Größe des Arbeitskräfteangebots verändern werden. Zunächst soll ihr Einfluss auf die Arbeitsmarktentwicklung seit Beginn dieses Jahrzehnts dargestellt werden. Daran anschließend werden die Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt und die Zahl der Berufseinsteiger erörtert.

Das Arbeitskräfteangebot wird zum einen von der demographischen Komponente (Zahl der Erwerbsfähigen), zum anderen von der Verhaltenskomponente (Erwerbsbeteiligung) bestimmt. Bei kurz- bis mittelfristiger Betrachtung hängt die Entwicklung der Erwerbsfähigkeitszahl

ihrerseits von den Besetzungsraten der Berufseinsteigerjahrgänge im Verhältnis zu den Berentungsjahrgängen und vom Wanderungssaldo der Personen im erwerbsfähigen Alter ab.

Insgesamt ist nach Berechnungen des INSTITUTS FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) [BACH et al. (2008)] das Arbeitskräfteangebot in den neuen Ländern zwischen 2000 und 2008 um rund 700.000 Personen bzw. 7 % gesunken. Eine leicht sinkende Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland trägt hierzu zu rund einem Viertel bei. Sie dürfte vor allem auf den Rückgang bei den

Jugendlichen wegen längerer Ausbildungszeiten zurückzuführen sein. Hauptursachen des Angebotsrückgangs sind die anhaltende Abwanderung von Erwerbspersonen und geringer besetzte Jahrgänge der Berufseinsteiger.

Der demographische Einfluss aus gesunkener Geburtenzahl und altersstrukturellen Verschiebungen wird das Arbeitskräfteangebot in den neuen Ländern in den kommenden Jahren vollständig prägen und das Arbeitskräfteangebot bis zum Jahr 2020 gegenüber 2005 um rund ein Fünftel senken [FUCHS und SÖHNLEIN (2007)]. Dieser Rückgang ist unter realistischen Annahmen durch Wanderungen und erhöhte Erwerbsbeteiligung nicht zu kompensieren. Der Einbruch der Geburtenzahl in der Wendezeit ist bei den Schulabgängern bereits jetzt spürbar. Abbildung 1 zeigt, dass sich die Absolventenzahl allgemein bildender Schulen im Jahre 2007 gegenüber 2000 bereits um 20 % verringert hat. Leicht erhöht hat sich in diesem Zeitraum dagegen die Absolventenzahl beruflicher Schulen. Ihr drastischer und gegenüber den Schulabsolventen zeitlich versetzter Rückgang um die Hälfte in wenigen Jahren steht unmittelbar bevor.

Längerfristig wird sich der Nachwuchs in den einzelnen Bildungsstufen unterschiedlich stark verändern. Bis zum Jahr 2020 dürfte sich die Zahl der Jugendlichen mit Hauptschul- und Realschulabschluss stärker verringern als die Zahl derjenigen mit Hochschulreife (vgl. Tab. 2).

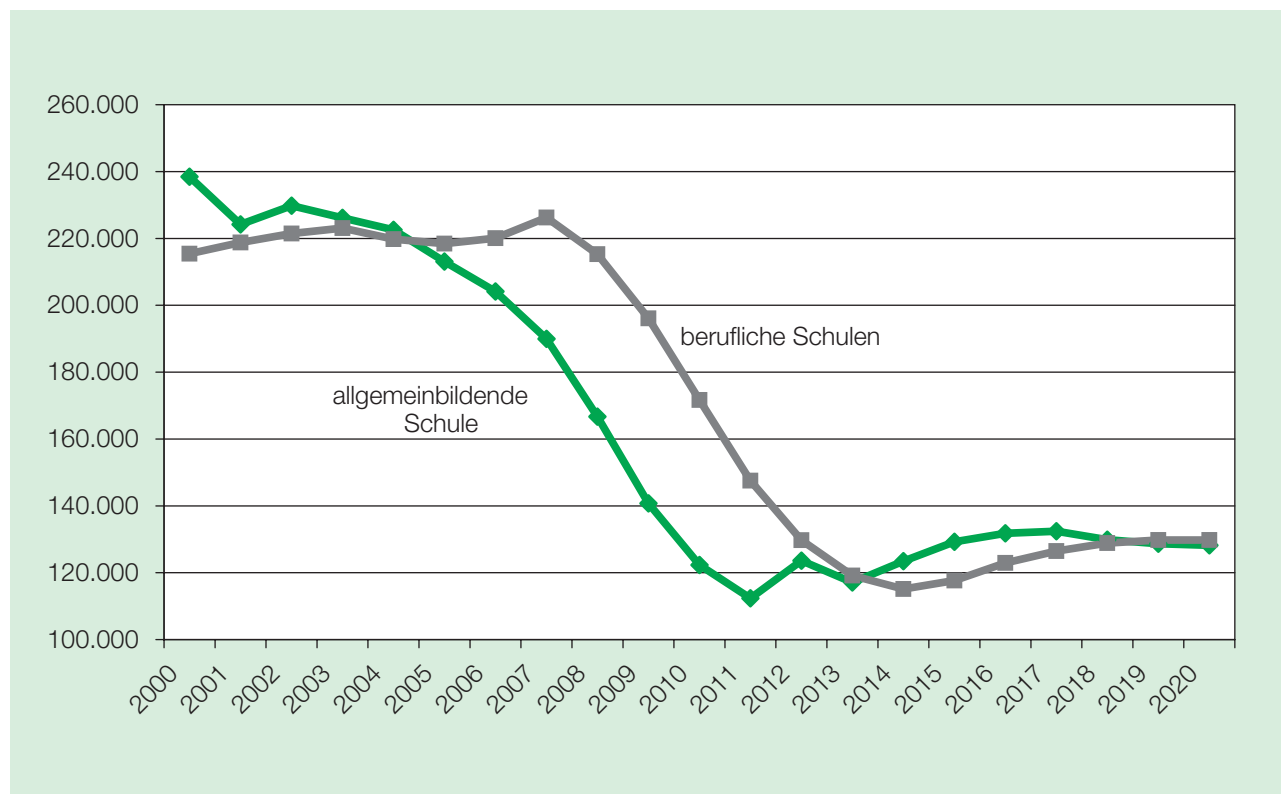
Daneben ist damit zu rechnen, dass ein steigender Anteil Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlassen wird. Diese Entwicklung wird aller Voraussicht nach gravierende Auswirkungen auf die Rekrutierung des Nachwuchses für die duale Berufsausbildung als bedeutsamsten Bildungsweg haben. Etwa zwei Drittel der Beschäftigten verfügen in Ostdeutschland über einen betrieblichen Ausbildungsabschluss.

Der Rückgang der Berufseinsteigerzahlen in den neuen Bundesländern könnte einen gravierenden Fachkräftemangel auslösen, da das Größenverhältnis zu den Personen, die in die Altersrente eintreten, ab dem Jahr 2015 immer ungünstiger wird. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass die Jugendlichen in den neuen Bundesländern bisher nur in unzureichendem Maße mit betrieblichen Ausbildungsplätzen versorgt werden konnten.

Die Entwicklung des Ausbildungsmarkts

Jugendliche haben es in den neuen Bundesländern besonders schwer, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Während 2006 in Westdeutschland je 100 Bewerber rund 80 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen wurden, waren es im Osten nur 60 [BMBF (2007)]. Hinter

Abbildung 1: Absolventen allgemein bildender und beruflicher Schulen in Ostdeutschland (2000–2020)



Quelle: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 182 und 184.

Tabelle 2: Prognose der Schulabgänger nach Abschlüssen in Ostdeutschland (2005–2020)

Neue Länder	2005		2010		2015		2020		Rückgang 2005–2020
	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%	%
Abgänger ohne Hauptschulabschluss	20.504	9,6	11.700	9,6	13.600	10,5	13.300	10,4	-35,1
Absolventen mit Hauptschulabschluss	34.045	16,0	18.200	14,9	21.500	16,6	20.300	15,8	-40,4
Absolventen mit Real- schulabschluss	97.229	45,7	48.500	39,7	53.000	41,0	51.100	39,9	-47,4
Absolventen mit Hochschulreife	59.860	28,2	43.400	35,5	40.700	31,5	43.000	33,5	-28,2
Absolventen mit Fachhochschulreife	892	0,4	490	0,4	470	0,4	490	0,4	-45,1
Absolventen/Abgänger insgesamt	212.530	100	122.290	100	129.270	100	128.190	100	-39,7

Quelle: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 182 – Mai 2007.

diesen ausgeprägten West-Ost-Differenzen stehen sowohl Unterschiede in der Nachfrage Jugendlicher nach betrieblichen Ausbildungsplätzen als auch Unterschiede in der Versorgung mit Ausbildungsplätzen. Befragt nach ihren beruflichen Plänen gaben 2006 im Osten 62,9% der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen an, eine duale Ausbildung anzustreben, gegenüber 55,5% im Westen [BMBF (2007), S. 60]. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen fällt im Osten wegen der geringeren Beschäftigungsleistung der Wirtschaft gegenüber dem Westen geringer aus, aber der Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (6% im Osten gegenüber 5,3% im Westen) liegt sogar höher.

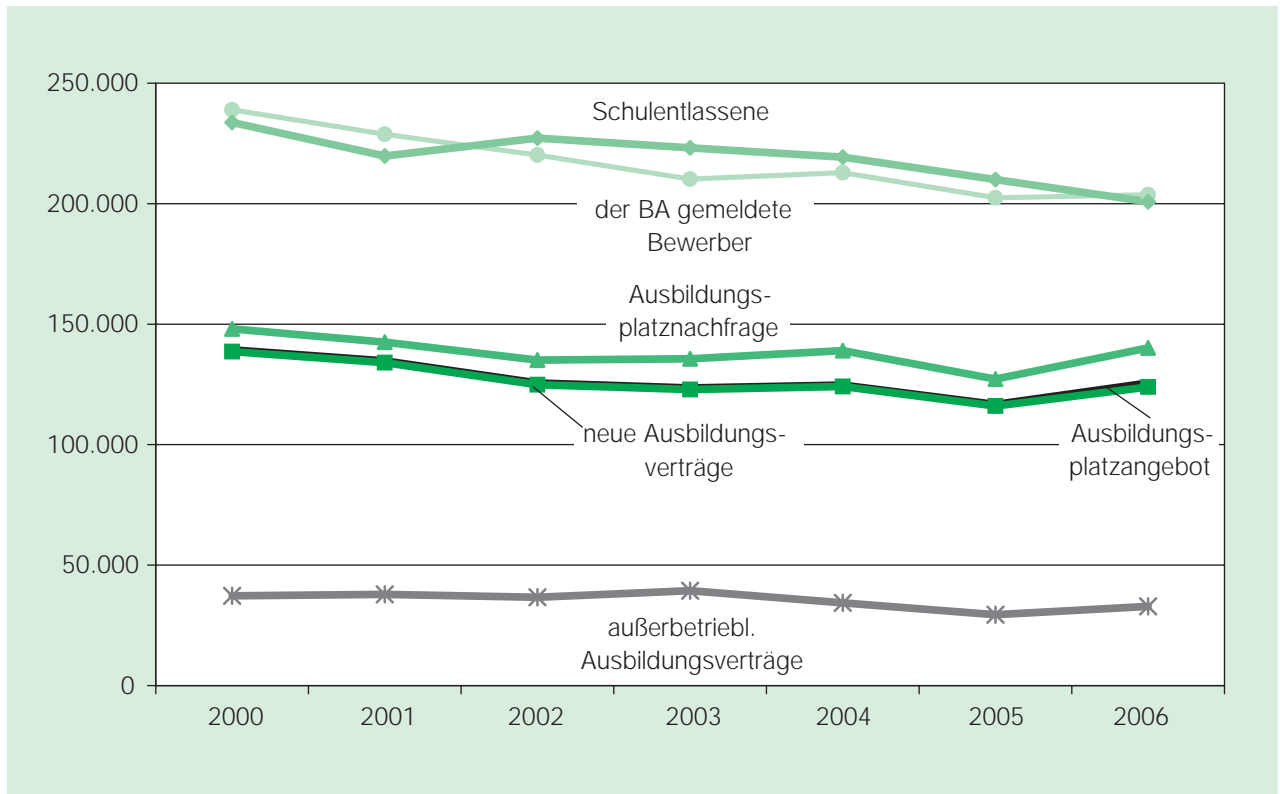
Weitere Anhaltspunkte für das Ungleichgewicht am ostdeutschen Ausbildungsmarkt gewinnt man aus Abbildung 2. Das Ausbildungsplatzangebot, das durch die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge abgebildet wird, ist seit 2002 relativ konstant. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren in den neuen Ländern gut ein Viertel der Verträge in außerbetrieblichen Berufsbildungsstätten abgeschlossen wurde².

Die Ausbildungsnachfrage wird in der offiziellen Berichterstattung des BUNDESINSTITUTS FÜR BERUFSBILDUNG aus den jährlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und den unversorgten Bewerbern am Beginn des Ausbildungsjahres errechnet.³ Da eine Vielzahl der nicht zum Zuge kommenden Ausbildungsplatzbewerber im sogenannten Übergangssystem für Ausbildung und

Beruf aufgefangen wird (berufsvorbereitende Maßnahmen, Jugendsofortprogramm, Berufsvorbereitungsjahr, schulische Bildungsgänge und weitere Hilfen, mit denen 2006 mehr als 200.000 Jugendliche versorgt wurden⁴), wird durch dieses Vorgehen die Nachfrage nur partiell erfasst. Auch wenn ein Teil der Bewerber möglicherweise die schulischen Voraussetzungen für anspruchsvolle Ausbildungsberufe nicht erfüllt, dürften die bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldeten Bewerber eher die tatsächliche Nachfrage um betriebliche Ausbildungsstellen in Ostdeutschland abbilden. Unter ihnen waren 2007 nach Angaben der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gut 100.000 Jugendliche, welche die Schule seit mindestens einem Jahr verlassen hatten (sogenannte Altbewerber).

Anhand dieser Kennzahlen des ostdeutschen Ausbildungsmarktes ist davon auszugehen, dass aufgrund der vielen unversorgten Bewerber in den letzten Jahren das Defizit an Ausbildungsstellen nahezu genau so groß ist wie die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Die derzeitige Lücke zwischen Bewerbern und Ausbildungsverträgen entspricht somit in etwa dem absehbaren Rückgang der Bewerberzahlen in den nächsten Jahren. Dadurch zeichnet sich zu Beginn des nächsten Jahrzehnts ein rechnerischer Ausgleich am Ausbildungsmarkt ab, wobei sich zunehmende Diskrepanzen zwischen schulischen Qualifikationen und steigenden betrieblichen Anforderungen an die Auszubildenden abzeichnen dürften.

Abbildung 2: Kennzahlen des ostdeutschen Ausbildungsstellenmarktes



Quellen: Bundesinstitut berufliche Bildung, Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 182 (Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1997 bis 2006).

Ein Fachkräftepotenzial für die ostdeutsche Wirtschaft stellen die ostdeutschen Jugendlichen dar, die zur Ausbildung in westliche Bundesländer pendeln. Ihre Zahl hat sich zwar zwischen 2000 und 2006 von 34.000 auf 28.000 verringert. Der Überschuss bei den ostdeutschen Ausbildungspendlern entsprach 2006 rund einem Fünftel der in Ostdeutschland abgeschlossenen Verträge.

Entwicklung der Nachfrage am Arbeitsmarkt

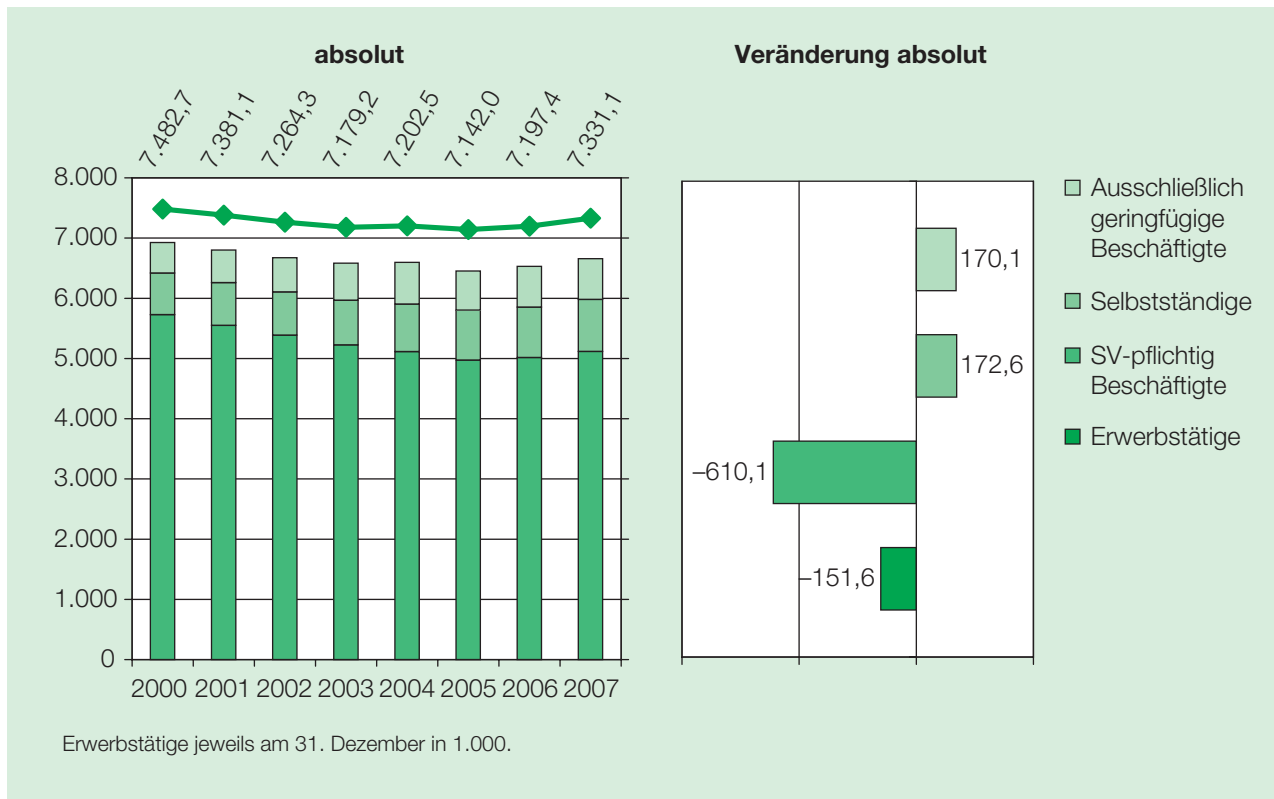
Betrachtet man die jüngere Entwicklung in der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland fällt auf, dass sich das Gesamtniveau zwischen 2000 und 2007 um gut 150.000 verringert hat. Ab 2006 macht sich der konjunkturelle Aufschwung bemerkbar. Längerfristige starke Rückgänge der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung standen moderate Zuwächse bei den Selbstständigen und geringfügig Beschäftigten gegenüber (vgl. Abb. 3).

Innerhalb der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zeigen sich in den letzten Jahren erhebliche sektorale Veränderungen (vgl. Abb. 4). Als einziger Wirtschaftszweig sind die Dienstleistungen für Unternehmen gewachsen. Ihre Expansion wurde vornehmlich von der Zeitarbeitsbranche getragen. Auf sie entfiel mehr als zwei

Drittel des Beschäftigungswachstums in den Unternehmensdienstleistungen. Die relativ stärksten Jobverluste von fast 50 % sind im Baugewerbe zu verzeichnen. Der Beschäftigungsanteil dieses Wirtschaftszweigs lag Mitte der 1990er Jahre doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Der ostdeutsche industrielle Sektor hat zwischen 2000 und 2007 trotz Zuwachsraten der Produktion von mehr als 5 % immer noch leicht an Beschäftigung verloren. Der Anteil der Industriebeschäftigung an der Bevölkerung liegt bei 60 % des westdeutschen Wertes. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist derzeit in Ostdeutschland mit 17 % noch deutlich kleiner als in Westdeutschland (25 %). Da dispositive Funktionen in der ostdeutschen Industrie unterrepräsentiert sind, ist die industrielle Nachfrage nach wissensintensiven Dienstleistungen für Unternehmen im Vergleich zu Westdeutschland gering.

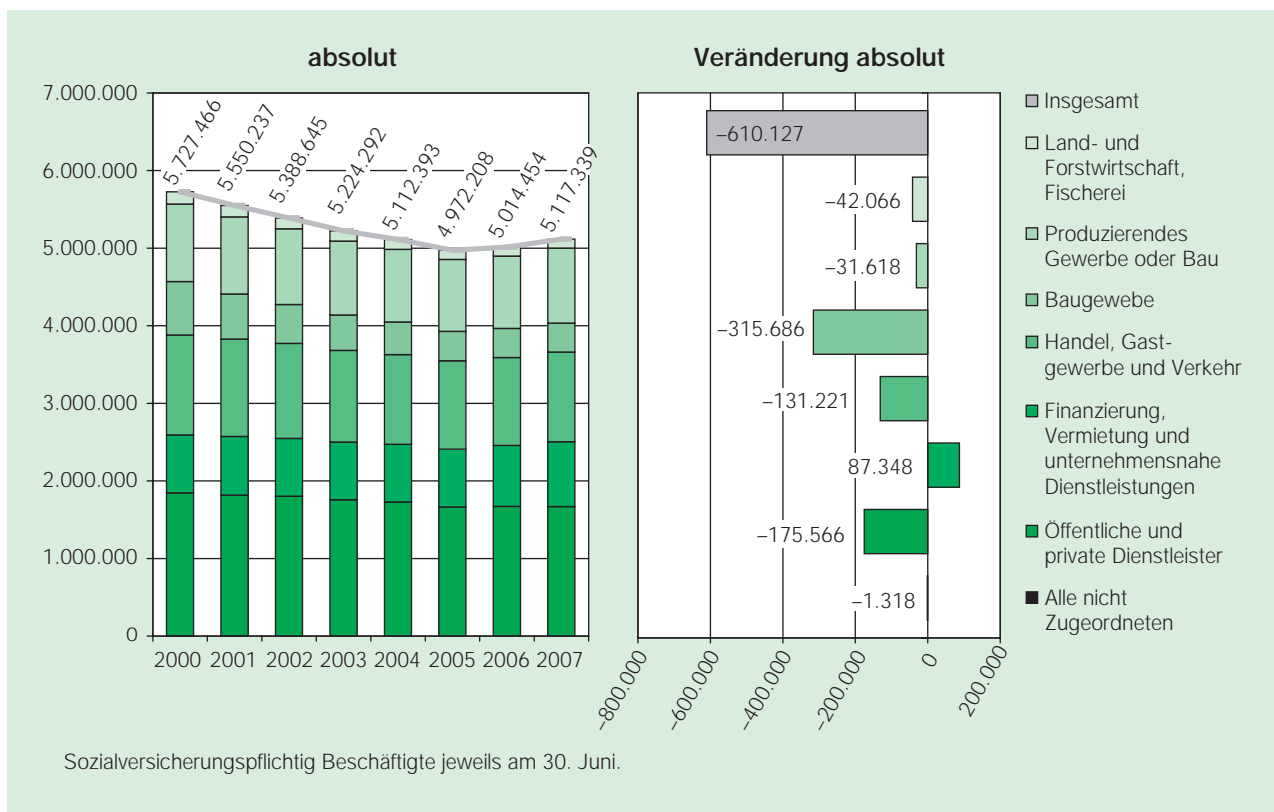
Ein besonderer Nachteil Ostdeutschlands ist der hohe Anteil von kleinen und mittleren Unternehmen, die in Eigenkapitalausstattung und Forschungsintensität gegenüber Großbetrieben benachteiligt sind. Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels weisen kleine und mittlere Unternehmen eine geringere Produktivität als Großunternehmen auf. Zwar ist deren Rückstand im Vergleich zu westdeutschen Betrieben nicht so ausgeprägt

Abbildung 3: Entwicklung der Erwerbstätigkeit



Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 4: Sektorale Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000 bis 2007



Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit.

wie bei den Großbetrieben, aber der höhere Anteil und die bisher nur schwache Einbindung in überregionale Wertschöpfungsketten stellen einen ökonomischer Wettbewerbsnachteil dar. Fast die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in Betrieben mit einer Mitarbeiterzahl von unter 50 (vgl. Tab. 3).

Bedenkt man die hohe Bedeutung öffentlicher Verwaltungen/Sozialversicherung und des Gesundheitswesens an den größeren ostdeutschen Betrieben, fällt dieses Defizit noch schwerwiegender aus.

Regionale Disparitäten bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes verläuft regional unterschiedlich. Zwischen 2000 und 2007 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den neuen Ländern durchschnittlich um 2,2 % pro Jahr gesunken. Besonders stark von Beschäftigungsabbau betroffen sind z. B. Kreise im nördlichen und östlichen Thüringen sowie Grenzregionen zu Polen und der Tschechischen Republik (vgl. Abb. 5). Vergleichsweise positiv verlief die Entwicklung in den Regionen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze sowie in den Städten und Kreisen südlich Berlins. Das IAB hat die Beschäftigungsentwicklung in den neuen Bundesländern mittels einer Shift-Share-Regression analysiert [AMEND und BOGAI (2005)]. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, inwieweit die Branchen-, Betriebsgrößen- und Qualifikationsstruktur sowie die Löhne und weitere Standortfaktoren regional differenzierend wirken. Es zeigte sich, dass vor allem in Thüringen und Sachsen das Vorhandensein ostdeutscher Wachstumsbranchen und ein vergleichsweise niedriges Lohnniveau sich günstig auf die Beschäftigung ausgewirkt haben. Geringe Betriebsgrößen und überdurchschnittliche Hochqualifiziertenanteile begünstigen die Beschäftigungsentwicklung in geringerem Ausmaß. Am wichtigsten scheinen aber besondere Standort-

eigenschaften wie die Erreichbarkeit (vom Westen) und die Infrastruktur.

Starke regionale Disparitäten haben sich auch bei der Arbeitslosigkeit herausgebildet. Ähnlich wie bei der Beschäftigung zeigt sich ein Ost-West-Gefälle innerhalb der neuen Bundesländer (vgl. Abb. 6). Besonders niedrige Werte weisen Regionen mit hohen Auspendlerquoten wie z. B. Potsdam oder die Kreise entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze auf. Hohe und verfestigte Arbeitslosigkeit sind in Regionen ohne Agglomerationen vorherrschend. Aus ihnen wandern jüngere Erwerbspersonen verstärkt ab. Die Abwanderung entlastet zunächst den Arbeitsmarkt. Das daraus resultierende Humankapitaldefizit stellt längerfristig einen gravierenden Standortnachteil dar, der zu einem sinkenden Arbeitskräftebedarf führt. Insgesamt stellt sich in diesen Regionen ein Circulus vitiosus von Beschäftigungsabnahme, Abwanderung und sinkender regionaler Nachfrage ein.

Entwicklung der Unterbeschäftigung

Schließlich ist die Entwicklung des gesamten Beschäftigungsdefizits in Ostdeutschland zu erörtern. Nach dem IAB-Konzept gehört neben der Anzahl der Arbeitslosen auch die Stille Reserve zur Unterbeschäftigung. Diese wiederum setzt sich zusammen aus der Stillen Reserve in Maßnahmen und derjenigen im engeren Sinne. Während die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen direkt aus der Teilnehmerstatistik entnommen werden können, ergibt sich die Stille Reserve im engeren Sinne als Residualgröße der jährlichen Arbeitsmarktbi-lanz. Hierbei handelt es sich um Personen, die weder arbeitslos noch erwerbstätig sind, die jedoch bei besserer Arbeitsmarktlage eine Beschäftigung aufnehmen würden. Ihre Zahl wird für 2007 auf 150.000 Personen veranschlagt. Die Stille Reserve in Maßnahmen hat sich zwischen 2000 und 2007 von 297.000 auf 249.000 und damit um gut 15 % reduziert. Veränderungen im Umfang

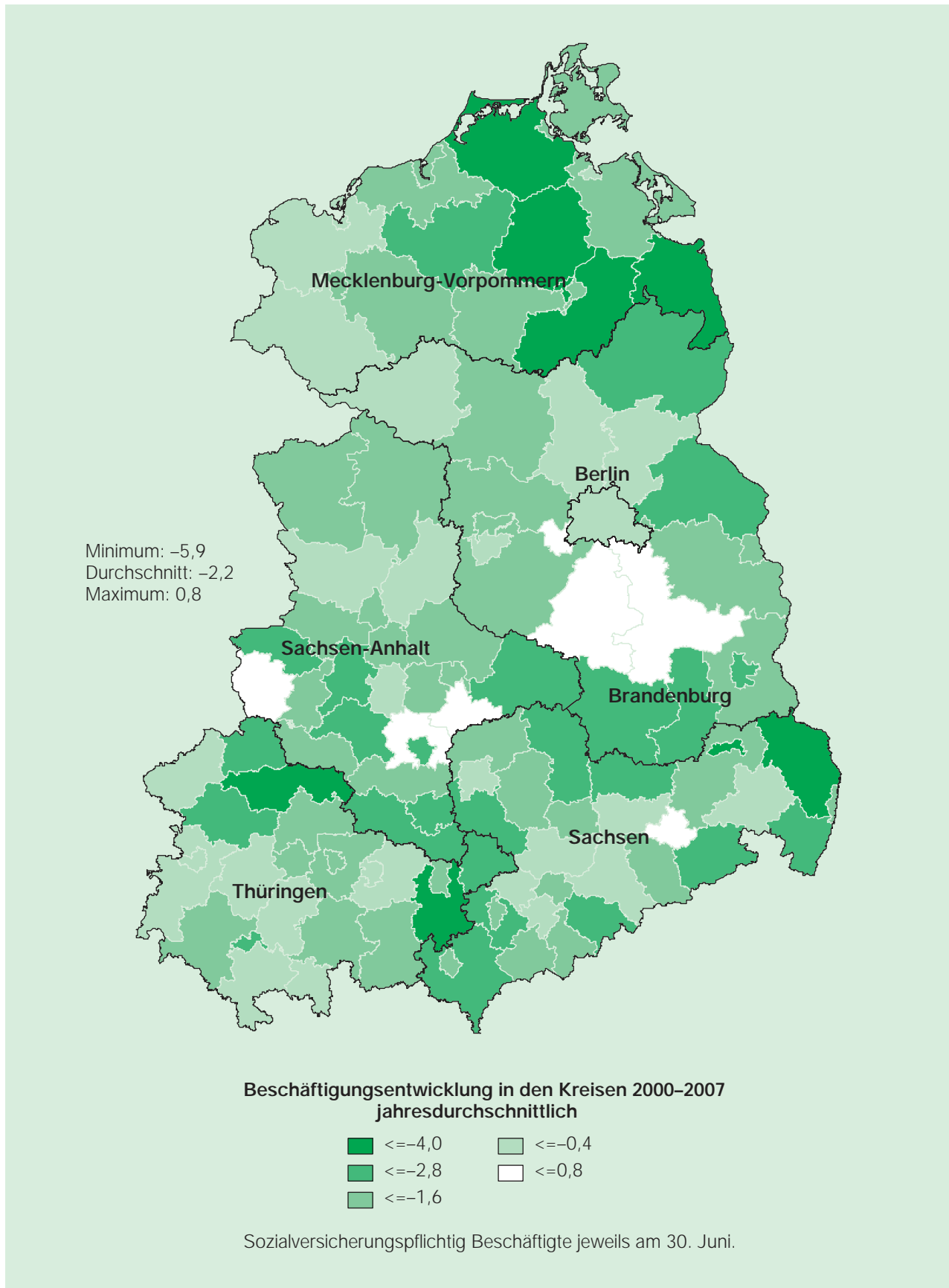
Tabelle 3: Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen Ost-West-Vergleich 2007

Anteile an Ingesamt	Ingesamt	1-9	10-49	50-249	250+
Deutschland	100,00	17,8	23,3	27,6	31,4
West (ohne Berlin)	100,00	17,4	22,7	27,1	32,8
Ost (einschl. Berlin)	100,00	19,4	25,6	29,6	25,5

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.2007.

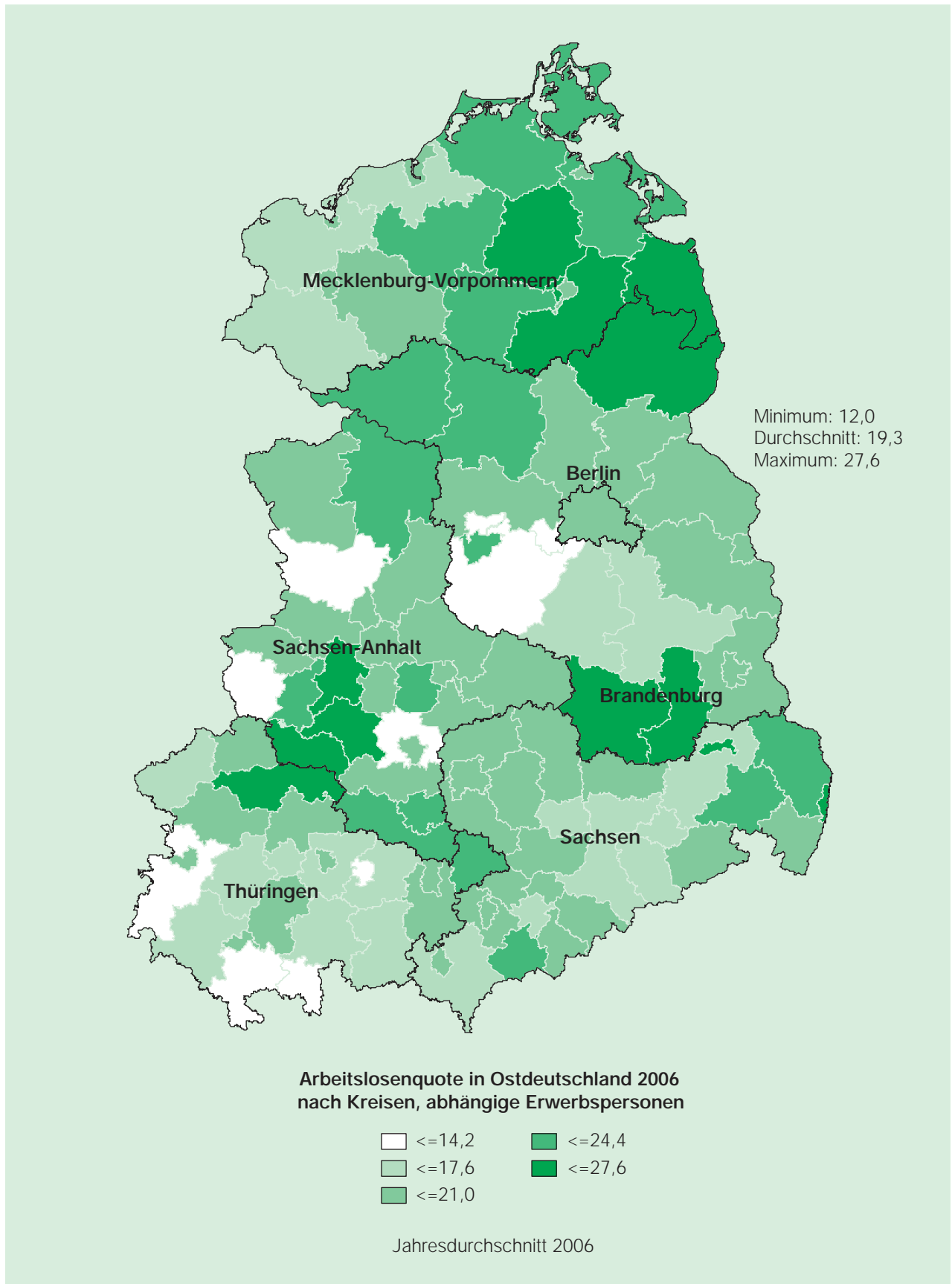
Quellen: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 5: Jahresdurchschnittliche Beschäftigungsveränderung in Ostdeutschland 2000 bis 2007



Quellen: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Abbildung 6: Arbeitslosenquote in Ostdeutschland 2006



Quellen: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

und insbesondere in der Struktur der Arbeitsmarktpolitik spiegeln sich darin wider.

Mit der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung sinken Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung seit 2006 auch erstmals deutlich in Ostdeutschland. 2008 dürfte sich die Besserung am Arbeitsmarkt trotz des nachlassenden Aufschwungs fortsetzen. Die Erwerbstätigkeit wird aber voraussichtlich nur noch wenig zunehmen. Neben diesen positiven konjunkturellen Einflüssen tragen vor allem demographisch- und wanderungsbedingte Rückgänge des Arbeitskräfteangebots zur Abnahme der Unterbeschäftigung bei.

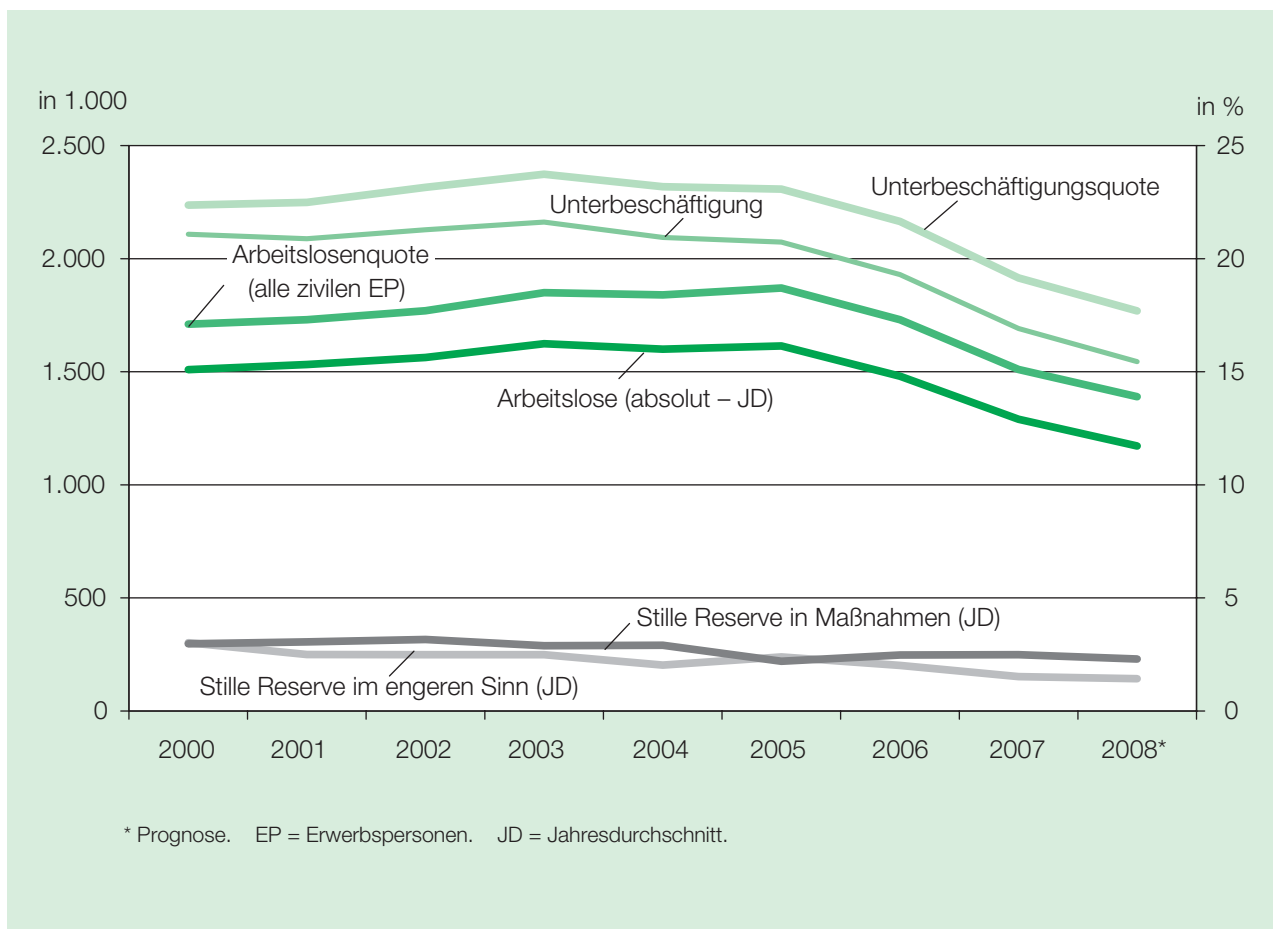
Ausblick

Abschließend sollen die wesentlichen Herausforderungen des ostdeutschen Arbeitsmarktes benannt werden. Derzeit tragen konjunkturell bedingte Beschäftigungszuwächse und ein sinkendes Arbeitskräfteangebot zur positiven Arbeitsmarktentwicklung bei. In den letzten Jahren blieb

das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland jedoch hinter dem in Westdeutschland zurück. Die Arbeitsproduktivität verharrt seit längerem bei rund drei Vierteln des westdeutschen Niveaus. Um die Transferabhängigkeit Ostdeutschlands zu verringern und die Beschäftigung anhaltend zu steigern, müssen die Bedingungen für ein höheres Wachstum gestärkt werden. Standortpolitische Maßnahmen zur Entwicklung einer technologie- und wissensintensiven industriellen Basis stehen dabei im Vordergrund. Eine erfolgreiche Innovationsstrategie würde den hohen Anteil ausführender Unternehmensfunktionen innerhalb der ostdeutschen Industrie verringern und eine höhere heimische Nachfrage nach wissensintensiven unternehmensbezogenen Diensten erzeugen.

Die regionalökonomische Entwicklung wird sich in Ostdeutschland weiter ausdifferenzieren. Einige ostdeutsche Zentren wie Leipzig, Dresden, Halle, Jena, Erfurt, Chemnitz und Berlin verfügen über jene Bedingungen, die wichtig sind für regionale Wachstumsprozesse, wie eine ausreichende Ausstattung mit Potenzialfaktoren (wie unternehmensnaher Infrastruktur und Bevölkerungsdichte)

Abbildung 7: Unterbeschäftigung in Ostdeutschland



Quellen: IAB Kurzbericht 15/2007 und 03/2008.

sowie branchenübergreifende Produktionsverflechtungen und Kooperationen mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Mit einer regionalen Konzentration der Förderung ist die Hoffnung verbunden, dass die ostdeutschen Agglomerationen ihre Wachstumsschwäche überwinden. Auf der anderen Seite schwächt die selektive Abwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte die Wachstumsperspektiven nicht nur in den peripheren Regionen im Norden und Osten der neuen Bundesländer.

Die demographische Entwicklung stellt die ostdeutsche Wirtschaft angesichts der gering durchmischten Altersstruktur vor besondere Herausforderungen⁵. Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der ostdeutschen Wirtschaft muss bei höherem Durchschnittsalter der Beschäftigten als im Westen erhöht werden. Der steigende Qualifizierungsbedarf ist von den vielen kleinen und mittleren Unternehmen zu decken, die über wenig finanzielle Mittel zur Weiterbildung ihrer Beschäftigten verfügen.

Die Perspektiven des ostdeutschen Arbeitsmarktes sind zwiespältig. Einerseits deuten Projektionen des Arbeitskräftebedarfs und der Erwerbspersonenzahl auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit hin. Nach der neuesten IAB-Prognose wird der Arbeitskräftebedarf in Ostdeutschland bis 2020 konstant bei 7 Mill. Erwerbstätigen liegen [SCHNUR und ZIKA (2007)]. Bei demographisch bedingtem Rückgang des Arbeitskräfteangebots hat dies eine sinkende Arbeitslosigkeit zur Folge. Andererseits ist dieser Rückgang angesichts der ausgeprägten Langzeitarbeitslosigkeit und möglicher Profildiskrepanzen zur Arbeitskräftenachfrage kein Automatismus. Zudem könnten bereits mittelfristig Engpässe bei qualifizierten Arbeitskräften auftreten. So rechnen GRUNDIG et al. (2007) bereits mit einem frühzeitigen Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften. Durch die Halbierung der Berufseinstiegszahlen in den nächsten Jahren könnte es zu Rekrutierungsproblemen bei jüngeren Arbeitskräften mit mittleren Berufsabschlüssen kommen. Damit werden die Qualifizierung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials und eine gesteigerte Attraktivität Ostdeutschlands für Zuwanderer vordringlicher denn je.

Literatur

- AMEND, E. und D. BOGAI (2005): Regionale Arbeitsmärkte in Ostdeutschland: Was hat das eine, was das andere Land nicht hat? IAB-Kurzbericht 25/2005.
- BACH, H.-U.; H. GARTNER, S. KLINGER, TH. ROTHE und E. SPITZNAGEL (2008): Arbeitsmarkt 2008 – Der Aufschwung lässt nach, IAB-Kurzbericht 3/2008.
- BLOS, K. (2006): Die Bedeutung der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungssysteme für die Regionen in Deutschland, IAB-Forschungsbericht 08/2006.
- BMBF – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.) (2008): Berufsbildungsbericht 2008, Bonn.
- BMVBS – BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (Hrsg.) (2007): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007 – Chancen nutzen – Zusammenhalt sichern, Berlin.
- BOGAI, D. und F. HIRSCHENAUER (2006): Erwerbstätigkeit im Lebenslauf, In: FASSMANN, H.; B. KLAGGE und P. MEUSBURGER (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 7: Arbeit und Lebensstandard, Heidelberg u. a., S. 30–33.
- FUCHS, J. und D. SÖHNLEIN (2007): Einflussfaktoren auf das Erwerbspersonenpotential – Demografie und Erwerbsverhalten in Ost- und Westdeutschland, IAB-Diskussionspapier Nr. 12/2007.
- GRUNDIG, B. und C. POHL (2007): Demographischer Wandel in Ostdeutschland: Fluch oder Segen für den Arbeitsmarkt? In: ifo Dresden berichtet 3/2007, S. 3–13.
- SCHNUR, P. und G. ZIKA (2007): Die Grenzen der Expansion, IAB-Kurzbericht Nr. 26/21.12.2007.

¹ Bei dieser und allen weiteren Angaben wird Berlin Ostdeutschland zugeordnet.

² Ende 2006 gab es in Ostdeutschland 314 überbetriebliche Berufsbildungsstätten mit einer Kapazität von 55.660 Werkstattplätzen (BMVBS 2007, S. 47).

³ Die Zahl der unversorgten Bewerber lag im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2005 bei rund 11.000. 2006 ist sie auf 16.240 angestiegen.

⁴ BMVBS: Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, 2007, S. 44.

⁵ Unterschiede bestehen vor allem bei den Arbeitskräften im Alter von 25 bis 34 Jahren, deren Anteil bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Mitte 2007 um 2,2 Prozentpunkte niedriger als im Westen lag.

Frauenbildung, Fertilität und Familienpolitik

Mandy Kriese, Ulrike Mandalka und Anna Montén*

Einleitung

Kinder *oder* Karriere oder Karriere *und* Kinder? In der Öffentlichkeit werden Kinder und Karriere häufig als sich gegenseitig ausschließende Optionen für Frauen angesehen. Auch in der Wissenschaft gibt es eine Debatte darüber, inwiefern Frauen tatsächlich vor diesen Alternativen stehen. HUIJINK (2002) vertritt beispielsweise die Theorie, dass es in Deutschland aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu einer Polarisierung in der Familienbildung kommt, d. h. Frauen entscheiden sich entweder gegen Kinder oder, wenn sie sich für Kinder entscheiden, bekommen sie überwiegend zwei. Dieser Beitrag analysiert anhand eines aktuellen Datensatzes, ob diese in der Theorie für Deutschland vermutete Polarisierung in der Familienbildung tatsächlich zu finden ist.

Die Polarisierung in der Familienbildung

Das klassische Familienmodell lässt sich mit ökonomisch sinnvollen Spezialisierungsvorteilen erklären. Ein Elternteil spezialisiert sich auf Erwerbsarbeit und sorgt für das Familieneinkommen. Diese Aufgabe wird von dem Elternteil übernommen, der durch Erwerbsarbeit das höhere Einkommen erzielen kann. Der andere Elternteil spezialisiert sich auf Familienarbeit, kümmert sich also um die Erziehung der Kinder. In der Vergangenheit war die Geschlechteraufteilung für diese Art der Arbeitsteilung klar definiert. Da Frauen aufgrund ihrer im Vergleich zu den Männern im Durchschnitt niedrigeren Bildungsabschlüsse am Arbeitsmarkt ohnehin geringere Einkommen erzielen, widmeten sie sich der Familie. Im Zuge des deutlichen Anstiegs des Qualifikationsniveaus von Frauen in den letzten Jahrzehnten erhöhten sich sowohl deren Beschäftigungs- als auch Einkommensmöglichkeiten. Diese Entwicklung führte zu steigenden Opportunitätskosten der Familienbildung. Die Zeit, die eine Frau mit Kindererziehung zu Hause verbringt, wird für die Familien teurer, weil die am Arbeitsmarkt entgangenen Einkommen zunehmen. Da die erzielbaren Einkommen für Frauen mit steigendem Bildungsgrad zunehmen, ist der klassischen Theorie zufolge eine negative Korrelation zwischen Frauenbildung und Fertilität zu erwarten [vgl. KÖPPEN (2006)].

Gesellschaftstypen

Bei diesem Zusammenhang spielen allerdings auch immer die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle. Diese können grob in drei verschiedene Typen eingeteilt werden [vgl. z. B. HUIJINK (2002)]: Typ I ist durch eine starke Geschlechtertrennung in der Rollenverteilung gekennzeichnet, d. h. die Familienorganisation wird durch die oben beschriebene klassische Arbeitsteilung dominiert.

Gesellschaftsmodelle vom Typ II bieten durch die große gesellschaftliche Akzeptanz der Erwerbstätigkeit von Frauen und ihrer damit einhergehenden größeren Bildungsbeteiligung einen zunehmenden Anreiz für Frauen zu einer stärkeren Beteiligung am Erwerbsleben. Dies führt zu einem Rückgang der Geschlechtertrennung in der Rollenverteilung. Allerdings bleibt in Staaten vom Typ II die Kindererziehung und -betreuung weiterhin hauptsächlich die alleinige Aufgabe der Familie, d. h. die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben lässt sich in diesen Systemen zum großen Teil nur über privatwirtschaftliche (nicht-subventionierte) Lösungen herstellen und ist daher mit sehr hohen Kosten verbunden. Dadurch steht die Familie vor einem Entscheidungsproblem: Die Möglichkeiten für Frauen, durch Erwerbsarbeit ein eigenes (hohes) Einkommen zu erzielen, sind sehr gut. Das führt bei Verzicht auf Erwerbsarbeit zugunsten von Kinderbetreuung zu steigenden Opportunitätskosten. Infolge dessen entwickeln sich die Lebensformen „Teilnahme am Erwerbsleben“ und „Familie“ zu zwei sich nahezu ausschließenden Alternativen. Entscheidet sich eine Frau für ersteres, bleibt sie in der Konsequenz häufig kinderlos. Entscheidet sich eine Frau dagegen für die Familie, wird hauptsächlich auf die klassische Rollenverteilung zurückgegriffen.

Es ist anzunehmen, dass die Entscheidung zwischen den beiden Alternativen von Menschen in solchen Systemen sehr bewusst getroffen wird. Bei der Wahl der Lebensform „Familie“ wird demnach ein hoher Wert auf die Qualität der Familie gelegt, was sich in einer starken Bereitschaft zu einem zweiten Kind äußert. Außerdem sind die Opportunitätskosten für ein zweites Kind in diesem System viel niedriger als für das erste Kind, da die Frau nach dem ersten Kind ohnehin kein Einkommen mehr am Arbeitsmarkt erzielen kann und somit aufgrund eines zweiten Kindes auf kein zusätzliches Einkommen verzichten muss. In der Konsequenz ist in diesen Systemen tendenziell mit einer Polarisierung in der Familienbildung

* Mandy Kriese ist Doktorandin und Ulrike Mandalka wissenschaftliche Mitarbeiterin der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts. Anna Montén ist Doktorandin am Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dresden.

zu rechnen [vgl. HUIJINK (2002)]. Frauen entscheiden sich entweder gegen Kinder oder, wenn sie sich für Kinder entscheiden, gleich für mehrere. Diese Polarisierung müsste mit zunehmendem Bildungsniveau der Frauen ansteigen, da ein hohes Bildungsniveau auch hohe Einkommenschancen generiert und somit die Entscheidung für eines der Lebensmodelle mit besonders gravierenden Konsequenzen für die Frauen verbunden ist. Zu den Staaten mit einem Gesellschaftsmodell vom Typ II werden die Niederlande, die Schweiz und Westdeutschland gezählt [vgl. HUIJINK (2002)].

Staaten mit dem Gesellschaftsmodell vom Typ III sind ebenfalls dadurch gekennzeichnet, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen akzeptiert ist. Diese Staaten unterstützen die Frauen dabei, indem zahlreiche (subventionierte) Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern außerhalb der Familie geboten werden, sodass zwar die Kosten für den Verzicht auf Erwerbsarbeit als sehr hoch angesehen werden, die Kosten der Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familienleben dafür aber sinken. In solch einem Gesellschaftssystem wird die Entscheidung für Familie und Erwerbsleben beider Partner erleichtert, was zu einem relativ geringen Anteil an kinderlosen Frauen auch im hoch qualifizierten Bildungssegment führen sollte [vgl. HUIJINK (2002)]. Ein Beispiel für Länder mit einem Gesellschaftsmodell des Typs III stellt Frankreich dar.

Empirische Arbeiten zur Polarisierungsthese

Für Westdeutschland findet HUIJINK (2002) seine These zur Polarisierung bei der Familienbildung bestätigt, da er mit zwei verschiedenen Datensätzen Polarisierungstendenzen in den Kinderzahlen der untersuchten Frauen mit Hochschulabschluss im Alter von 35 bis 39 bzw. 40 bis 42 Jahren nachweisen kann. Er findet jeweils einen relativ hohen Anteil an kinderlosen Frauen und an Frauen mit zwei Kindern und dagegen einen im Vergleich dazu niedrigen Anteil an Frauen mit nur einem Kind (vgl. Abb. 1). Diese Beobachtungen ergeben sich sowohl aus der Auswertung der Mikrozensus (MZ) 1991, 1996, 1997 [vgl. GRÜNHEID (2003) sowie HUIJINK (2002)] als auch aus der Auswertung des FAMILY AND FERTILITY SURVEY (FFS) für Deutschland, einer Befragung, die 1990 in 24 Mitgliedsländern der UN/ECE (UNITED NATIONS ECONOMIC COMMISSION FOR EUROPE) durchgeführt wurde [vgl. HUIJINK (2002) sowie KÖPPEN (2006)].

Die in den bisherigen Analysen verwendeten Datensätze erweisen sich zur Untersuchung der gewünschten Fragestellung als problematisch. Im FAMILY AND FERTILITY SURVEY besteht mit lediglich 73 beobachteten Frauen das Problem einer sehr geringen Fallzahl. Der Mikrozen-

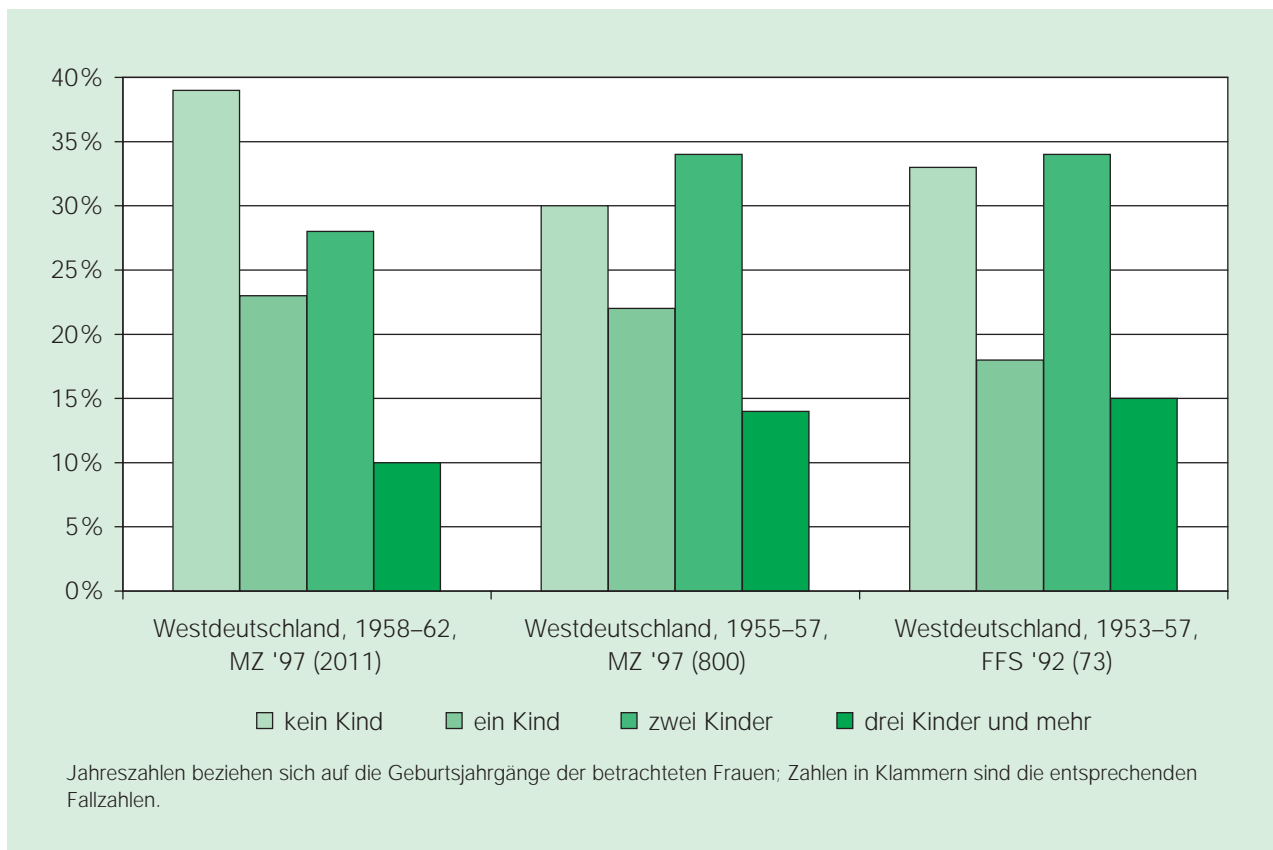
sus birgt dagegen das Problem, dass nicht nach der Zahl der Kinder gefragt wird, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bereits geboren hat, sondern nur nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder. Daraus können sich Unschärfen ergeben, da beispielsweise Kinder den Haushalt der Mutter bereits wieder verlassen haben oder aus anderen Gründen nicht im Haushalt der Mutter leben [vgl. GRÜNHEID (2003)]. Um diese Fehlerquellen zu minimieren, wird bei der Auswertung der Daten zumeist die Altersgruppe der 35- bis 40-Jährigen herausgegriffen. Von dieser Altersgruppe wird angenommen, dass diese Frauen zum einen nur noch wenige eigene Kinder bekommen werden und zum anderen die vorhandenen Kinder zum überwiegenden Teil noch im Haushalt leben.

Trotzdem kann diese Abgrenzung durch unterschiedliches Geburtenverhalten zwischen niedrig qualifizierten sowie mittel und hoch qualifizierten Frauen zu Erfassungsproblemen führen. Während niedrig qualifizierte Frauen tendenziell frühzeitig Kinder zur Welt bringen, liegt der Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes bei Frauen mit mittlerem sowie hohem Qualifikationsniveau aufgrund der langen Ausbildungszeiten tendenziell weiter hinten. Bei der Analyse der Altersgruppe der 35- bis unter 40-Jährigen Frauen ist es daher möglich, dass noch ungeborene Kinder nicht berücksichtigt werden: Dabei wird es sich bei den gering qualifizierten zumeist um weitere (Geschwister-) Kinder handeln, während in den anderen Qualifikationsgruppen in deutlichem Umfang auch erste Kinder unberücksichtigt bleiben können, d. h. die Kinderlosigkeit der Frauen kann gerade im hohen Bildungssegment deutlich überschätzt werden [vgl. GRUNDIG (2006)]. Andererseits würde sich durch das Heraufsetzen des Alters der betrachteten Frauen ein anderes Problem ergeben. Durch den relativ frühen Zeitpunkt der ersten Geburt bei gering qualifizierten Frauen könnten deren Kinder zum Befragungszeitpunkt den Haushalt der Mutter schon wieder verlassen haben und damit unberücksichtigt bleiben.

Alternative: GENDER AND GENERATION SURVEY

Ein Datensatz, der sich zur Beantwortung der Frage nach der Kinderzahl einer Frau als geeigneter erweist, ist der GENDER AND GENERATION SURVEY des BUNDESINSTITUTS FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BIB). Für diesen Datensatz wurden im Jahr 2005 mehr als 10.000 in Deutschland lebende Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 79 Jahren zu ihren Lebensumständen befragt. Dabei wurden u. a. alle von einer Frau geborenen Kinder sowie der zum Befragungszeitpunkt höchste berufliche Abschluss erfasst.

Abbildung 1: Frauen mit Hochschulabschluss nach Kinderzahl



Quelle: Huinink (2002).

Die Auswertung der Kinderzahlen der Frauen nach Altersgruppen bestätigt die Erfassungsprobleme des Mikrozensus. Wird die Altersgruppe der 30- bis 39-jährigen Frauen gewählt (die Altersgruppe wird etwas weiter gefasst als in den Mikrozensus-Studien, um die Fallzahl zu erhöhen), fällt der hohe Anteil an kinderlosen Hochqualifizierten auf, der beinahe die 40%-Marke erreicht (vgl. Abb. 2). Auch im Segment der Mittelqualifizierten ist der Anteil der Kinderlosen mit fast 25% deutlich höher als in der Altersgruppe zwischen 35 und 44 Jahren (vgl. Abb. 3). Der Vergleich der Verteilung der Kinderzahl von Frauen dieser beiden Altersgruppen zeigt deutlich, dass vor allem hoch qualifizierte Frauen den Zeitpunkt der ersten Geburt nach hinten schieben. Durch die lange Verweildauer im Bildungssystem sowie durch die Phase des beruflichen Fußfassens werden Geburten zunächst aufgeschoben und erfolgen erst gegen Ende der weiblichen Reproduktionsphase. Die Daten zeigen allerdings auch, dass Frauen mit hohem Bildungsabschluss, die nicht kinderlos bleiben, zumeist zwei Kinder haben (vgl. Abb. 3).

Bei der Auswertung des GENDER AND GENERATION SURVEY konnte keine Bestätigung für die Polarisierungshypothese, also keine Konzentration auf einerseits Kinderlose

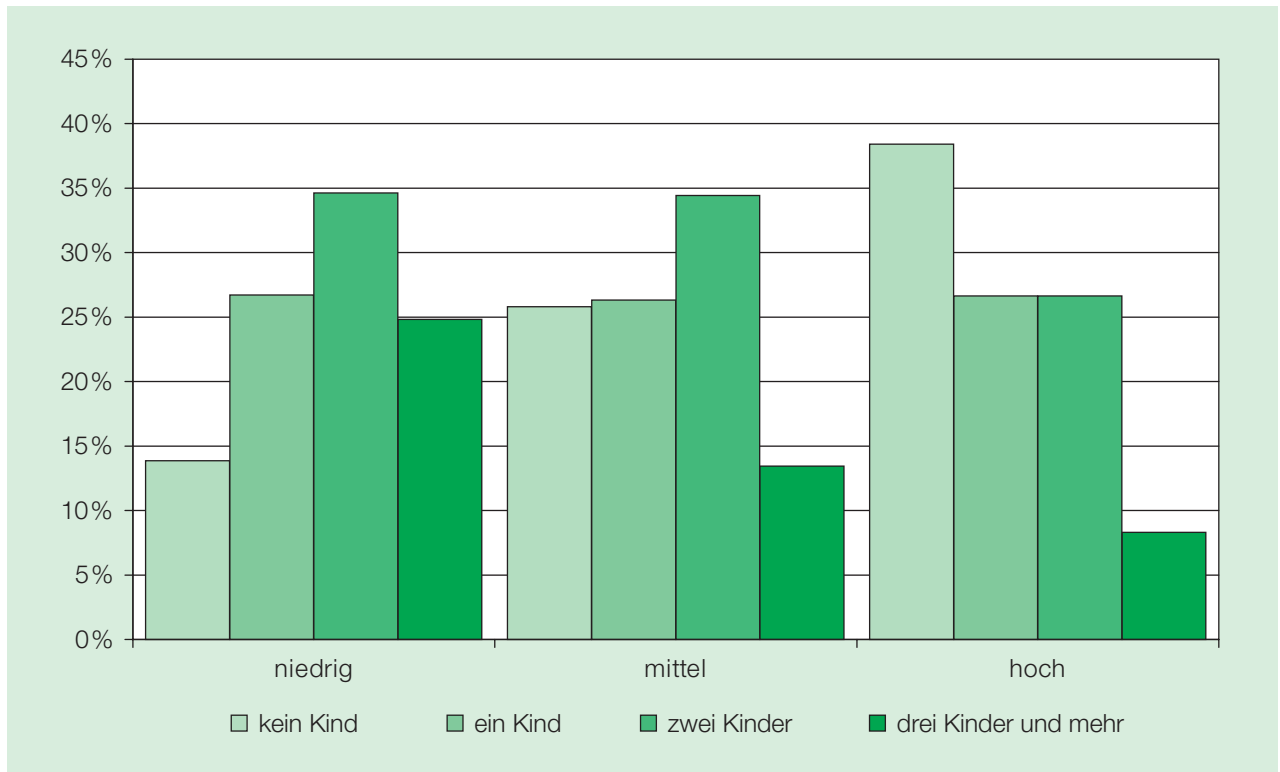
und andererseits Frauen mit zwei Kindern, gefunden werden. In allen drei Qualifikationssegmenten ist der Anteil der kinderlosen Frauen am niedrigsten und der Anteil der Frauen mit zwei oder drei Kindern am höchsten (vgl. Abb. 3). Bei den mittel und hoch qualifizierten Frauen zeigen die Ergebnisse, dass die 2-Kind-Familie in Westdeutschland dominiert.

Ein Blick auf die durchschnittliche Kinderzahl der westdeutschen Frauen in den einzelnen Qualifikationssegmenten (GENDER AND GENERATION SURVEY) stützt die Hypothese, dass die Opportunitätskosten der Familienbildung mit steigender Qualifikation der Frauen steigen. Die durchschnittliche Kinderzahl von niedrig qualifizierten Frauen zwischen 35 und 44 Jahren liegt in Westdeutschland bei 2,04 Kindern, im mittleren Qualifikationssegment bei 1,67 und im hohen bei 1,55 Kindern. Es besteht also für Deutschland ein negativer Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Qualifikationsniveau.

Schlussfolgerungen

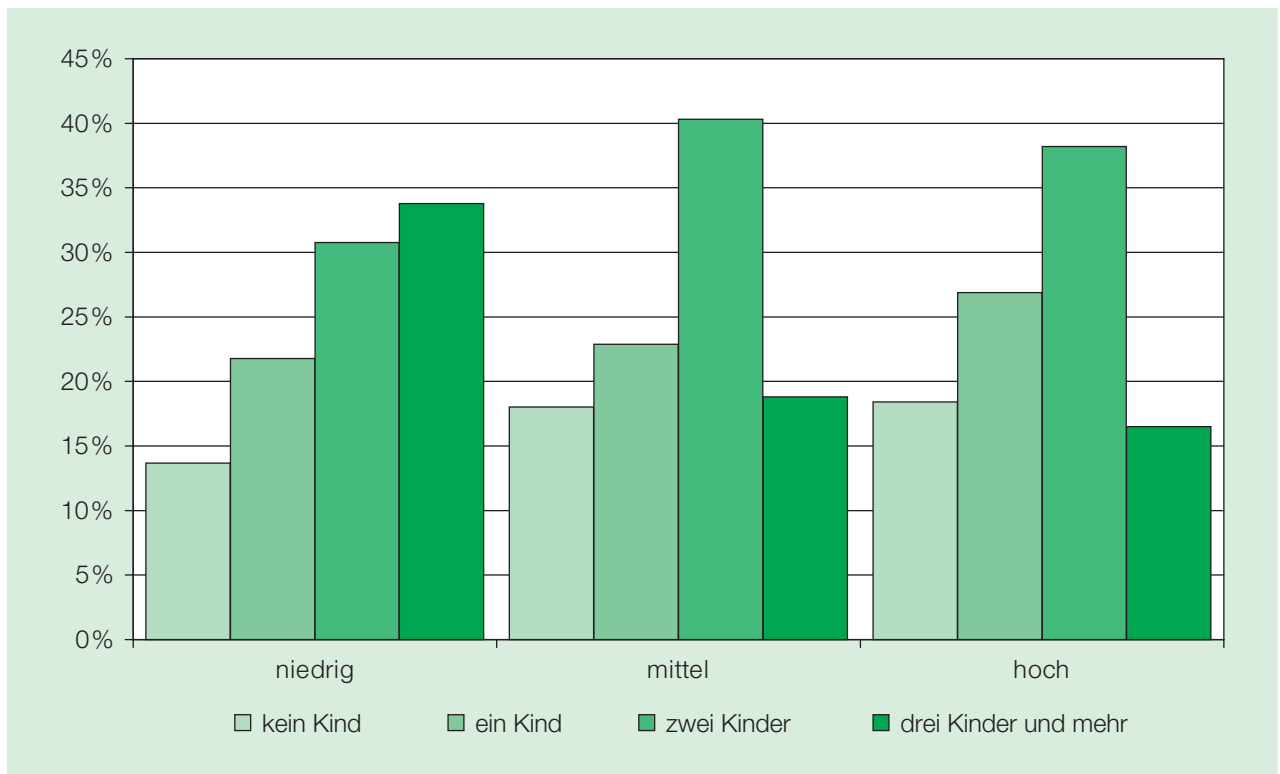
Die in der Literatur immer wieder beschriebene Polarisierungshypothese kann mit den Daten des GENDER AND

Abbildung 2: Kinderzahl westdeutscher Frauen nach Qualifikationsniveau (30 bis 39 Jahre, 2005, 748 Beobachtungen)



Quellen: Gender and Generation Survey, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 3: Kinderzahl westdeutscher Frauen nach Qualifikationsniveau (35 bis 44 Jahre, 2005, 847 Beobachtungen)



Quellen: Gender and Generation Survey, Berechnungen des ifo Instituts.

GENERATION SURVEY nicht bestätigt werden. Zwar zeigt der Datensatz zumindest bei mittel und hoch qualifizierten Frauen die Dominanz der Lebensform mit zwei Kindern. Allerdings lässt sich Kinderlosigkeit als verbreitete Lebensform nicht untermauern.

Der Vergleich der Kinderzahlen zwischen der Gruppe der 30- bis 39-Jährigen sowie der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen zeigt sehr deutlich, dass gerade gegen Ende der Reproduktionsphase bei den Hochqualifizierten die Kinderlosigkeit noch einmal stark zurückgeht. Daher sollten bei der immer wieder auflebenden Diskussion über die Kinderlosigkeit deutscher „Akademikerinnen“ die altersspezifischen Abgrenzungen beachtet werden.

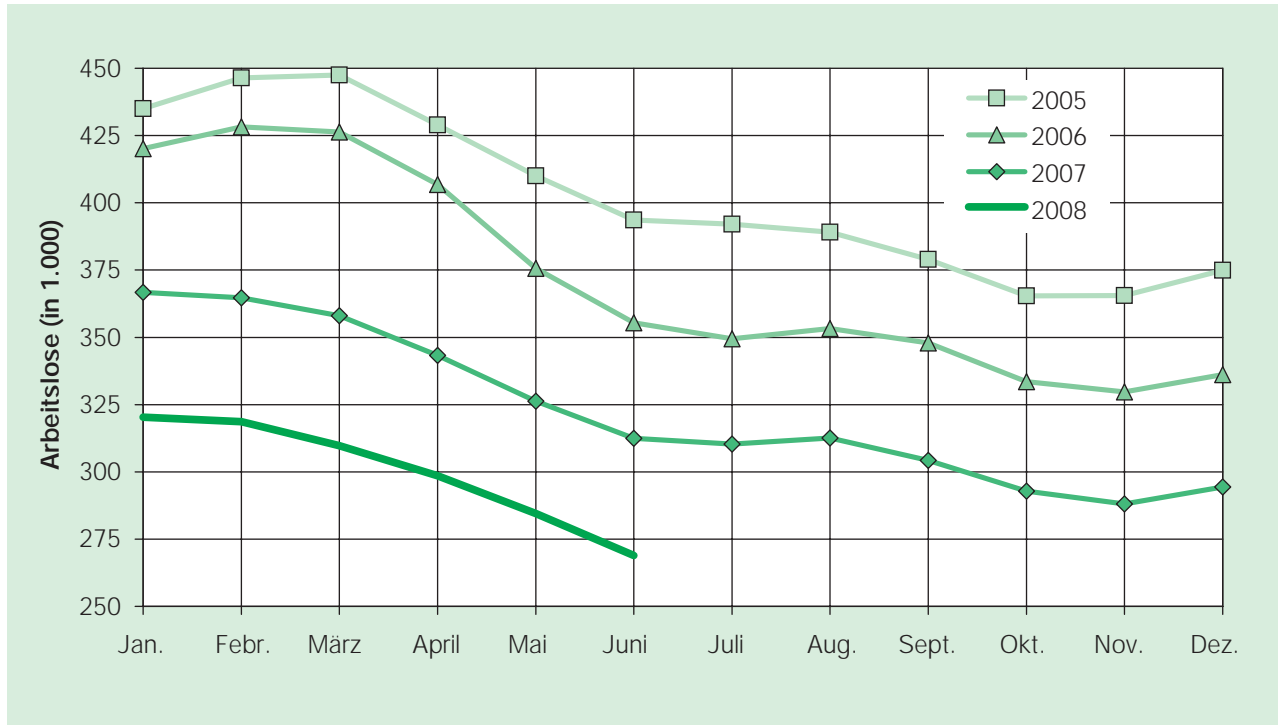
Literatur

- GRUNDIG, B. (2006): Kinderlose Frauen vs. Frauen ohne Kinder: Zum Problem der Messung der Kinderlosigkeit in Deutschland, ifo Dresden berichtet 5, S. 31–35.
- GRUNHEID, E. (2003): Forschung mit dem Mikrozensus: Junge Frauen in Deutschland: bei hoher Ausbildung kinderlos?, Vortrag auf der 3. Nutzerkonferenz, gehalten am 9. Oktober 2003 in Mannheim.
- HUININK, J. (2002): Polarisierung der Familienentwicklung in europäischen Ländern im Vergleich, in: SCHNEIDER, N. F. und H. MATTHIAS BLECK (Hrsg.): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben, Opladen, S. 49–73.
- KÖPPEN, K. (2006): Second birth in western Germany and France, Demographic Research 14 (14), S. 295–330.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

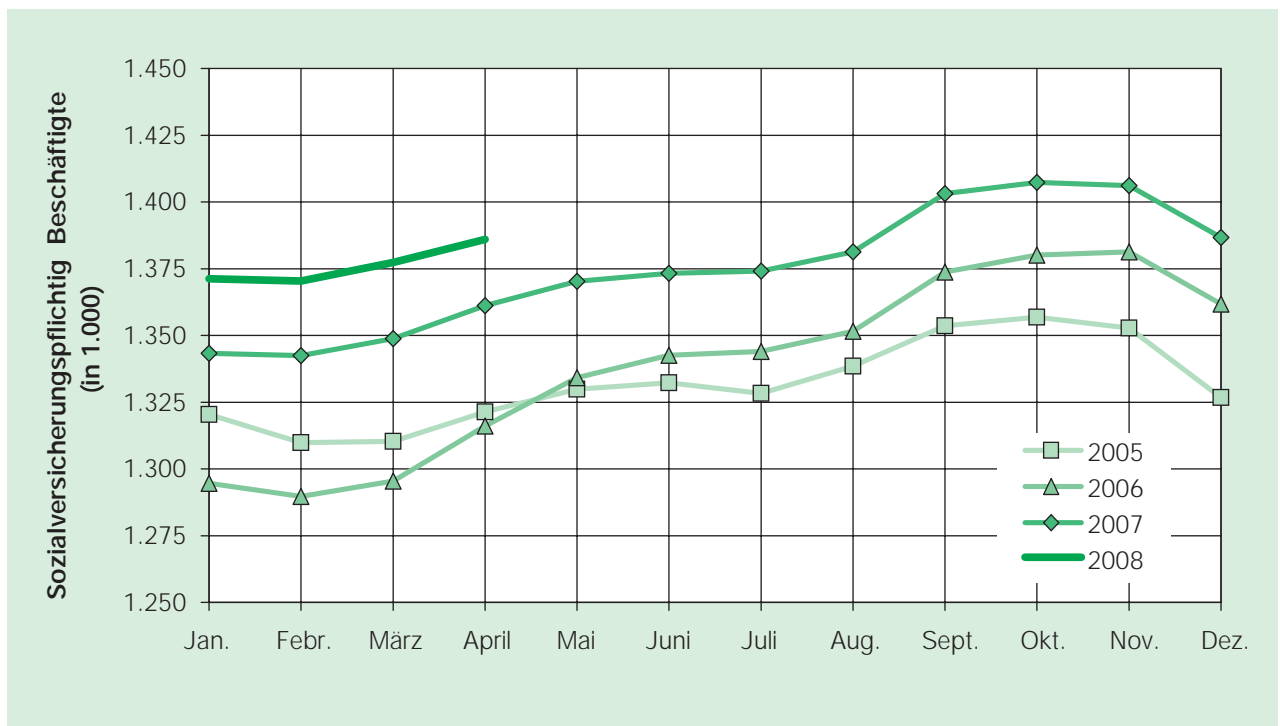
bh

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2005 bis 2008)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2005 bis 2008)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Gemeldete Stellen ^b			Direkte Förderung regulärer Beschäftigung ^c		
	April 2008	Vor-monat	Vor jahres-monat	Juni 2008	Vor-monat	Vor jahres-monat	Juni 2008	Vor-monat	Vor jahres-monat
Brandenburg	728	721	719	7,8	7,3	8,2	16,5	16,3	20,0
Mecklenburg-Vorp.	512	505	504	6,8	6,7	8,1	11,2	11,1	11,9
Sachsen	1.386	1.377	1.361	17,5	16,9	19,6	30,1	29,9	35,9
Sachsen-Anhalt	738	735	729	8,3	8,1	10,0	14,8	14,7	17,0
Thüringen	730	725	720	10,7	10,0	11,7	15,0	14,9	18,9
D Ost (mit Berlin)	5.166	5.131	5.077	60,4	57,9	71,0	103,5	102,8	122,5
D West (ohne Berlin)	22.176	22.093	21.663	360,4	343,9	392,8	199,9	199,3	217,6
D gesamt	27.342	27.224	26.740	420,8	401,8	463,8	303,4	302,0	340,1

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Juni 2008	Vor-monat	Vor jahres-monat	Juni 2008	Vor-monat	Vor jahres-monat	Juni 2008	Vor-monat	Vor jahres-monat
Brandenburg	169	178	196	14,0	14,7	16,1	43,0	42,5	43,7
Mecklenburg-Vorp.	118	125	140	14,8	15,6	17,4	33,8	33,8	37,9
Sachsen	269	285	312	13,8	14,6	15,9	43,0	42,6	44,4
Sachsen-Anhalt	172	181	196	15,1	15,9	16,9	43,8	43,3	44,0
Thüringen	129	137	152	11,8	12,6	13,8	40,1	40,1	43,2
D Ost (mit Berlin)	1.086	1.143	1.260	14,2	15,0	16,3	40,7	40,5	42,5
D West (ohne Berlin)	2.074	2.140	2.428	7,0	7,2	8,2	38,6	38,3	41,3
D gesamt	3.160	3.283	3.688	8,5	8,8	9,9	39,3	39,1	41,7

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Gemeldete Stellen nur für ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dies beinhaltet: Gründungszuschuss, Eingliederungszuschüsse, Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation), Entgeltssicherung für Ältere, Arbeitsentgeltzuschuss, SAM (OfW), Beschäftigungshilfen, Einstellungszuschuss für Neugründungen, Überbrückungsgeld für Selbstständige, Existenzgründerzuschuss (Ich-AG). – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

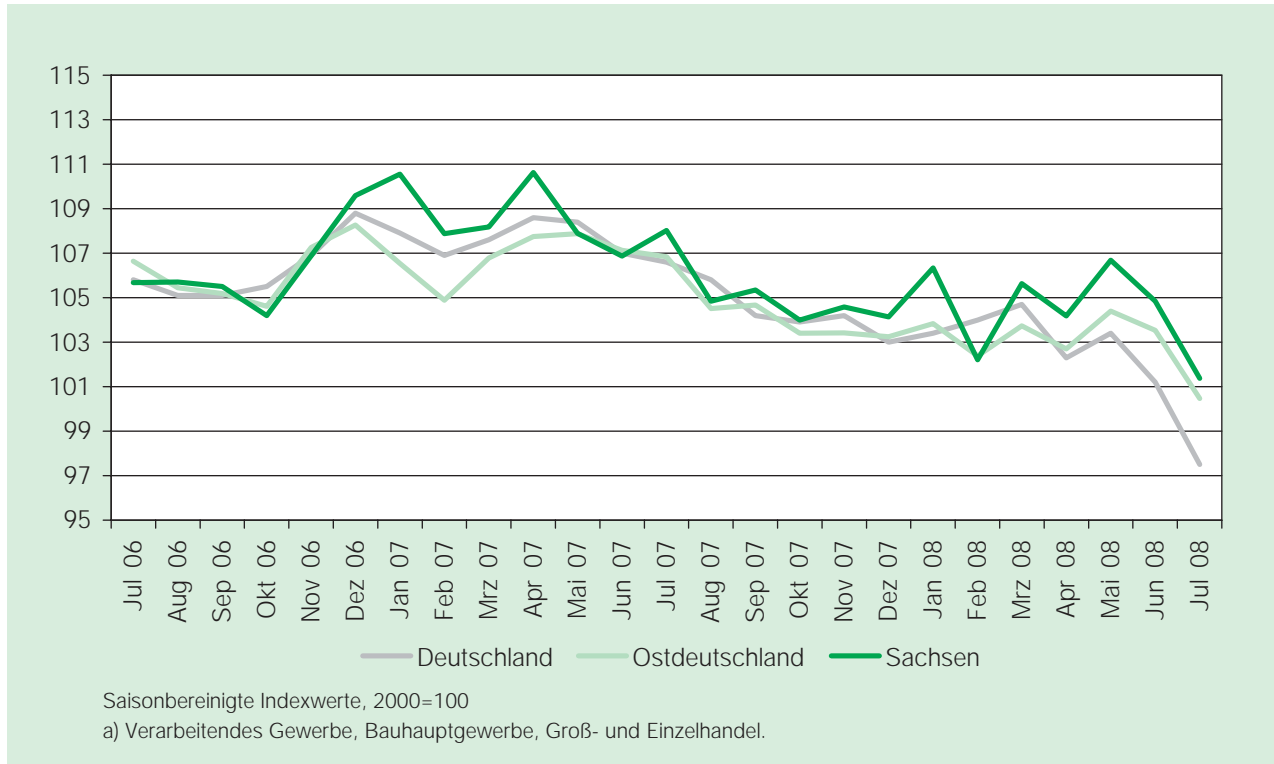
Zur Jahresmitte 2008 hat sich die Stimmung in den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands spürbar abgekühlt. Der ifo Geschäftsklimaindex ist sowohl im Juni als auch im Juli kräftig gesunken (vgl. Abb. 1). Die Klimaindizes für die gewerbliche Wirtschaft in den neuen Ländern und in Sachsen sind in den letzten Monaten ebenfalls zurückgegangen. Der Rückgang fiel hier allerdings moderater aus als im Bundesdurchschnitt. Die aktuellen Umfrageergebnisse legen nahe, dass die konjunkturellen Auftriebskräfte insgesamt an Schwung verloren haben.

Schwerpunkt: Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Im verarbeitenden Gewerbe Sachsens hat sich das Geschäftsklima in den letzten Monaten ebenfalls merklich abgekühlt (vgl. Abb. 2). Während die Lage noch immer von per saldo rund jedem vierten Unternehmen mit „gut“ beurteilt wird, überwiegen bei den Perspektiven inzwischen die Meldungen von Unternehmen, die für das

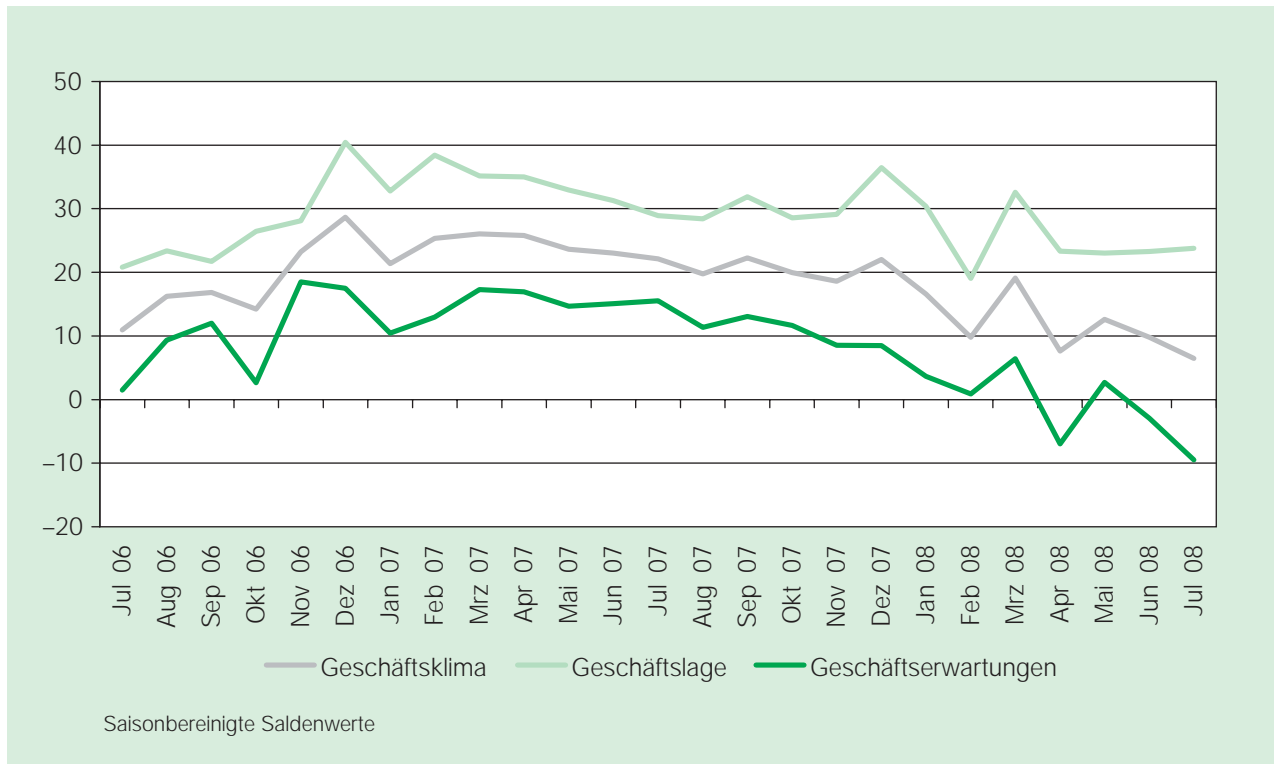
nächste halbe Jahr eine ungünstigere Geschäftslage erwarten. Die durchschnittliche Geräteauslastung lag im Juli bei 83,6 % und damit 2,4 Prozentpunkte niedriger als vor Jahresfrist. Ein etwas günstigeres Bild liefern die Angaben zur Auftragslage: Die mittlere Reichweite der Auftragsbestände nahm im Vorjahresvergleich von 3,0 auf 3,3 Monate zu. Insgesamt betrachtet lassen die jüngsten Umfrageergebnisse aber erkennen, dass sich die Wachstumsdynamik im Vergleich zum Vorjahr deutlich vermindert hat. Verantwortlich hierfür dürften Faktoren wie die vielfach gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise, das hohe Niveau des Euro-Wechselkurses, die schwächere Gangart der Weltwirtschaft und die, nach den Vorzugseffekten zur Jahreswende 2007/2008, mittlerweile verminderte inländische Nachfrage nach Investitionsgütern sein. Das ifo Institut geht in seiner aktuellen Konjunkturprognose davon aus, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Durchschnitt des Jahres 2008 um rund 6 % expandieren wird. Der Zuwachs dürfte damit geringer ausfallen als im Vorjahr, als die Bruttowertschöpfung nach vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Statistik um 11,9 % stieg. Es ist trotzdem davon auszugehen, dass der Wirtschaftsbereich in Sachsen weiterhin die wichtigste Stütze des gesamtwirtschaftlichen Wachstums bleiben wird.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe Sachsens und seine Komponenten die
Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden**



Quelle: ifo Konjunkturtest

Tabelle 1: Entwicklung ausgewählter Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
Zeitpunkt	2. Quartal 2008	1. Quartal 2008	2. Quartal 2008	1. Quartal 2008	2. Quartal 2008	1. Quartal 2008
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	3,1	3,0	2,7	2,7	3,0	2,9
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	87,0	87,1	86,1	85,6	84,9	85,8
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	12,2	14,0	11,0	12,9	3,4	4,7
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-1,2	2,2	-0,4	-0,1	-2,8	1,0
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	12,6	11,7	8,5	14,1	10,9	10,1
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,4	2,5	2,1	2,0	2,3	2,4
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	68,0	65,3	71,5	64,5	76,9	64,8
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-11,0	-6,6	-11,5	-9,8	-3,5	3,9
Baupreise – Erwartungen ^b	-6,4	-8,5	-7,5	-9,7	-11,7	-5,7
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	14,3	15,0	0,7	1,0	8,7	1,3
Bestellpläne ^b	0,6	0,9	-11,3	-10,1	4,4	-12,9
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	38,6	31,9	42,0	33,8	54,3	45,2
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	-1,0	1,0	-12,7	-17,3	-13,0	-12,0
Bestellpläne ^b	-9,3	-9,4	-14,9	-14,8	-10,2	-10,3
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	27,9	20,8	32,3	26,2	19,4	17,0
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). – a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von steigenden und fallenden Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **30. Juni 2008** fand in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden das **Pressegespräch zu „Wirtschaftsperspektiven und Konjunktur für Ostdeutschland und Sachsen“** statt. Ausgehend von der Konjunkturprognose für Gesamtdeutschland, welche am 24. Juni 2008 im Rahmen der ifo Jahreshauptversammlung in München heraus gegeben wurde, stellte die ifo Niederlassung Dresden die Prognose zur Konjunktorentwicklung in Ostdeutschland und Sachsen für 2008/09 vor.

Im Anschluss an das Pressegespräch tagte am **30. Juni 2008** der **Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden verschiedene Aspekte der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die neusten Konjunkturprognosen des ifo Instituts präsentiert und diskutiert. Zu den Teilnehmern des Arbeitskreises gehören unter anderem Vertreter des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, des Statistischen Landesamtes, des IAB, der Bundesbank, der sächsischen Fachverbände und Kammern sowie der Creditreform.

In Zusammenarbeit mit dem STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN fand am **11. Juli 2008** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden ein **Kolloquium zur VGR-Methodik** statt. Im Kreis von Fachleuten und Wissenschaftlern aus Instituten, Behörden und Verbänden wurden die Hintergründe der letzten Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder diskutiert.

Ein weiterer Beitrag im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** ist für den **15. Oktober 2008** geplant. Gastredner wird Dr. Anselm Görres vom Förderverein für ökologische Steuerreform e. V. (FÖS), München, sein.

Die Vortragsreihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** will einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über aktuelle wirtschaftspolitische Themen leisten, indem sie ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern die Möglichkeit bietet, ihre neuesten Erkenntnisse einem breiten Publikum zu präsentieren. Die Vorträge sind öffentlich und finden in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18:30 Uhr**.

ifo Vorträge

Beim Delitzscher Kammingespräch der Landeszentrale für politische Bildung sprach Prof. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, am **04. Juni 2008** in Delitzsch zum Thema „Demographischer Wandel und Wirtschaftsentwicklung“.

Ebenfalls Marcel Thum trug am **11. Juni 2008** zum Thema „Demographischer Wandel in Sachsen – wirtschaftliche Herausforderungen“ auf einer Veranstaltung zum EU-Projekt „Chance“ in Freiberg vor.

Auf der XXII. Annual Conference of the European Society for Population Economics (ESPE) vom **19. bis 21. Juni 2008** in London (GB) präsentierte Beate Henschel, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei ifo Dresden, ihre Forschungsergebnisse zum Thema „Why is the share of

women willing to work in East Germany larger than in West Germany? A logit model of extensive labor supply decision“.

Am **01. und 08. Juli 2008** hielt Dr. Joachim Ragnitz, Managing Director der ifo Niederlassung Dresden, im Rahmen einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Schloss Wendgräben jeweils vor Stipendiaten des Deutschen Bundestages einen Vortrag zum Thema „Perspektiven und Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands“.

Prof. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, sprach im Rahmen des 64th Congress of the International Institute of Public Finance (IIPF) vom **22. bis 25. August 2008** in Maastricht (NL) zum Thema „The Economics of Politically-Connected Firms“.

ifo Veröffentlichungen

Berlemann, M. und G. Vogt (2008): „Kurzfristige Wachstumseffekte von Naturkatastrophen. Eine empirische Analyse der Flutkatastrophe vom August 2002 in Sachsen“, Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht 31 (02), S. 209–232.

Henschel, B.; C. Pohl und M. Thum (2008): Demographic Change and Regional Labour Markets: The Case of Eastern Germany, CESifo Working Paper 2315.

Ragnitz, J. (2008): „Die finanzielle Sondersituation der ostdeutschen Länder – der Solidarpakt II und die (vermeintliche) Fehlverwendung“, in: Baus, R. T.; A. Eppler und O. Wintermann (Hrsg.): Zur Reform der föderalen Finanzverfassung in Deutschland, Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Bd. 31, Baden-Baden, S. 57–66.

Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung hat eine weitere Ausgabe ihrer Publikationsreihe *ifo Dresden Studien* veröffentlicht. In der aktuell erschienenen Nummer 45 werden die Forschungsergebnisse eines kürzlich abgeschlossenen Projektes vorgestellt: **ifo Dresden Studie 45: Rechtfertigung von Ansiedlungssubventionen am Beispiel der Halbleiterindustrie**

Beate Grundig, Christian Leßmann, Anna Sophie Müller, Carsten Pohl, Joachim Ragnitz, Michael Reinhard, Beate Schirwitz, Heinz Schmalholz und Marcel Thum, 96 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2008.

ISBN 3-88512-473-4, 15,-€, zzgl. Versandkosten.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die von der EU zur Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Europäischen Binnenmarkt auferlegten Höchstgrenzen für Ansiedlungssubventionen unter den Bedingungen eines weltweiten Ansiedlungswettbewerbs zu einer Benachteiligung europäischer Standorte führen können. Hintergrund ist das Bemühen mehrerer Länder, mit Hilfe von hohen Subventionszahlungen Produktionsstätten der Halbleiterindustrie zu attrahieren. Die in der EU bestehenden Grenzwerte für Subventionen bleiben weit hinter dem zurück, was von anderen Ländern geboten wird. Damit besteht die Gefahr einer zunehmenden Verlagerung dieser Branche an andere Standorte.

Zwar lässt sich nicht zwingend ableiten, dass es aus Gründen der Versorgungssicherheit einer eigenen Halbleiterproduktion in Europa bedarf. Da allerdings Spillover-Effekte von der Halbleiterindustrie in Anwendungsbranchen häufig räumliche Nähe voraussetzen, könnte

es die Wettbewerbsfähigkeit weiter Teile der europäischen Industrie beeinträchtigen, wenn ein unmittelbarer Kontakt zwischen Produzenten von Halbleitertechnik und ihren Kunden erschwert würde. Dies spricht zumindest im Grundsatz dafür, im internationalen Ansiedlungswettbewerb entsprechende Anreize setzen zu können.

Entscheidender ist allerdings, dass es unter bestimmten Annahmen derartiger Hilfen geradezu bedarf, um eine unverzerrte Allokation herbeizuführen. Zwar wäre es unter verteilungspolitischen Aspekten wünschenswert, den Wettbewerb zwischen den Standorten zu begrenzen, um so höhere Steuereinnahmen von den Unternehmen erzielen zu können. Doch solange keine funktionierenden globalen Regulierungen existieren, wird eine Beschränkung der Subventionsmöglichkeiten nur innerhalb Europas bei globalen Ansiedlungswettbewerben die europäischen Standorte benachteiligen.

Darüber hinaus sind Ansiedlungssubventionen dann sinnvoll, wenn starke intra- und interregionale Spillovers (wie in der Mikroelektronik) zu erwarten sind. Auch hier helfen die Ansiedlungssubventionen bei der Auswahl der effizientesten Region. Anderenfalls bestünde die Gefahr der Fehlallokation bei Industrieansiedlungen.

Alles in allem führt die Analyse zu der Schlussfolgerung, dass eine pauschale Begrenzung von Ansiedlungshilfen innerhalb der EU nicht gerechtfertigt ist. Vielmehr sollte die Entscheidung in Abhängigkeit von den konkreten Gegebenheiten des Einzelfalls gefällt werden. Dementsprechend sollte gerade in dem hier vorliegenden Fall sehr genau geprüft werden, inwieweit es mit Verweis auf angebliche Störungen des innergemeinschaftlichen Standortwettbewerbs – der im konkreten Fall ohnehin nicht tangiert ist – gerechtfertigt ist, niedrige Höchstsätze für Ansiedlungshilfen vorzugeben. Gerade weil globale Regelungen der Subventionstätigkeit – die als first-best-Lösung anzusehen wären – vermutlich nicht zustande kommen, sind die bestehenden europäischen Bedingungen als zu restriktiv anzusehen.

Die Untersuchungsergebnisse werden nun als *ifo Dresden Studie 45* sowie als Beitrag in der Zeitschrift *ifo Dresden berichtet* publiziert.¹ Diese Publikation kann in der ifo Niederlassung Dresden bei Katrin Behm bestellt werden (Tel.: 0351 26476-12, Fax: 0351 26476-20 oder per E-mail: behm@ifo.de).

¹ Vgl. Ragnitz, J., M. Reinhard und H. Schmalholz: „Ansiedlungshilfen für die Halbleiterindustrie im internationalen Vergleich – Europa im Hinter-treffen?“, in diesem Heft, S. 25–32.

ifo intern

Im Rahmen der Jahresversammlung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung am 24. Juni 2008 in München wurde der **Preis des ifo Instituts für besondere Erfolge im Management von Drittmittelprojekten** an zwei Teams – darunter eines der ifo Niederlassung Dresden – vergeben. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Niederlassung Sabine Engelmann, Michaela Fuchs, Beate Henschel, Joachim Ragnitz und Heinz Schmalholz wurden für die Bearbeitung des Projekts „Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern im internationalen Standortvergleich“ geehrt. Voraussetzung für die Verleihung des Preises ist die Bearbeitung eines Projektes mit hohem Drittmittelvolumen mit anerkannter inhaltlicher Qualität, internationalem Ländervergleich, Einhaltung der gesetzten Termine und der zur Verfügung gestellten Budgets.

Frau **Michaela Fuchs**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ifo Niederlassung Dresden, hat im August 2008 die Niederlassung Dresden verlassen. Sie wird eine wissenschaftliche Tätigkeit beim Regionalbüro Sachsen-Anhalt/Thüringen in Halle (Saale) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aufnehmen, wofür wir ihr viel Erfolg wünschen.

Die Mitarbeiter der ifo Niederlassung freuen sich über weiteren Nachwuchs aus den Reihen der Kollegen. Frau **Mandy Kriese**, Doktorandin bei ifo Dresden, hat im August 2008 einen Jungen zur Welt gebracht. An dieser Stelle gratulieren wir noch einmal herzlich. Frau Kriese wird voraussichtlich bis Juli 2009 ihre Elternzeit in Anspruch nehmen und dann ihre Tätigkeit für ifo Dresden wieder aufnehmen.

Call for Papers

3. ifo Workshop Makroökonomik und Konjunktur

Beschreibung

Der zweitägige Workshop wird gemeinsam vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, und der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg organisiert.

Er soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung in Deutschland beitragen. Willkommen sind prinzipiell Vortragsangebote aus allen Teilgebieten der Makroökonomik. Bevorzugt behandelt werden Papiere aus dem Gebiet der Konjunkturforschung, Papiere mit empirischer Ausrichtung und einem Fokus auf Deutschland oder Europa.

Einreichungen

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2–3 Seiten) erfolgen (jeweils in pdf-Format). Angebote bitte bis spätestens 29.09.2008 per E-Mail an die folgende Adresse senden: workshopDD@ifo.de

Es ist beabsichtigt, ausgewählte Beiträge des Workshops in einer Sonderausgabe der einschlägigen Fachzeitschrift „Journal of Business Cycle Measurement and Analysis“ zu veröffentlichen. Bitte geben Sie bei der Einreichung an, ob Sie Ihr Papier für den anonymisierten (double-blind) Begutachtungsprozess der Sonderausgabe einreichen wollen. In diesem Fall muss es sich um ein unveröffentlichtes Papier in englischer Sprache handeln.

Konferenzsprache:

deutsch

Ort:

ifo Institut für Wirtschaftsforschung,
Niederlassung Dresden

Zeit:

20.11.2008 bis 21.11.2008

Teilnahmegebühr:

keine

Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

Veranstalter:

Prof. Michael Berlemann
HSU Hamburg

Beate Schirwitz
Ifo Dresden

Daniela Wenzel
HSU Hamburg

Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrages möglich.



Institut für Wirtschaftsforschung
Niederlassung Dresden